



Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 394-1 / Anzeigenabteilung (02 28) 394-115 / Vertrieb (02 28) 394-116
Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr., Dänemark 8,00 dkr., Frankreich 6,50 F., Griechenland 100 Dr., Großbritannien 65 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 140,00 Din., Luxemburg 25,00 Lit., Niederlande 2,00 fl., Norwegen 1,20 skr., Österreich 12,00 S., Portugal 100 Esc., Schweden 6,50 skr., Schweiz 1,80 sfr., Spanien 125 Ptas., Kanarische Inseln 150 Ptas.

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

TAGESSCHAU

POLITIK

Öffentlicher Dienst: Die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies rechnet für den Herbst mit einem ebenso lang andauernden Streik wie in der Metallindustrie, falls sich ihre Gewerkschaft zur Forderung nach der 35-Stunden-Woche entschließen sollte. (S. 6)

Abtreibung: Das Bundesverfassungsgericht hat es abgelehnt, ein Verfahren über die Frage zu eröffnen, ob die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Es verwarf eine Vorlage des dortmünder Sozialgerichts als formal unzulässig. AZ: 1 BvL 43/81 (S. 4)

Landsdorf: Die für Mitte dieser Woche erwartete Entscheidung über die Zulassung der Anlage gegen Bundeswirtschaftsminister Landsdorf und andere Beschuldigte ist noch nicht fällig. Ein Sprecher des Bonner Landgerichts teilte mit, in dieser Woche werde es keine Entscheidung geben.

Sprengkörper: Die Sowjetunion besitzt nach Schätzungen amerikanischer Rüstungsexperten zur Zeit mehr als 34 000 atomare Sprengkörper und damit etwa 8000 mehr als die USA. Sie hätte die USA schon Ende der 70er Jahre überundet. (S. 6)

Tarife: 3,3 Prozent mehr Lohn bieten die Arbeitgeber für die 180 000 Beschäftigten der Chemie-Industrie Nordrhein an.

Heute: Schlichtung in der Metallindustrie beginnt - Mittendurch nach Moskau - Genscher spricht vor Parlamentarierversammlung der WEU in Paris - Tagung der Sozialistischen Internationale im englischen Sheffield.

An die Leser und Inserenten der WELT

Wegen des verschärften Streiks der IG Druck und Papier kann die WELT leider auch heute nur mit eingeschränktem Umfang erscheinen. Das betrifft den redaktionellen Text, auch den sonst ausführlichen Börsenteil, ebenso wie die Anzeigen. Es mußten auch Umstellungen vorgenommen werden. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Verlag und Redaktion DIE WELT

WIRTSCHAFT

Firmenpleiten: Die Insolvenzen in der Bundesrepublik sind zwar in den ersten vier Monaten um rund vier Prozent zurückgegangen, befinden sich aber nach wie vor auf einer schwindelerregenden Höhe, stellt die Hermes Kreditversicherungs AG fest.

Henkel: Wie die anderen Chemiekonzerne konnte auch der Viertgrößte der Branche einen guten Abschluß für 1983 vorlegen. Der Gruppenumsatz stieg um 3,8 Prozent auf 8,7 Milliarden DM. (S. 11)

Börse: Trotz unveränderter Streiklage kam es an den Aktienbörsen zu deutlichen Kurssteigerungen. Der Rentenmarkt war behauptet. WELT-Aktienindex 145,1 (144,2). Dollarkurs 2,7604 (2,7443) Mark. Goldpreis pro Feinunze 370,20 (367,90) Dollar.

KULTUR

Hans der Geschichte: Die vom Bundesinnenminister eingesetzte Historiker-Kommission wird dem Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Martin Broszat, vor, mit seiner Kritik an ihrem Gutachten für ein „Haus der Geschichte“ in Bonn „politisch motivierte Polemik“ zu betreiben, um das Projekt zu torpedieren. (S. 6)

Karajan: Der Intendant des Berliner Philharmonischen Orchesters, Peter Gierth, ist gestern vom Senat mit sofortiger Wirkung beurlaubt worden. Damit soll der Streit zwischen dem Orchester und seinem künstlerischen Leiter, Herbert von Karajan, entschärft werden. Gierths Aufgaben übernimmt kommissarisch Wolfgang Stresemann.

ZITAT DES TAGES

99 Polen braucht tiefgreifende soziale und wirtschaftliche Reformen, die sich auf das Prinzip des Dialogs und des Übereinkommens zwischen der Regierung und den Regierten gründen. Polen braucht unabhängige Gewerkschaften. **99**

Arbeiterführer Loch Wales in einem offenen Brief an die in Genf tagende Internationale Arbeitsorganisation. FOTO: SVEN SIMON

SPORT

Leichtathletik: Willi Wülbeck, Weltmeister über 800 Meter, verzichtete nach einer Serie von Verletzungen auf einen Start bei den Olympischen Spielen. (S. 14)

Fußball: Deutschland spielt heute im entscheidenden Gruppenspiel der EM gegen Spanien mit Bernd Förster, der im letzten Spiel das Nasenbein brach. (S. 14)

AUS ALLER WELT

Autofrei: Die an Kunstschatzen, reiche mittelitalienische Stadt Bologna erhält eine autofreie Innenstadt. 70 Prozent der Bewohner erklärten sich in einer Volksbefragung einverstanden. (S. 16)

Wetter: Nach Frühnebel überwiegt sonnig. 25 bis 30 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- | | |
|---|---|
| Meinungen: Ein neues Mekka? Ulrich Lohmar zu den deutsch-deutschen Beziehungen S. 2 | Fernsehen: Jakob Chr. Heer, ein Erzähler mit Phantasie und Vaterlandsbegeisterung S. 8 |
| Stuttgart: Regierungserklärung im Landtag: Späth bietet Opposition Mitarbeit an S. 4 | Bauwirtschaft: Probleme beim Abbau der Kapazitäten - Leitartikel von Hanna Gieskes S. 9 |
| Jamaika: Der Karibik-Inselstaat soll Modell der freien Marktwirtschaft werden S. 6 | Fußball: Für Derwall's Assistenten Horst Köppel ist Loyalität zum Chef Verpflichtung S. 14 |
| Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7 | Zensur: Die „DDR“ und die Wahrheit der Literatur - Der Fall Erich Loest S. 15 |
| Berlin: Haus der Freundschaft mit Japan; Moskauer Proteste zurückgewiesen S. 8 | Gordenstown: Salem-Ableger wird 50 Jahre alt - Gymnasium für Moral und Muskel S. 16 |

Die WELT erscheint auch morgen an gesetzlichen Feiertagen. Freizeitsport. Sie wird aus verkehrstechnischen Gründen unseren Abonnenten in einigen Gebieten jedoch erst am Freitag zugestellt werden können.

Pöhl zu den Folgen der Streiks: Weniger Wirtschafts-Wachstum

Blüm sieht „Früchte unseres Sparprozesses gefährdet“ / Kanzler mahnt

fac./ms. Bonn

Die Deutsche Bundesbank hat ihre Zurückhaltung bei der Bewertung der Folgen der Arbeitskämpfe in der Bundesrepublik Deutschland aufgegeben: Ihr Präsident Karl-Otto Pöhl äußerte sich während der Jahressitzung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel vor Journalisten äußerst besorgt über die Auswirkungen der Streiks in der Metall- und in der Druck-Industrie. „Ein andauernder Tarifkonflikt beeinträchtigt die Wachstumschancen der Wirtschaft“, sagte Pöhl. Mit großer Wahrscheinlichkeit würde das noch vor dem Ausbruch der Tarifkonflikte vorausgesagte reale Wachstum von drei bis dreieinhalb Prozent „nicht erreicht“. Er Pöhl, folge die Auswirkungen der Arbeitskämpfe mit „steigender Besorgnis“.

Wegen des Konflikts dürfte die Industrieproduktion der Bundesrepublik Deutschland im Mai und Juni um jeweils zwei Prozent im Vergleich zur Vorjahresperiode sinken. Im April dieses Jahres sei immerhin noch eine Zunahme von 0,1 Prozent gemessen worden.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm erklärte zu den Besorgnissen Pöhl der WELT, der Bundesbankpräsident stehe außerhalb des Verdachtes, „einer Seite die Kohlen aus dem Feuer zu holen“. Seine Aussagen seien Beweis für die These, daß die Arbeitskämpfe nicht nur volkswirtschaftlichen Schaden anrichteten, sondern „auch die Früchte unseres

SEITE 2:
Der geborene Vermittler
SEITE 6:
ÖTV-Chefin kämpft

Sparprozesses gefährdet“. Alle Hoffnungen, so sagte Blüm, richteten sich jetzt auf ein „Ende der Emotionen und den Beginn sachlicher Gespräche unter Unterstützung der beiden Schlichter“. Blüm appellierte an die Tarifpartner: „Macht schnell Schluß“.

Bundeskanzler Kohl stellte in einer Rede am Vorabend der Berliner Wirtschaftskonferenz den Aspekt der „Internationalisierung der Wirtschaftspolitik“ heraus, die heute für jedenmann unumverständlich klarmache,

daß wirtschaftliches Wohlergehen und Wirtschaftspolitik nicht mehr nur unter innenpolitischen oder nationalen Gesichtspunkten gesehen werden könnten. Der Spielraum dessen, was ein Land selber wirtschaftlich gestalten könne, hänge maßgeblich davon ab, inwieweit eine Verständigung über internationale Wirtschaftsfragen erreicht werden kann. Diese Einsicht betreffe niemanden von eigenen Anstrengungen. Im Gegenteil, ihr Erfolg bestimme weitgehend den Einfluß auf internationale Entscheidungen. „Nichts ist überzeugender als der eigene Erfolg“, sagte Kohl und schlug an dieser Stelle den Bogen zur aktuellen Situation: „Die jüngste Streikentwicklung bei uns und die damit verbundenen Reaktionen unserer ausländischen Freunde haben dies für mich gerade beim Weltwirtschaftsgipfel in London erneut deutlich spürbar gemacht. Umgekehrt führt das große Gewicht der USA nicht zuletzt auch dazu, daß sie auf eine besonders erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung verweisen können - trotz der Probleme, die damit zweifellos verbunden sind.“

Queen über Straßenschlacht schockiert

Blutige Auseinandersetzung zwischen Polizei und Bergarbeitern / Labour spricht von Bürgerkrieg

DW, London

Königin Elizabeth ist über die blutigen Auseinandersetzungen zwischen streikenden Bergleuten und der Polizei zutiefst besorgt. Sie bezeichnete die Konfrontation, die sich auf die Grafschaft Yorkshire konzentriert und als „Schlacht von Orgreave“ in die Geschichte der britischen Gewerkschaften eingehen wird, als schockierend. In der auf Seiten der Arbeiterschaft von Arthur Scargill angeführten Schlacht standen 6500 Kumpeln mehr als 3000 Polizisten gegenüber.

* FRITZ WIRTH, London

Es war der hundertste Tag im britischen Bergarbeiterstreik. „König Arthur“ selbst war auf der Szene erschienen. Arthur Scargill ist die Seele, der Regisseur und Chefagitator dieses Aufstands, und Tony Clement, dem stellvertretenden Polizeichef von Süd-Yorkshire, gefiel nicht, was er sah: „Wo immer dieser Mann erscheint, gibt's Ärger.“

Seine Ahnung stimmte. Eine Stunde nach der Ankunft Scargills begannen jene Kampfhandlungen, die als

die „Schlacht von Orgreave“ in die britische Gewerkschaftsgeschichte eingehen werden. Die Polizei hatte alle umliegenden Gaststätten schließen lassen, dennoch eskalierte die Konfrontation zwischen 6500 Kumpeln und 3000 Polizisten in ein Deltum der Gewalt. Sie warfen Mauern um und benutzten die Steine als Wurfgeschosse. Sie rollten Autos auf die Straße, zündeten sie an und verwandelten sie in rauchende, schwelende Barrikaden.

Die Schlacht dauerte zehn Stunden. Die Bilanz: 79 Verletzte, darunter 51 Bergarbeiter, 93 Verhaftungen. „Es ist ein Wunder, daß niemand getötet wurde“, sagte Polizeichef Tony Clement. Es war ohne Zweifel die bisher blutigste, gewaltsamste und böseste Streikschlacht seit dem Kriege.

Im Unterhaus sprach der Labour-Abgeordnete und ehemalige Energieminister Tony Benn von einem „Bürgerkrieg“. In Downing Street versammelte Premierministerin Margaret Thatcher den Streik-Krisenstab um sich und aus dem Buckingham-Palast, der sonst im Umgang mit heißen

politischen Vorgängen eher einem Trappistenkloster gleiche, kamen erstaunliche Laute. Die Königin sei schockiert, hieß es. Seit den Straßenunruhen in Tordash und in Bristol vor drei Jahren habe sie kein Ereignis im eigenen Lande so besorgt gemacht wie der Anblick jener Bilder der Gewalt in Orgreave.

Zu den Opfern der Schlacht zählte auch „König Arthur“ selbst. Er wurde benommen und angeschlagen am Straßenrand vorgefunden. Er selbst behauptet, ein Polizist habe ihm mit seinem Schutzschild auf den Kopf geschlagen. Polizeichef Tony Clement dagegen stellt fest: „Ich hatte Scargill sehr genau im Blick. Ein Polizist war nicht in seiner Nähe. Ich sah, wie er einen Abhang hinabrutschte, zu Fall kam und mit dem Kopf wahrscheinlich auf eine Eisenbahnschwelle stieß. Als ich zu ihm kam, redete er wirres Zeug. Ich ordnete an, daß er ins Krankenhaus gebracht wurde.“

Nun redet Scargill seit Monaten auch wirres Zeug, ohne Schläge auf den Hinterkopf zu bekommen. Die Ursache seiner leichten Gehirnerkrankung ist unklar.

In der SPD Kritik an Parteispitze

Glott verteidigt das Europa-Wahlkampfkonzept / Setzt sich Lafontaine durch?

PETER PHILIPPS, Bonn

In der SPD, aber auch in der CSU hält die Enttäuschung über die überaus schlechten Ergebnisse bei der Europawahl an. Beiden Parteien war es nicht gelungen, die eigenen Anhänger ausreichend zu mobilisieren. Dabei hat der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß der Bundesregierung eine Mitschuld gegeben und gestern nach der Sitzung seines Parteivorstands in München kritisiert, es wäre besser gewesen, wenn die Regierung Kohl bereits vor der Wahl Initiativen zur Belebung des Europagedankens ergriffen und diese nicht nur angekündigt hätte. Wenn die EG in den nächsten fünf Jahren keine spürbaren Fortschritte für die Bürger bringe, sagte Strauß, dann brämen wir im Jahre 1990 gar keinen Wahlkampf zu führen, bringen wir die Bürger nicht an die Wahlurne.

Kritische Kritik ist in der Runde der sozialdemokratischen Europa-Abgeordneten am Wahlkampfkonzept ihrer Parteiführung laut geworden, das vor allem auch auf Drängen des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau fast ausschließlich auf die Innenpolitik und den „Denkzettel“ für die Bonner Koalition abgestellt war. Doch Bundesgeschäftsführer Peter Glott blieb gegenüber der WELT gestern dabei, daß die SPD bei einem reinen Europawahlkampf „noch weniger Stimmen“ erhalten hätte. Und was das Thema des engen Schulterschusses mit den Gewerkschaften im Arbeitskampf angehe, „da konnten wir ja wohl nicht viel anderes“.

Glott räumte ein, daß die SPD-Führung bisher noch nicht wisse, wie sie gegen den ständigen Aderlaß an die Grünen vorgehen soll, die sich ihre Stimmen vom „Knochen“ der Sozialdemokraten holten. Aber offensichtlich soll der saarländische Spitzenkandidat Oskar Lafontaine die Richtung weisen. Denn, so sagte Glott, es habe sich gezeigt, daß dessen Politik „gerade bei jüngeren Wählern Erfolg“ zu versprechen scheint. Lafontaine weise „in die richtige Richtung“. Im übrigen glaube er nicht, daß man einen Zusammenhang

zwischen der Europawahl, die ein „Experimentierkessel“ gewesen sei, und den Chancen der Rückkehr in die Regierung herstellen könne. „Ich habe nie zu denen gehört, die glauben, daß diese Bundesregierung über einzelne Skandale stolpern werde.“

Vor allem auf den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau kommt das Problem der Grünen immer schneller zu. In diesem Herbst gibt es Kommunal- und im kommenden Jahr Landtagswahlen zwischen Rhein und Ruhr. Im Deutschlandfunk gab er gestern mutig wieder seine Parole aus, daß es „unser Ziel sein muß, Wähler von den Grünen zurückzubekommen“ und die absolute Mehrheit für die SPD zu erreichen. „Wer hessische Verhältnisse nicht will, der muß die bisherige Regierung stützen oder eine andere herbeiführen, indem er die CDU wählt.“ Aber er äußerte sich auch äußerst moderat über ein rot-grünes Bündnis: „Grundsätzlich müssen alle Parteien untereinander gesprächsfähig sein.“

Hamburger Behörde legt Werk still

Boehringer den Betrieb untersagt / Produktion nach Gerichtsbeschuß eingestellt

UWE BAHNSEN/DW, Hamburg

Zum ersten Mal ist es einer Behörde in der Bundesrepublik Deutschland gelungen, unter Hinweis auf den Umweltschutz die Stilllegung eines Industriebetriebes zu erzwingen. Die Hamburger Umweltschutzbehörde hat gestern das Chemiewerk Boehringer im Stadtteil Moorfleet unter strikter Kontrolle genommen. Mitarbeiter der Behörde halten sich auf dem Gelände des Werkes auf, das am Montagabend freiwillig die Produktion eingestellt hatte. Die Leitung des Unternehmens verwies zur Begründung ihres Schrittes darauf, daß die Hamburger Umweltschutzbehörde der Firma eine Reihe von Produktionsauflagen erteilt habe. Da das Verwaltungsgericht der Hansestadt dem Antrag auf Aufhebung des sofortigen Vollzugs dieser Auflagen nur teilweise entsprochen habe, sei die

Firma nun verpflichtet, keine dioxinhaltigen Abfälle mehr zu produzieren. Deshalb sei das Unternehmen gezwungen, die Produktion zunächst einzustellen. Die Firma ist seit Jahren Reizthema in Hamburg. Der Fall

SEITE 2:
Überlebensfrage
SEITE 3:
Rechtstreif geht weiter

wird heute auch in der Bürgerschaft der Hansestadt zur Sprache kommen. Die eiligen Maßnahmen in der Hamburger Umweltschutzbehörde und die parlamentarische Behandlung des Themas Boehringer/Georgswerder stehen vor dem Hintergrund der von der SPD wie auch von der CDU als alarmierend bewerteten Stimmen der Grün/Alternativen Liste (GAL) bei den Europawahlen vom

vergangenen Sonntag. Dabei hatte die GAL gegenüber der Europawahl von 1979 ihren Stimmenanteil von seinerzeit 3,5 Prozent auf jetzt 12,7 Prozent verbessern können.

Als die wichtigsten Gründe für die sensationellen GAL-Gewinne gelten in der Hamburger SPD-Führung die bislang nicht gebannten Umweltafänge, die aus der Deponie Georgswerder erwachsen, weiter der allgemeine Eindruck, daß der Senat bislang nicht über das Instrumentarium zur Entsorgung des Giftberges verfügt - und schließlich das Dauerthema Boehringer. Im Hinblick auf dieses Unternehmen hat inzwischen auch die Hamburger CDU klar Stellung bezogen. Der CDU-Umweltpartei Gerd Löffler: „Wenn in Kürze keine gesicherte Entsorgung des Werkes garantiert werden kann, muß es geschlossen werden.“

DER KOMMENTAR

Verdrängte Bilder

HERBERT KREMP

Der deutsche Arzt Dr. Karl Viktor Freigang konnte eintausend Kranken und Verwundeten in Afghanistan helfen, bevor sowjetische Flugzeuge seine Station angriffen und der Humanität ein Ende setzten. Seine Geschichte, die er dieser Zeitung erzählte, beleuchtet wie der Blitz einer Explosion die Kriegsszene in Mittelasien. Diese droht in der Schweigespinnweb zu versinken. Das Euro-Herz schlägt für Robbenbabies. Der Millionendollar von Kambodscha und von Afghanistan, die Boat-people in der Chinesischen See erhöhen die Pulszahl nicht. Woran das liegt?

Es liegt an der Unfaßbarkeit der großen Zahl, vielleicht auch an der Unvorstellbarkeit der Konflikte. Wir machen immer wieder die Beobachtung, daß der an eine Person geknüpfte Einzelfall die Sinne stärker anspricht als der Massen-Eklat. Das Napalm-verbrannte Kind, Sacharow und seine Frau, der Arzt Neudeck von der Cap Anamur, der Vietnamesen aus ihren Nusschalen rettete. Das Einzelschicksal überdeckt oft die Politik, die das Schicksal aller verursacht. Das ist ein Nachteil - aber die Menschen sind nicht schwindelfrei.

Der Krieg in Afghanistan dauert länger als der spanische

Bürgerkrieg, viereinhalb Jahre. Die Zahl der afghanischen Opfer wird auf über eine Million geschätzt. Mindestens 30 000 Sowjets bezahlten die Invasion mit dem Leben. Mehr als vier Millionen Afghanen flüchteten nach Pakistan und Persien. Zählt man die Flüchtlinge im Lande hinzu, kommt man auf die Hälfte des 16-Millionen-Volkes, die der Krieg in Bewegung gesetzt hat. Die Sowjets verwenden modernste Kampfmittel und Taktiken, um den Freiheitswillen der Stämme zu töten. Kein Kolonialkrieg der Weltgeschichte war technisch so perfekt, so mörderisch.

Da streikt die Phantasie derjenigen, die im Lichte leben. Sie nehmen die düsteren Bilder nicht an. Das Fernsehen berichtet selten. Der afghanische Krieg ist ein kommunistischer Krieg, und diese Kriege finden unter Ausschluß der Weltöffentlichkeit statt. Die sowjetische Propaganda breitet Nebel über die Grausamkeit. Sie findet Helfershelfer, die in Schulen verkünden, Gewalt gehe immer nur von den Reichen aus und Kommunisten seien doch Revolutionäre. Da fehlen eben Späne. Es ist also nicht nur Schreckhaftigkeit, sondern Ideologie, welche die Sinne lenkt und die Wahrnehmungskraft regelt.

Afghanistan: Bomben auf Arztpraxis

rb, Bonn

Der bislang einzige im von den Sowjets besetzten Afghanistan tätige deutsche Arzt ist nach nur dreiwöchiger humanitärer Tätigkeit in den kleinen Bergdorf Daob - rund hundert Kilometer nordwestlich von Kabul - ausgebombt worden. Drei sowjetische Düsenjäger des Typs MiG-21 und zwei Kampfflugzeugschrauber griffen am 28. Mai in den Morgenstunden das kleine medizinische Zentrum von Karl Viktor Freigang an, der aus dem niederrheinischen Moers stammt und zerstörte es.

Der 54 Jahre alte Arzt befand sich während des Angriffs auf dem Weg zu einer weiteren Praxis, die er in einem benachbarten Dorf eröffnet hatte. Ein Schwer- und drei Leichtverletzte waren die Opfer des sowjetischen Luftangriffs. Hätten sich im medizinischen Zentrum zum Zeitpunkt des Luftangriffs wartende Patienten befunden, hätte es sicher ein paar Dutzend Tote gegeben, sagte Freigang gestern in einem Telefongespräch mit der WELT. Der Angriff galt offensichtlich ausschließlich dem medizinischen Zentrum, denn sämtliche 20 abgeworfenen Bomben gingen auf dessen Gebäuden nieder. Trotzdem ist Freigang entschlossen, weiterzumachen: „Ich gebe nicht auf.“

Am kommenden Samstag will er in Bonn dem Afghanistan-Komitee des Bonner Friedensforums, für das er als erster deutscher Arzt nach Afghanistan ging, Bericht erstatten. Die humanitäre Arbeit des Bonner Friedensforums kann unterstützt werden mit einer Spende auf das Konto 9019 bei der Sparkasse Bonn.

Seite 3: Deutscher Arzt

Prag nimmt an Umweltkonferenz in München teil

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Auch die Tschechoslowakei hat nun endgültig ihre Teilnahme an der „Multinationalen Umweltkonferenz“ zugesagt, die vom 24. bis 27. Juni in München stattfinden wird. Die Konferenz, an der insgesamt 29 Staaten teilnehmen wollen, soll nach den Worten von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann „einen politischen Anstoß zur Weiterentwicklung der Umweltpolitik zwischen Ost und West“ geben.

Besonders hoch bewertete der Minister die Teilnahme von sechs osteuropäischen Staaten, darunter der Tschechoslowakei. Auf CSSR-Industrie-Absage wird ein beträchtlicher Teil der Wälderschäden im deutsch-tschechischen Grenzgebiet zurückgeführt. Die Sowjetunion wird in München durch den Vorsitzenden des Staatskomitees für Hydrometeorologie und Umweltkontrolle, J. A. Israel, vertreten. Die „DDR“ hat ihren Vertreter noch nicht benannt.

Der Zweck der Konferenz, einen echten Ost-West-Dialog über die „gemeinsame existentielle Zukunftsaufgabe Umweltschutz“ zu ermöglichen, sei mit diesen Zusagen bereits gewährleistet, sagte Zimmermann. Ausdrücklich warnte er jedoch vor einem „übersteigerten Erwartungshorizont“ in bezug auf Ergebnisse. Die Konferenz könne keine rechtsverbindlichen Normen setzen. Wörtlich sagte der Minister: „Es wäre tollkühn, wenn ich für das unumkehrbare Auto hier Fortschritte erwarten würde.“ Wichtig sei es, einen breiten Konsens für die drastische Verringerung von Luftschadstoffen zu erreichen.

Gastlichkeit auf gut kölsch.



Gaffel ist die Kölsch-Spezialität, die zur Behaglichkeit einlädt. Bei diesem Spitzenbier schätzt man den unverwechselbaren Charakter, den angenehmen herben und herrlich erfrischenden Geschmack.

Gaffel-Kölsch ist hell und oberräutig, natürlich rein und überaus bekömmlich. Aus der Flasche ebenso wie vom Faß. Eine echte Kölner Traditionsmarke, die besser nicht sein kann.

Die feine Spezialität. Ausgezeichnet im Geschmack.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Überlebensfrage

Von Dankwart Guratzsch

Zum ersten Mal muß ein namhaftes Unternehmen in der Bundesrepublik aus Gründen des Umweltschutzes dichtmachen. Die voraussichtliche Schließung der Chemiefirma Boehringer/Ingelheim in Hamburg wegen der von ihr mutmaßlich ausgehenden Gefahren für die Bevölkerung ist ein politisches Eckdatum, weil von nun an das bisher für unmöglich gehaltene zum Handlungsinstrumentarium der Politik gehört. Die Aufrechnung der gesamtgesellschaftlichen Schäden gefährlicher Produktionsverfahren macht nicht einmal in einer Zeit millionenfacher Arbeitslosigkeit mehr vor dem Gesetz des Industriestaates, der Wahrung des sozialen Friedens, halt.

Es wäre leichtsinnig, von einem Akt der Willkür zu sprechen. Die handelnden Politiker sind in Fragen des Umweltschutzes in ihren Entscheidungen längst nicht mehr frei. Der Schutz der Lebensgrundlagen rangiert noch vor dem Schutz der Arbeitsplätze. Die Beachtung dieses Grundsatzes wird mehr und mehr auch zu einer Frage des politischen Überlebens von Politikern und ganzen Parteien.

Ein anderer Aspekt ist bisher noch weniger beachtet worden, obwohl er immer wichtiger wird. Die Wahrung von Umweltgrundsätzen wird immer mehr auch zu einer Sache des Selbsterhaltungstriebes einzelner Wirtschaftsunternehmen und ganzer Branchen. Hätte sich die Hamburger Firmenleitung nicht in dem fahrlässigen Glauben gewiegt, mit ihren angreifbaren Produktionsmethoden auch in Zukunft irgendwie durchzukommen, stünde sie jetzt nicht vor der Schließung.

Inzwischen vergiften ihre Produktionsrückstände nicht nur Boden, Grundwasser und Atmosphäre, sondern auch die Konzepte des Senats für die Ansiedlung neuer Industrien im Hafengebiet. Sie vergiften sogar weit über Hamburg hinaus das Klima des Wirtschaftsprozesses. Diese Tatsachen müssen den Staat herausfordern.

Es wäre naiv anzunehmen, die Umweltfesseln für die Industrieproduktion könnten in absehbarer Zeit wieder gelockert werden. Dem steht nicht zuletzt jene Autorität unverrückbar im Wege, die der Abgott des industriellen Zeitalters ist: der wissenschaftlich-technologische Sachverstand. Seine Maßverfahren werden von Tag zu Tag feiner. Die Produktion muß sich darauf einstellen. Dann hat sie sogar neue Wachstumschancen.

Schul-Alltag

Von Peter Philipps

Die Bundesregierung hat ein deutliche Zeichen gesetzt: Sie will sich ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung im Bereich der Bildungs- und Ausbildungspolitik nicht entziehen. Die Fraktionschefs der Union, die erst kürzlich wieder an genau dieser Verantwortung mangels ausreichender Landtags-Kompetenzen knabbern wollten, werden keinen Erfolg haben.

In dem von der Bundesbildungsministerin Wilms vorgelegten „Bericht zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend in Ausbildung und Beruf“ wird darüberhinaus auch ein Bereich angesprochen, der unendlich vielen Eltern auf den Nägeln brennt: die schulische Erziehung.

Als der scheidende Bundespräsident Karl Carstens kürzlich die Redaktion der WELT besuchte, zählte er unter den Themen, auf die ihn die Bürger während seiner Wanderung durch die Bundesrepublik Deutschland am meisten angesprochen hätten, weit vorne die Klagen über Indoktrination durch Lehrer auf. Die Bundesregierung hat dies jetzt ebenfalls aufgegriffen und gemacht, daß „vor allem die Schule“ unter Wahrung des Elternrechts, die Bindung des einzelnen und der Gemeinschaft an Grundwerte und Pflichten verdeutlichen und dabei demokratisches Verhalten, Verantwortungsbewußtsein, Hilfsbereitschaft und Toleranz fördern“ müsse. Niemand bestreitet, daß die über große Mehrheit der Lehrer dieser Verpflichtung aus Überzeugung nachkommt und bei Erziehung und Unterricht versucht, den anvertrauten Kindern und Jugendlichen nicht die eigene politische und gesellschaftliche Meinung zu oktroyieren. Doch so klein ist die Minderheit der Andersdenkenden und handelnden leider nicht.

Was gerade in der Hochzeit der Raketen-Diskussion in westdeutschen Schulen abgelaufen ist, wo mit kleinen Kindern „gespielt“ wurde, ist vielen Eltern noch allzugut in Erinnerung, die ansonsten von der täglichen Beeinflussung ihrer Kinder häufig nur durch Zufall erfahren. Man kann nur hoffen, daß sich viele Schulaufsichtsbehörden diese Einsicht hinter den Spiegel stecken und die mancherorts eingerissene Trägheit überwinden wird, gegen längst bekannte Mißstände in diesem Sinn aufsichtsrätlich vorzugehen.

Sozialismus satt!

Von August Graf Kageneck

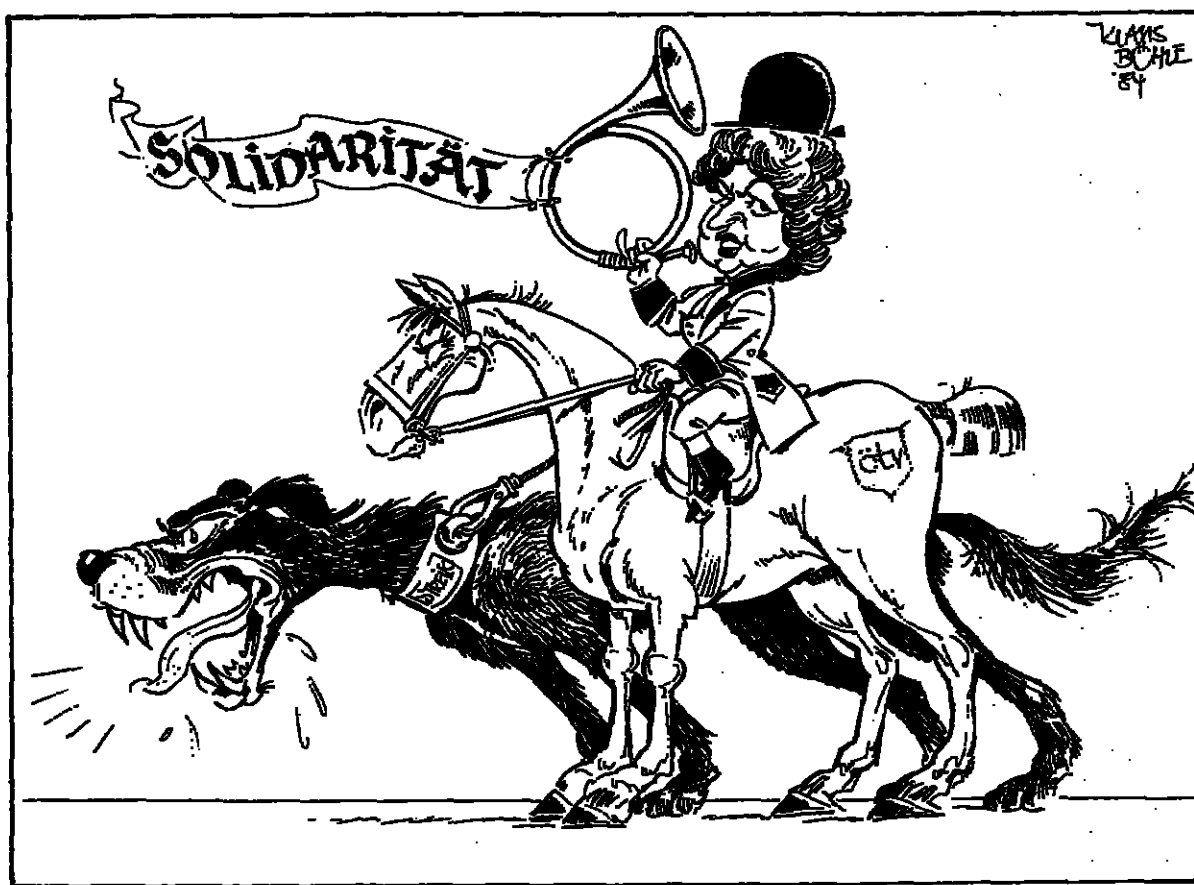
Kommunisten und Sozialisten hatten ihn als das Böse an sich, als Rassenisten und Faschisten hingestellt, was in Frankreich seit dem Zweiten Weltkrieg das sicherste Mittel ist, einen unliebsamen Konkurrenten politisch totzumachen. Die bürgerliche Rechte wußte ihn nicht recht zu integrieren, fürte nur hinter verschlossenen Fensterrahmen mit ihm und verteilte ihn entrüstet auf den Marktplätzen.

Daß er ein Phänomen war, das mit keinem anderen seit dreißig Jahren zu vergleichen ist, hatten Politologen schon vor den Politikern diagnostiziert. Jetzt hat Jean-Marie Le Pen, Führer der „Nationalen Front“, das proportionale beste Ergebnis der Europa-Wahlen eingespielt und den Beweis geliefert, daß es im Frankreich der „großen Vier“ Platz für eine fünfte, ultranationale „Gesetz- und Ordnung-Partei“ gibt.

Die Le-Pen-Wähler kommen nicht etwa nur aus der konventionellen Rechten. Ein Drittel von ihnen ist ihm aus dem linken Lager zugefallen. Unter den Berufsgruppen überwiegen Kaufleute und Freiberufler, bei den Altersgruppen stellen die 20- bis 40-jährigen den Löwenanteil. Sein Wahlkampf stützte sich auf drei Themen: die Freiheiten (Schule, Presse, Unternehmertum), die Sicherheit (Raubüberfälle), die Überfremdung Frankreichs (Gastarbeiter).

Genau da drückt eine wachsende Zahl von Franzosen heute der Schuh. Sie haben den Sozialismus nach drei Jahren restlos satt (Sozialisten und Kommunisten vertreten nur noch ein Drittel der Nation), glauben aber nicht mehr an die Fähigkeit der etablierten Oppositionsparteien, es besser zu machen. Hinzu kommt das gute alte Quentchen französischen Chauvinismus, das in jeder Schicht der Bevölkerung schlummert.

Le Pens Sieg hat Schockwellen durch das Land gesandt, die auch jenseits der Grenzen registriert werden. Seine Abgesandten in Straßburg brauchen keine schlechten Europäer zu sein, wenn sie dazu beitragen, Frankreich nach dem sozialistischen Experiment wieder einen geachteten Platz in Europa zurückzuerobieren.



Wehe, wenn er losgelassen...

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ein neues Mekka?

Von Ulrich Lohmar

Seit einiger Zeit „pilgern“ westdeutsche Politiker in großer Zahl in die DDR – zur Leipziger Messe, zu Besuch bei der Volksgewerkschaften im anderen Teil Deutschlands. Umgekehrt lädt etwa die Friedrich-Ebert-Stiftung ein Mitglied des Zentralkomitees der SED zu einem Vortrag nach Bonn ein, gerade so, als ob es sich um den Sprecher einer befreundeten Partei handelte. Der seit langem anstehende Besuch des Generalsekretärs der SED, der in dieser Eigenschaft auch Staatsratsvorsitzender der DDR ist, in seiner saarländischen Heimat, wird auf eine Weise vorbereitet, als ob wir schon unendlich lange sehnlichst auf ihn gewartet hätten. Die Feier zum 17. Juni rückte der Bundestag in diesem Jahr wegen der Europa-Wahl nach einem Hin und Her an den Rand des Geschehens. In den Tagen zuvor konnte man dafür in unseren Zeitungen Fotos entdecken, die Offiziere der Nationalen Volksarmee der DDR bei der Unterweisung von Kindern im Gebrauch von Kanonen zeigten. Hätte sich das die Bundeswehr bei uns herausgenommen, wäre ein Sturm der Entrüstung durch einen Teil unseres Blätterwaldes gerauscht.

Was bedeutet das alles? Kommt mit Erich Honecker ein verloren Sohn heim, wenn er das Saarland wirklich besuchen sollte? Ist die DDR eine mustergetreue Bundesgartenschau, die wir bislang nur noch nicht entdeckt hatten? Nein, in Wirklichkeit beginnen bei uns die klaren politischen Maßstäbe zu verschwimmen, die die Grundordnungen der DDR und der Bundesrepublik voneinander unterscheiden. In allen uns bekannten geschichtlichen Beispielen wurden Mauern bisher errichtet, um sich vor feindlichen Eindringlingen zu schützen. Die DDR ist der erste Staat der Welt, in dem eine solche Mauer den umgekehrten Zweck hat: die eigene Bevölkerung daran zu hindern, das Land zu verlassen.

Alldem zum Trotz bleibt festzuhalten, daß es zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland nicht wenige, letzten Endes gemeinsame Interessen gibt: Wir müssen beide an einem Abbau der internationalen Spannungen interessiert sein und an der Vermeidung eines Weltkrieges, dessen erste Op-

fer vor allem die Deutschen dieses und jenseits der Elbe wären; beide Staaten haben einen beträchtlichen Einfluß auf die Großmächte UdSSR oder USA und müssen ihn nutzen; hier wie dort müssen wir mit Umweltproblemen fertigwerden, die an den Grenzen nicht haltmachen; wirtschaftlicher Austausch schließlich kann in beiderseitigem Interesse liegen.

Bei dem letzten Stichwort allerdings zögert man schon. Als die Bundesrepublik vor Monaten der DDR den ersten Milliardenkredit vermittelte, um damit menschliche Erleichterungen zu erkaufen, hieß es bei der SED in einem erklärenden Rundschreiben an ihre Funktionäre, die DDR habe sich deshalb bereit gefunden, diesen westdeutschen Kredit anzunehmen, weil mit seiner Hilfe westdeutsche Arbeitsplätze gesichert werden und damit einer weiteren Verelendung der westdeutschen Arbeitermassen vorgebeugt werden könne. Man reißt sich die Augen, wenn man einen solchen Schwachsinn liest. Gleichwohl pfeifen die Spatzen es von den Dächern in Bonn, daß die DDR nunmehr die zweite Milliarde als Kredit in Anspruch nehmen möchte, und zwar so frühzeitig, daß diese peinliche Sache

nicht in einen Zusammenhang mit dem für September vorgesehenen Besuch Erich Honeckers gebracht wird – also sehr bald. Vermutlich würde dieser zweite Kredit in der DDR dann damit erklärt, daß damit die bitteren Folgen der durch den Streik in der Bundesrepublik „geknebelten“ westdeutschen Arbeiter gemindert werden müßten. Dabei nimmt die DDR ohnehin und ungerührt seit langem die Vorteile in Anspruch, die sie aus der Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur Europäischen Gemeinschaft mit uns zusammen genießen kann.

Entkleidet man die Strategie der DDR ihres moralisierenden und ideologischen Putzes, dann wird die Grundformel dieser Politik erkennbar: Geld gegen Menschlichkeit. Wohl gemerkt, man kann dieses Geschäft durchaus machen und sollte das auch weiterhin tun. Nur gibt es keinen Grund, dieses Lösegeld für Menschen oder menschliche Freiheit einen „Kredit“ zu nennen oder den Repräsentanten jenes Landes deshalb für einen Freund der Bundesrepublik zu halten, weil er ein wenig mehr Menschlichkeit gegen harte Devisen möglich macht. Im täglichen Leben nennt man das immer noch Erpressung.

So einfache Dinge auszusprechen, heißt nicht, die DDR oder ihren Staatsratsvorsitzenden herabzusetzen oder gar beleidigen zu wollen. Es bedeutet nur, die Doktrin aufzunehmen, von der die Außenpolitik der Sowjetunion und der DDR nach ihrer eigenen Aussage seit langem bestimmt ist: „Friedliche Koexistenz“. Der Begriff meint nicht ein freundliches Nebeneinander oder gar Miteinander, sondern einen mit allen Mitteln geführten ideologischen, politischen und ökonomischen Wettbewerbs – ohne Krieg. Unsere Sache ist es aber, den Kern zu erkennen, der solche freundlichen Worthüllen prägt. In unseren Köpfen und vor allem in denen unserer Politiker muß klar bleiben, daß die DDR kein befreundetes Land ist, sondern ein Staat, mit dem uns gemeinsame Interessen verbinden und von dem uns grundlegende Überzeugungen trennen. Wie sagt man dazu in Norddeutschland? „Der Fisch stinkt vom Kopf her.“

GAST-KOMMENTAR



Ulrich Lohmar, Professor für Politische Wissenschaften, war von 1957 bis 1976 für die SPD im Deutschen Bundestag. FOTO: JUPP DÄRCHINGER

Der große Rundschatz ist den Russen nicht gelungen

Die Tür für West- und Welthandel bleibt offen / Von Carl Gustaf Ströhm

In der vergangenen Woche in Moskau abgehaltene Gipfelkonferenz des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) hat offenbar einen Zusammenprall zweier politisch-ökonomischer Konzepte im kommunistischen Lager produziert. Auf der einen Seite steht eine Strömung, die unter der Führung der Sowjetunion mehr Zentralisierung, ferner wirtschaftliche Integration, weniger Westhandel, weniger Abhängigkeit von kapitalistischen Märkten sowie mehr Autarkie oder zumindest Selbstversorgung der Staaten des Ostens verlangt. Diese Richtung wird außer von den Sowjets vor allem von der tschechoslowakischen Parteiführung propagiert – letzteres übrigens ein Beweis für den Sieg der Ideologie über die politischen und wirtschaftlichen Interessen. Denn die Tschechoslowaken müßten aufgrund ihrer Geographie und ihrer Wirtschaftstradition eigentlich die stärksten Vorkämpfer gegen eine Selbstisolierung des RGW sein.

Auf der anderen Seite aber hat sich eine seltsame Allianz ungelei-

cher Partner herausgebildet, die bei allen Unterschieden aber ein gemeinsames Interesse verfolgen: Den RGW (Comecon) für den Westhandel und den Welthandel offen zuhalten. Zu dieser Allianz gehören die „DDR“, Ungarn und Rumänien. Das Polen Jaruzelskis spielt angesichts seiner wirtschaftlichen Kalamitäten in diesem Zusammenhang keine ernstzunehmende Rolle. Bulgarien wiederum beteuert zwar seine politische Treue zur Sowjetunion, ist angesichts seiner Agrar- und Industrieexporte in den Westen aber sicher kein begeisterter Vorkämpfer für die ökonomischen Autarkiepläne gewisser Instanzen im Krim.

Den Kern der Anti-Zentralisten bildet also die Dreiergruppe Ost-Berlin-Budapest-Bukarest. Die Motive der drei sind, wie gesagt, unterschiedlich. Für die Ungarn etwa ist die wirtschaftliche Verbindung zum Westen ein lebenswichtiger Bestandteil ihrer großen Wirtschaftsreform, die eine Liberalisierung des Wirtschaftslebens, Verselbständigung der Betriebe und die Förderung der privaten In-

itiative zum Ziel hat. Für das SED-Regime dagegen ist der Westhandel mit der Bundesrepublik jenes goldene Füllhorn, das eine ökonomische oder gar politische Reform des Systems überflüssig machen soll. Für Bukarest schließlich ist der Zugang zu den westlichen Märkten ein Vehikel der eigenen nationalkommunistischen Außenpolitik. Auch in Rumänien ist von einem ernsthaften Reformwillen nichts zu spüren.

Gemeinsam ist den drei Partnern das vitale Interesse, es nicht zu einem „Zuschlagen der Türen“ in Richtung Westen kommen zu lassen – und offenbar ist es diesen RGW-Autonomisten gelungen, ihre Position in die Dokumente von Moskau mit einzubringen. So stehen beide Standpunkte eigentlich überlagert und unsynchronisiert auf dem Papier nebeneinander. Das aber bedeutet: Den Sowjets ist auch diesmal der große Coup einer RGW-Reform nicht gelungen. Das Comecon bleibt also, was es bisher war: Ein Zusammenschluß, in dem zwar die Sowjets als Hegemonialmacht Druck ausüben

IM GESPRÄCH GEORG LEBER

Der geborene Vermittler

Von Joachim Neander

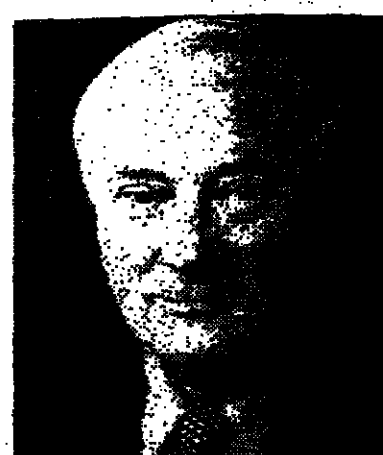
Das Musterbeispiel eines Vermittlers ist Georg Leber, den sie jetzt aus seinem Vorruhestand – der Mann ist noch keine 64 – in Oberbayern an die hoffnungslos zerstrittene Metall-Front rufen, ganz gewiß nicht. Er ist weder der kühle Taktiker noch das wendige Schlitzohr, das man sich in so schwieriger Situation als erfolgreichen Schlichter vorstellen mag.

Aber vielleicht sind Geschicklichkeit und Raffinesse in diesem von Gereiztheit, Mißtrauen, ja sogar Haß geprägten Klima des wochenlangen Arbeitskampfes gar nicht mehr das, was gebraucht wird. Sondern einfach Statur. Ein Mann, bei dem man weiß, woran man ist und woran man sich halten kann. Und der wer weiß – selbst als Vermittler vielleicht einmal richtig lospoltert. Wenn die Zornesfalten auf der breiten Stirn des Limburger Mäurerhofs sich langsam zu formieren begannen, pflegten schon die Gewerkschaftskollegen vor dreißig Jahren dem Schorsch am besten aus dem Wege zu gehen.

Es mag unter den gutfrisierten neudeutschen Revolutionsakademikern in den Gewerkschaften manchen geben, der Schorsch Leber nur als „Arbeitervertreter“ im Hinterkopf hat. Weil der leidenschaftlich für die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand eintritt, weil er für die Notstandsgesetze und für das westliche Bündnis war, weil er einmal sogar einen leibhaftigen US-Präsidenten namens Kennedy als Gastredner zum Kongreß der IG Bau einlud (man stelle sich Reagan an der Seite der Wulf Mathies vor).

Immerhin – auch der Gewerkschaftsboß Leber stand im April 1962 einmal dicht vor einem Aufbruch zum Massenstreik. Freilich schrieb er damals persönlich an fast 60 000 deutsche Baumtätler, um ihnen den Ernst der Lage klarzumachen.

Um diesen Mann, der in seinem



Aus dem Vorruhestand geholt: Georg Leber. FOTO: DPA

ganzen Leben Politik immer als etwas verstanden hat, das zwischen Menschen stattfindet, war es seit dem Ausscheiden aus Bundesregierung und Bundestag 1983 plötzlich sehr still geworden. Dabei wäre das, was er z.B. über den verzweiften Kampf der Sozialdemokraten gegen die bereits übermächtig scheinenden Kommunisten in den deutschen Gewerkschaften gleich nach dem Krieg oder (aus eigener Anschauung) über die dramatischen Ereignisse des 17. Juni 1953 in Ost-Berlin zu erzählen hätte, für die Zeitgeschichtsschreibung möglicherweise sehr wichtig.

Ob der Metall-Schlichter Leber Erfolg haben wird, weiß niemand. Es hängt nicht von ihm allein ab. Über seine Zeit als Bundesminister für Verkehr, Post und Verteidigung findet man in den Archiven auffällig oft die Formulierung, er habe in diesem oder jenem Falle „unglücklich“ taktiert. Es ist nicht sicher, ob auch künftige Generationen dies so negativ verstehen werden, wie es gemeint war.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Zur Europawahl heißt es hier:

Am folgenreichsten für die aktuelle Politik dürfte sich die Niederlage der Freien Demokraten in der Bundesrepublik erweisen. Und selbst ihre Fähigkeit, sich als unbequemer Koalitionspartner zu gebärden und dadurch Aufmerksamkeit zu erregen, dürfte mangels Alternative – zur SPD führt kein Weg zurück – nur noch beschränkt sein. Fortgesetzt hat sich der Trend der Abwanderung aus den Reihen der SPD in die grünen Geleise, was die Diskussion in jener Partei um Anpassung oder Abgrenzung nach der grünen Linken hin noch verstärken dürfte.

BERLINER MORGENPOST

Einen Warnschuß für Kanzler Kohl kassiert das Blatt:

Wenn die übliche unauffällige Heiterkeit von Bundeskanzler Helmut Kohl einen Schimmer von Grinsen aufwiegt, dann ist das sicher weniger auf die Verluste der Union bei den Europawahlen zurückzuführen als auf den Ausgang der Kommunalwahlen im Saarland. An der Saar wurden bundesweite Zeichen gesetzt. SPD und Grüne erzielten eine klare rechnerische Mehrheit gegenüber den Regierungsparteien CDU und FDP. Oskar Lafontaine, einer der profiliertesten linken Flügelmänner der SPD, hatte den kommunalen Wahlgang ausdrücklich als Probelauf für die Landtagswahlen von 1985 deklariert. Er hat den Lauf mit Glanz und Gloria absolviert. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt darf zufrieden sein. Der Wähler hat mit Lafontaine einen Mann honoriert, der gegen die Nachrüstung zum Sturm blies und

der die NATO als Zwangsjacke betrachtet. Von der Bundesregierung kann zumindest aus der Saarland die „neue Mehrheit“, die rot-grüne Allianz, nicht mehr ausgeschlossen werden. Kohl und Genscher müssen Lafontaine als Herausforderer des bisherigen Ministerpräsidenten Zeyer (CDU) ganz ernst nehmen. Die Möglichkeit läßt sich nicht von der Hand weisen, daß die CDU im nächsten Jahr an der Saar und in Berlin die Regierungsverantwortung abgibt, sie ihn Nordrhein-Westfalen aber nicht zurückgewinnt. Kohl läßt daran, wenn er das kommunale Fiasco an der Saar als einen rechtzeitigen Schuß vor den Bug bewertete und die notwendigen Konsequenzen daraus zöge. Die rot-grüne Partnerschaft ist mehr als eine utopische Kumpagne.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die Zeitung fragt nach den Folgen, die sich aus der Niederlage der FDP ergeben könnten:

Über die FDP als Koalitionspartner hinaus ist die gesamte Regierungskoalition geschwächt. Der Zusammenbruch der FDP wird nicht sofort direkte Folgen haben, aber es ist nicht zu erwarten, daß die Freien Demokraten nach dieser Warnung wieder die Reihen enger schließen. Sie könnte vielmehr den Verwerfungsprozess beschleunigen und sich vor allem bei den kommenden Kommunalwahlen und bei den Landtagswahlen im kommenden Jahr langfristig auf die gesamte Koalition auswirken. Bundeskanzler Kohl kann sich nicht einmal damit trösten, daß die Wähler der FDP zur CDU übergewechselt sind, denn alle etablierten Parteien hatten eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen.

Die Sowjets haben in zwei Punkten einen gewissen Erfolg erzielt: In der Angleichung der sowjetischen Erdölpreise an den Weltmarkt – und in der Moskauer Forderung, die Osteuropäer sollten nicht länger ihren anderweitig absetzbaren Ramsch, sondern wirkliche Qualitäts Güter im Austausch für Rohstoffe in die UdSSR liefern.

Die Bomben vertreiben den deutschen Arzt nicht

Karl Viktor Freigang ging nach Afghanistan, um die Freiheitskämpfer medizinisch zu betreuen. Jetzt wurde sein kleines Hospital ausgebaut. In Gesprächen mit der WELT berichtet Freigang und sein Dolmetscher Ibrahim Rashid über ihre Arbeit in Afghanistan.

Von WALTER H. RUEB

Das afghanische Abenteuer von Karl Viktor Freigang begann am 23. April. An diesem Tag überschritt der 54-jährige Arzt an der Spitze eines Konvois mit 75 schwer bewaffneten und gepackten Freiheitskämpfern, seinem Führer Ibrahim Rashid, einem Reitpferd, acht Packpferden, 420 Kilo Medikamenten sowie 400 Kilo Lebensmittel und Ausrüstungsgegenständen bei Parachinar westlich von Peshawar die Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan.

Als Helfer, Führer und Dolmetscher begleitete ihn der 30-jährige afghanische Diplom-Landwirt Mohammad Ibrahim Rashid, der in Indien und Deutschland studiert hatte und nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan nach Pakistan geflohen war.

Die Reise dauerte zwölf Tage. Bei Temperaturen zwischen 30 und 40 Grad mußte die rund 450 Kilometer lange Strecke über teilweise noch schneebedeckte Berge, durch wüstentartige Regionen und verlassene Dörfer und Städte zu Fuß zurückgelegt werden. Nach ungeheuren Strapazen und Gefahren wurde schließlich Tala in der Provinz Baghlan nordwestlich von Kabul erreicht.

Die Stadt zählte früher 50 000 Einwohner. Nach zahlreichen Bombardierungen ist sie heute fast menschenleer. Die Bewohner flohen in die umliegenden Berge. Dort fristen sie in Zelten, Höhlen und Lehmhütten ein karges Leben. In den Häusern der Stadt haben sich die Mujahedin einquartiert. Sie kontrollieren die gesamte Region.

Tala liegt in einem engen Tal zwischen hohen Bergen. Im Sommer klettert die Quecksilbersäule nur auf



Als deutscher Arzt in Afghanistan: Karl Viktor Freigang

35 Grad – im Vergleich zu tiefer gelegenen Gegenden immerhin zehn oder zwölf Grad weniger. Das Tal, das vor dem Bau des Salang-Tunnels durch die Russen von Reisenden von Zentral nach Nordafghanistan viel befahren wurde, ist reich an Pflanzen und Bäumen, die Berge aber sind kahl, schroff und steinig.

Schon am Tag nach der Ankunft richtete Freigang in Tala in zwei Räumen eines leerstehenden Hauses ein kleines medizinisches Zentrum ein. Lediglich ein afghanischer Pfleger stand ihm zur Verfügung. Die Versorgung war schwierig, denn der Afghane sprach nur ein paar Brocken Englisch.

Freigang begann mit der Behandlung von Kranken und Verletzten. Am ersten Tag kamen fast 50 Patienten. Rund 15 Prozent von ihnen hatten Tuberkulose, manche in ihrer schlimmsten Form. Viele litten an alten, nicht ausgeheilten Kriegsverletzungen. Auch Frauen kamen in die Sprechstunde – allerdings nur in Begleitung des Ehemannes. Manche brachten den Müll mit.

Eine Geste der Freiheitskämpfer gegenüber Freigang hatte die Neugier von der Niederlassung eines Arztes in der ganzen Umgebung schnell bekanntgemacht: Über 100 Guerrilleros traten auf der Straße in militärisch straffer Haltung an, salutierten vor dem vorbeimarschierenden deutschen Doktor und versprachen ihm Schutz, Hilfe und Unterstützung.

Nach wenigen Tagen eröffnete Freigang in Barfak, dem nächsten größeren Dorf, eine zweite Praxis. Er

konnte sogar ein kleines Hospital mit vier Betten einrichten. Obwohl Freigang nicht Chirurg ist, gelangen ihm in Barfak in den ersten Tagen zwei Operationen. Es sprach sich herum. An den darauffolgenden Tagen waren Wart- und Behandlungsräume überfüllt.

Nach einer weiteren Woche stieß Freigang nach Daob vor und richtete dort eine dritte Sanitätsstation ein. Das Dorf 40 Kilometer westlich von Tala kann nur über eine Naturstraße erreicht werden, die durch unzählige Bombeneinschläge und Minenexplosionen stark gelitten hat.

In Daob wurde Freigangs Station im Kibbhaus eines ehemaligen Luxushotels aus der Königszeit untergebracht. Die Mujahedin traten ihm neben eigenen Unterkünften und Büros zwei Räume ab, genügend Platz, um auch hier ein paar Krankenbetten aufzustellen.

Freigang hatte in allen drei Praxen ungeheuren Zulauf, denn in einem Umkreis von zehn Tagesmärschen gab es keinen anderen Arzt. Manche Patienten kamen aus einer Entfernung von 250 bis 300 Kilometern, sagte er jetzt. Im Mai behandelte ich 1150 Kranke und Verletzte.

Der Arzt hielt abwechselnd in allen drei Praxen Sprechstunden ab. Zwischen den drei Stationen gab es Telefonverbindungen – mit musikalischen Appellen und alten Handkurbeln. Freigang stand auch ein Fahrzeug zur Verfügung. Augenwinkend überließen ihm die Guerrilleros einen alten, aber noch rüstigen Mercedes-Bus. Der Deutsche hatte es mit einem Dutzend Guerrillaführern zu tun, denen rund 2000 Mujahedin unterstanden. Es gab mit ihnen keine Probleme, Kopferbrechen bereitete Freigang nur die schlechte Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Bei einem Treffen in Peshawar erzählte Ibrahim Rashid der WELT: „In der gesamten Region herrscht Hunger. Es gab meist nur Reis von schlechter Qualität und spinatähnliches Gemüse aus Gräsern. Hammelfleisch gab es nur an den seltenen Schlachttagen.“

Dennoch war Freigang glücklich und zufrieden. Nach einer Woche entließ er Ibrahim Rashid auf den Rückmarsch nach Peshawar. Er selbst stürzte sich noch eifriger in die Arbeit – bis zum 28. Mai, an dem Dönsen und Hubschrauber kamen. Die Zerstörung von Freigangs

Mini-Hospital durch die Sowjets kam nicht überraschend. Seit langem verfolgen sie westliche Ärzte im Innern Afghanistans mit brutaler Härte. Rücksichtslos werden selbst deutlich mit dem Roten Kreuz gekennzeichnete Hospitäler bombardiert, Ärzte gejagt und verfolgt. Im vergangenen Jahr machte der Fall des französischen Arztes Philippe Augoyard weltweit Schlagzeilen.

Augoyard war von sowjetischen Hubschraubern und Fallschirmjägern tagelang gejagt und schließlich gefangen worden. Seine afghanischen Begleiter wurden erschossen, er selbst nach Kabul gebracht und dort in einem Schauprozess zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. „Illegaler Grenzübertritt, Spionage und Zusammenarbeit mit Konterrevolutionären“ lauteten die Vorwürfe. Erst die Intervention der französischen Regierung veranlaßte schließlich die Machthaber in Moskau und Kabul, Augoyard nach viermonatiger Haft freizulassen.

Der Terror der sowjetischen Besatzer Afghanistans hat bisher ihre Wirkung nicht verfehlt. Außer französischen Ärzte-Organisationen und ein paar vereinzelt Medizinern hilft im freien Afghanistan Kranken und Verletzten niemand. Wenn Hilfe weiterhin unterbleibt, ist Afghanistan verloren“, prophezeite Freigang in einem Gespräch mit der WELT.

Er befindet sich mit seiner Meinung in völliger Übereinstimmung mit dem Bonner Friedensforum und dessen Schirmherrn, dem CDU-Bundestagsabgeordneten Jürgen Todenhöfer, der zu Beginn dieses Jahres begann, den Mujahedin direkte humanitäre Hilfe in Form von Medikamenten zukommen zu lassen. Beim Bonner Friedensforum aber trägt man sich inzwischen mit der Idee, Freigang weitere Ärzte, Sanitäter und sogar Krankenschwestern an die Seite zu stellen. Freigang gestern zur WELT: „Ich werde in Barfak weitermachen und das dortige medizinische Zentrum sogar ausbauen.“

Er hofft, daß er nach seinem Aufenthalt in Deutschland nicht mehr allein nach Afghanistan reisen muß. Angst hat er keine. „In Barfak ist das medizinische Zentrum mitten in der Stadt und damit sicherer... Da müßten die Russen schon mit Flächenbombardements kommen, um die Sanitätsstation zu treffen.“

Die Arbeit ruht, der Rechtsstreit geht weiter

Seit gestern ruht die Produktion bei der Firma Boehringer in Hamburg. Fremde bei den Nachbarn und Umweltschützern; Angst und Sorge dagegen bei den Mitarbeitern der Firma, denen der Verlust des Arbeitsplatzes droht.

Von GISELA SCHÜTTE

Beim Chemiewerk Boehringer in Hamburg-Moorfleet stand gestern zum ersten Mal die Produktion still. Die Fabrik, bei der seit den zwanziger Jahren Pflanzenschutzmittel hergestellt werden, lag wie menschenleer in der Sonne. Da waren die 230 Mitarbeiter zum Dienst erschienen. Doch ihnen bleibt in den nächsten Wochen nichts zu tun. Und wenn die Produktion auf Dauer eingestellt wird, droht ihnen Arbeitslosigkeit. Die Stimmung im Werk war gedrückt.

Jubel herrschte bei den Bewohnern in der Umgebung, die sich seit Jahren wegen möglicher und tatsächlicher Gesundheitsgefahren ängstigten, bei den Bauern von Moorfleet, deren Gemüse durch die Pflanzenschutzmittel verdorben worden war, bei Umweltschutzgruppen und den Grünen, die mit Akrabie Stimmung gegen das Werk machten und Punkte für dessen Stilllegung sammelten. Und zufrieden war man auch in der Hamburger Umweltschutzbehörde, die als erste deutsche Behörde zum Schutz der Umwelt einen Betrieb stilllegte.

Zwar ruht die Arbeit bei Boehringer bislang offiziell nur vorübergehend. Der Rechtsstreit geht weiter. Das Unternehmen will gegen die „unrealistischen Maßnahmen“ der Behörde gehen. Wenn solche Auflagen in anderen Bereichen Schule machten, teilte die Firma mit, werde chemische Forschung und Produktion nahezu unmöglich.

Der Anlaß für den massiven Angriff der Behörde auf das Werk waren alarmierende Meßergebnisse für das Ultragift 2,3,7,8 TCDD, ein chemisches Abfallprodukt bei der Herstellung der T-Säure-Produktion in Moorfleet nicht mehr entstehen – zu Unrecht. Ein Routine-Meßprogramm für die gesamte Herstellungsanlage der Firma brachte es an den Tag: In den sogenannten Zersetzungs-Rückständen der HCH-Herstellung (Lindan) fand man bis zu 250 Mikrogramm TCDD pro Kilo. Vom etwas weniger giftigen „Dioxin-Verwandten“ OCDD maß man sogar Konzentrationen von bis zu 32 Gramm pro Kilo untersuchter Substanz. Allein der TCDD-Anteil war zehnmal so groß wie die höchsten Giftkonzentrationen, die aus dem inzwischen weltbekannten Müllberg Georgswerder klickerten. Und den hatte man bereits vor Wochen hermetisch abgeschlossen.

Nachdem eine zweite Analyse das erste Ergebnis „in der Tendenz“ bestätigt hatte, sandte der Umweltsenator Wolfgang Curilla (SPD) dem Unternehmen einen Katalog von Sicherheitsauflagen ins Haus, der mit dem

Ultimatum 18. Juni gekoppelt war. Darin wurde eine sichere Beseitigung der dioxinhaltigen Abfälle auf dem Firmengelände gefordert; zugleich setzte der Senator zukünftigen Umweltverunreinigungen über Abwasser und Abluft aus dem Werk minimale Höchstgrenzen.

Der Weg zum Verwaltungsgericht brachte der Firma nur einen Teilerfolg: Die Frist für die alten Müllbestände wurde aufgeschoben. Zugleich untersagte das Gericht das Lagern neuer Giftabfälle. Die Auflagen der Behörde wurden bestätigt.

Das Stammwerk Boehringer in Ingelheim zog die Konsequenzen und kam einem Ukas der Umweltschutzbehörde zuvor: Da der Verstoß gegen die Auflagen strafbar wäre, wurde der Betrieb einstweilen stillgelegt. Über die Zukunft des Werkes wird derzeit beraten.

Die Ursachen für das derzeitige Ende bei Boehringer reichen mehr als zwanzig Jahre zurück. Damals erkrankten mehrere Arbeiter an „Chlorakne“, einem Leiden, das aus dem Dioxin-Unglück in Seveso bekannt wurde. Seit dem Jahr 1976 wurde die Produktion in Moorfleet deshalb auch mit Argusaugen beobachtet. Im Hamburger Rathaus begann die lebhafte „Anfragen-Korrespondenz“ zwischen Senat und politischen Umweltschützern über die Gefahren der

Boehringer-Produktion, bei der nachweislich das „Seveso-Gift“ anfällt.

Doch zunächst war es das HCH (Lindan), das dem Werk die Umweltschützer und Bürgeraktionen vor das Tor und bis auf den hohen Schornstein der Anlage brachte: Lindan wurde im Moorfleeter Gemüse nachgewiesen, Salat mußte vernichtet werden, das Unternehmen zahlte Entschädigungen. Dann fand man HCH auch im Blut von Werksnachbarn. Die Produktionsanlage wurde für zehn Millionen Mark bis 1983 erneuert. Die Angst vor dem Seveso-Gift Dioxin führte im gleichen Jahr zum Auslaufen der T-Säure-Herstellung (die zusammen mit TCDD zum Entlaubungsmittel „agent orange“ führt).

Seit Dezember 1983 kamen die Dioxin-Funde in Hamburg Schlag auf Schlag. Am Beginn der Ereignisse stand die Meldung, daß im Öl der Sondermülldeponie das „Sevesogift“ festgestellt wurde. Für die Hamburger GAL war das zugleich der Nachweis, daß der Urheber der Chemiekonzern sein mußte. Sie begann ein monatelanges Sperrfeuer von Aktionen und Anfragen.

Der Erfolg der Umweltschützer hat unterdessen mehrere Väter erhalten. Grüne und Sozialdemokraten rechnen sich den Giftfund als Verdienst zu. Allein die Hamburger CDU hatte bis zuletzt wegen der Arbeitsplätze zu maßvollem Handeln gemahnt...

Dioxin – das tödliche Gift mit Langzeitwirkung

Von DIETER THIERBACH

Zahlreiche heimtückische Krankheiten sind besiegt oder befinden sich, von medizinischen Pionierleistungen zur Strecke gebracht, auf dem Rückmarsch. Diphtherie und Pocken, Pest und Typhus gehören dem Vokabular der Vergangenheit an. Die neuen Geißeln der Menschheit tragen unprägnante Kürzel: Sie heißen PCB, TCDD, DDT oder HCB.

„Alle ding sind gift. Und nichts ist ohn gift“, befand schon Theophrastus Bombastus von Hohenheim, genannt Paracelsus. Der Naturforscher konnte nicht ahnen, daß 400 Jahre später Giftbomben mit Langzeitindem tücken würden: Diese chemischen Superkeulen sind hinterhältig, weil ihre volle Tragweite erst nach Jahren oder Jahrzehnten sichtbar wird, auch wenn sämtliche Produktionen von heute auf morgen eingestellt würden. Boden, Wasser und Luft nehmen sie auf, tauschen sie ständig aus und wälzen sie in einem Anreicherungsprozess um.

Genau genommen ist mit Dioxin praktisch immer das 2,3,7,8-Tetrachlor-dibenzo-para-dioxin gemeint. Milliardstel Gramm reichen bereits aus, um schwerste Hautkrankheiten, Krebs und Erbschäden auszulösen. Der „Vater der Dioxin-Analytik“, der schwedische Chemiker Christoffer Rappe, hat bei der Suche nach der Nadel im Heuhaufen die Nase vorn. Ihm gelang es als erstem, die Nachweisgrenze auf 0,2 Milliardstel Gramm herunterzuschrauben; Größenordnungen, die sich der menschli-

chen Vorstellungskraft entziehen. Das deutsche Bundesgesundheitsministerium und die amerikanische EPA (Environmental Protection Agency), die obersten Umweltschützer, definieren „das Teufelszeug“ als die giftigste chemische Substanz, die bisher auf der Welt bekannt ist. Nach Einschätzung der Amerikaner kann schon eine tägliche Dosis von zehn Milliardstel Gramm Dioxin bei Erwachsenen „gesundheitlich relevant“, sprich krebsauslösend wirken.

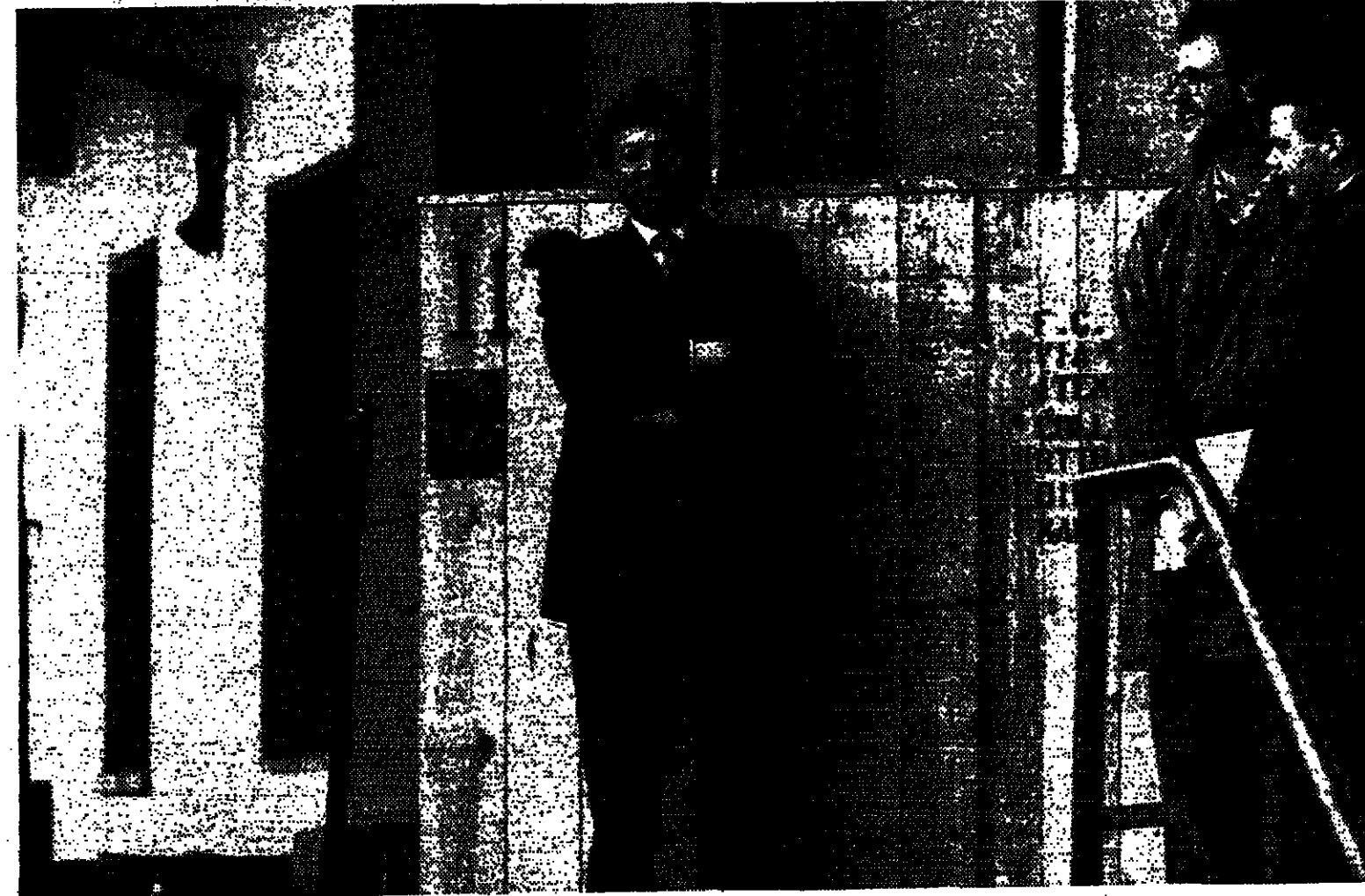
16 Wissenschaftler, allesamt Seveso- und Agent-Orange-Experten, versuchten in der vergangenen Woche, die Georgswerder Problematik aufzufassen. Es ging um die Bewertung der täglichen Dosis: Ob ein oder vier Picogramm pro Kilogramm Körpergewicht lautete die Gretchenfrage. Man stelle sich das bildlich vor: 1 Tropfen Wermouth in 50 000 000 Kubikmetern Wein.

1912 fand der Holländer van der Linden, daß man den Chlorkohlenwasserstoff Hexachlorocyclohexan, 1825 von Faraday entdeckt, in einzelnen, unterschiedliche chemische Isomere auftretenden und isolieren kann: Die Chloratome können zur Ebene des zentralen Cyclohexanrings unterschiedlich angeordnet sein. Und gerade das bestimmt ihre chemischen Eigenschaften. Unter van der Lindens Lindan (nomen est omen) versteht man eine „Spielart“, das zu 99,5 bis 99,9 Prozent reine gamma-Hexachlorocyclohexan (gamma-HCH). Nur dieser Anteil aus dem Isomeren-Gemisch, das von alpha bis epsilon benannt wird, ist insektizid wirksam.



Der Nachschub kommt über steinige Wege und primitive Brücken. FOTOS: DIE WELT

Herr Berger exportiert Werkzeugmaschinen nach Italien. Warum fällt für ihn die Lira nicht, wenn die Lira fällt?



Um sein Auslandsgeschäft anzukurbeln, mußte Herr Berger nicht weit gehen. Er kam zu uns. Über unseren Partnerservice vermittelten wir ihm eine neue Geschäftsverbindung in Italien. Sie führte zu guten Abschlüssen, aber auch zu einem Problem: Herr Bergers Kunde wollte in Lira bezahlen, und das erst nach erfolgter Lieferung in einem Jahr. Konditionen, die durch das Kursrisiko Herrn Bergers Kalkulation mit viel Unsicherheit belastet hätten. Unser Rat in diesem Fall: ein Devisentermingeschäft mit uns. Das schaltet jedes Kursrisiko für Herrn Berger aus und gibt seiner Kalkulation eine solide Basis. Export- und Importgeschäfte bringen oft komplizierte Fragen nicht nur der Kurssicherung, sondern auch der Finanzierung mit sich. Deshalb ist es gut, mit einem kompetenten Partner zu sprechen: Wir, unsere regionale Zentralbank und unser Spitzeninstitut, die DG BANK, bieten die richtigen Antworten auf alle Fragen im Auslandsgeschäft und den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank.

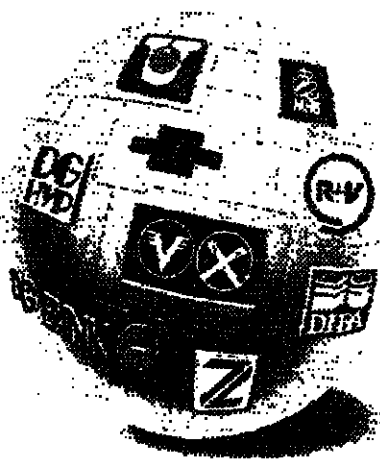
Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Gelddinge bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem

Geld zu machen. Und dies überall, denn die Volksbanken und Raiffeisenbanken haben mit 19.667 Bankstellen das größte Bankennetz in Deutschland.

Ihre Sache ist unsere Sache.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,7 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

DG BANK
Deutsche
Genossenschaftsbank
8 regionale
Zentralbanken
Bausparkasse
Schwäbisch Hall
DG HYP
Deutsche
Genossenschafts-
Hypothekbank
DIFA
Deutsche
Immobilien Fonds AG
Münchener
Hypothekbank eG
R+V Versicherung
Union-Investment-
Gesellschaft



Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Abtreibung: Karlsruhe weist Klage ab

rtw/dpa, Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht hat es mit einem gestern veröffentlichten Beschluss abgelehnt, ein Verfahren über die Frage zu eröffnen, ob die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Der erste Senat verwarf damit eine Vorlage des dortmündlichen Sozialgerichts als formal unzulässig. (AZ: 1 BvL 4/83/81)

Dem Sozialgericht lag die Klage einer 35-jährigen katholischen Redakteurin vor, die sich als Zwangsmittel einer Krankenkasse in ihren Grundrechten verletzt sah, wenn sie mit ihren Mitgliedsbeiträgen zur Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen beitragen müsse. Sie forderte die Kasse auf, ihren Mitgliedern nur noch bei medizinischer Indikation Leistungen zu gewähren. Das Sozialgericht hatte diese Klage im Kern für berechtigt gehalten und Karlsruhe um Klärung ersucht.

Das Bundesverfassungsgericht begründete seine Entscheidung mit der Feststellung, ein Kläger, der sich durch Verwendung öffentlicher Gelder in seinem Glauben oder seinem Gewissen verletzt sieht, könne nicht verlangen, daß „seine Überzeugung Maßstab der Gültigkeit für alle geltenden Rechtsnormen“ werde. Er habe „keinen Anspruch auf generelle Unterlassung“ der Verwendung öffentlicher Mittel, wenn er nicht selbst direkt betroffen ist.

DIE WELT

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden (Berlin); Chefredakteur: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp (Bonn, verantwortlich für den Inhalt); Verlag und Druck: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1, Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler. Verantwortlich für Anzeigen: Dietrich Windberg. Redaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99.

DIE WELT (USPS 403-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar \$65.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Massive Steuererhöhung ist nicht im Gespräch

Bonn: Es bleibt bei größter Reform der Nachkriegszeit

HEINZ HECK, Bonn

Die Spitzen von CDU, CSU und FDP kommen heute nachmittag zu ihrem vierten - und voraussichtlich letzten - Koalitionsgespräch über die Steuerreform zusammen. Nach dem Hin und Her der letzten Wochen und Monate über Ausmaß und Termin der Steuerentlastung kristallisieren sich vor allem zwei Eckpunkte aus den vorausgegangenen Beratungen heraus:

1. Es wird keine massive Steuererhöhung (zum Beispiel bei der Mehrwertsteuer) zur Teilkompensation des zu erwartenden Einnahmeausfalls geben. Im Gespräch ist allenfalls eine Erhöhung der Versicherungssteuer (von fünf auf sieben Prozent mit zusätzlichen Einnahmen von 1,2 Milliarden Mark) sowie der Lotter- und Wechselsteuer; auch eine Erhöhung auf Zigaretten und Feinschnitttab 1988 mit Mehreinnahmen von 1,8 Milliarden Mark wird erwogen. Ein Subventionsabbau größeren Stils ist dagegen nicht zu erwarten.

2. Es wird keine Entlastung von 20,6 Milliarden Mark („große Lösung“) in einem Schritt 1986 geben. Der Widerstand der Länder, die zusammen mit den Gemeinden 57,5 Prozent der Einnahmen aus Lohn- und Einkommensteuern kassieren und daher auch in diesem Ausmaß an den Ausfällen beteiligt sind, dürfte diese, allgemein als überzeugend angesehene Lösung in einem Schritt verhindern. Die Entlastung wird mit Rücksicht auf die Haushaltskonsolidierung auf 1986 und 1988 verteilt werden.

Allein Bayern befürwortet die große Lösung in einem Schritt 1986, die CDU-regierten Länder plädieren für das Zweistufenmodell, die SPD-regierten Länder wollen zum Teil (Hessen, Nordrhein-Westfalen) die Reform erst 1988, Hamburg und Bremen schieben sie lieber noch später.

Diese restriktive Haltung wird mit dem Vorrang der Haushaltskonsolidierung begründet. Die Steuerreform zielt aber auch auf einen Abbau der heimlichen Steuererhöhungen, von denen der Chef der Bonner Unionsfraktion, Alfred Dregger, gesagt hat, daß das Parlament sie nie beschlossen habe. Gerade deshalb sieht sich das Parlament in der Pflicht, die Exekutive etwas strenger an die Leine zu legen. Von der Bonner Koalition sind in den letzten Wochen zahlrei-

che Impulse zur sinnvollen Ausgestaltung dieser „größten Steuerreform der Nachkriegszeit“ (Helmut Kohl) ausgegangen. Der Umstand, daß Länder und Gemeinden aus 57,5 Prozent der heimlichen Steuererhöhungen kassieren, wird ihrem Argument der Haushaltskonsolidierung entgegengehalten.

Die für 1986 geplante - und so gut wie beschlossene - Verbesserung des Familienlastenausgleichs in Form einer Anhebung der Kinderfreibeträge auf 2400 Mark je Kind und Kind kostet etwa 5,2 Milliarden Mark. Hinzu kommt eine Erhöhung der Kindergelds um etwa 40 bis 44 Mark je Kind im Monat für Bezieher niedriger Einkommen, denen die steuerlichen Freibeträge keine Entlastung bringen. Je nach Haushaltslage könnte auch die im Prinzip erst für 1987 vorgesehene Ausweitung des Mutterschaftsurlaubes auf alle Mütter (zur Zeit nur berufstätige) auf 1986 vorgezogen werden. Familienminister Geißler plädiert für ein Mutterschaftsgeld von 600 Mark monatlich je Kind für die Dauer eines Jahres.

Die Korrektur des Lohn- und Einkommensteuertarifs in der offenbar mehrheitlich favorisierten Form des von Finanzminister Stoltenberg vorgeschlagenen Modells T 1 brächte nicht nur eine mehrere Jahre anhaltende deutliche Entlastung, sondern ist zugleich als Vorstufe zu einem Steuertarif mit gleichmäßig ansteigender Progression anzusehen. Hierbei ist die zusätzliche Steuerbelastung (Grenzsteuersatz) für jede zusätzlich verdiente Mark gleich, unabhängig davon, an welcher Stelle der Steuerkurve der Steuerpflichtige „steht“.

Der T 1 kostet 1986 rund 15,4 Milliarden, 1988 wegen der bis dahin weiter gestiegenen Einkommen bereits etwa 20,2 Milliarden Mark. Da die Gesamtkorrektur in einem Schritt 1986 politische ohne Chance ist, wird jetzt die Realisierung in zwei Schritten je zur Hälfte diskutiert. Das macht die Reform optisch „teurer“. Die erste Hälfte 1986 kostet rund 7,7, die zweite Hälfte 1988 gut zehn Milliarden Mark.

CSU-Chef Strauß und die FDP setzen sich zwar nach wie vor für ein Inkrafttreten der Tarifkorrektur 1986 ein, scheinen jedoch zum Einlenken bereit, wenn damit der T 1 in zwei Schritten „gerettet“ wird.

„Mit Barzel eine gute Wahl getroffen“

Von WALTER SCHEEL

In der erregenden Bundestagsdebatte um das Mißtrauensvotum gegen Willy Brandt im April 1972 habe ich am Schluß meiner Rede Rainer Barzel sinngemäß zugeführt: „Eine unter solchen Umständen gebildete Regierung hat unser Volk nicht verdient. Das haben auch Sie nicht verdient, Herr Dr. Barzel.“

Manchem mag das wie Ironie vorgekommen sein; ich aber habe es gemeint, wie ich es sagte. Gerade in der schwierigsten Zeit meines politischen Lebens, als es mir darum ging, den sogenannten Ostverträgen eine breite parlamentarische Mehrheit zu verschaffen, habe ich Rainer Barzel als einen zwar harten Widersacher kennengelernt, der es ernst meinte mit seinem Bemühen, die Qualität des von uns ausgehandelten immer noch zu verbessern. Aber er war fair und er kannte unsere Anstrengungen auch an.

Das Mißtrauensvotum scheiterte bekanntlich. Dennoch war dann Rainer Barzel bereit und das zeichnete ihn schon damals als einen großartigen Demokraten aus, seine Fraktion zur Zustimmung für die Verträge zu gewinnen. Er sah darin den Vorteil für unser geteiltes Land. Seinem unermühten Bemühen ist es mitz verdanken, daß das Parlament

schließlich einstimmig eine Entscheidung zu den Verträgen verabschieden konnte. Daß er sich in seiner Fraktion nicht voll durchsetzen konnte, schmälert nicht sein Verdienst daran, daß es in dieser für uns so schicksalhaften Frage nicht zu einer ungesunden Spaltung unseres Volkes kam, daß sich nicht zwei in tödlichem Haß gegenüberstehende Blöcke wie in der Zeit zwischen den Weltkriegen bildeten.

Es war bei mir daher Überzeugung, Anerkennung und auch Dankbarkeit als ich im Deutschen Bundestag am 17. Mai 1972 über seine vorbildliche Haltung sagte: „Die Bundesregierung würdigt ohne Vorbehalte und ohne Hintergedanken die politische Leistung des Oppositionsführers in diesen schweren Wochen. Seine Bemühungen hätten es verdient gehabt, von seiner Fraktion honoriert zu werden.“

Die wenigen Stunden vor der entscheidenden Abstimmung haben wir ständigen Kontakt gehabt. Wir haben handgeschriebene Notizen ausgetauscht, weil er in seiner Fraktion nichts als Argument verwenden wollte was nicht handfest belegt war. Er ist ein auf Präzision bedachter Jurist. Mit „überwältigender“ Formulierung gibt er sich nicht zufrieden. Die Schärfe seines Verstandes und die Genauigkeit seiner Formulierung

gen ließen ihn bei manchem als kühl, ja als unterkühlten Intellektuellen erscheinen.

Ich sage „ließen“, weil er sich geändert hat. Mit innerer Anteilnahme habe ich verfolgt, welche harte Prüfung ihm das Schicksal auferlegte - politische und vor allem persönliche. Er suchte keine Ablenkung von außen. Er wurde mit allem innerlich fertig. Und es kam dann ein anderer nach Jahren zurück; einer, der durch das Leiden gereift und gestärkt war. Aber auch einer, der sich nicht mehr scheute offen und öffentlich menschliche Wärme zu zeigen von der vorher vielleicht nur seine engere Umgebung wußte.

Als er vor wenigen Tagen vom Präsidentenstuhl des Deutschen Bundestages zum Tag der deutschen Einheit sprach, war etwas zu spüren von der Überzeugungstreue in der Frage der deutschen Einheit und von der Kraft, Überzeugung in Handeln umzusetzen. Der Deutsche Bundestag hat eine gute Wahl getroffen als er heute 60 Jahre werdenden als seinem Präsidenten wählte.

Ich habe ihn als einen Mann kennengelernt auf den man sich verlassen kann; als einen zuverlässigen Freund.

Ich möchte ihm heute herzlich zum Geburtstag gratulieren.

Kohl bittet im Reichstag zur Erfolgskontrolle

F. DIEDERICH, Berlin

Wenn morgen die Karawane der 203 Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft vor dem Reichstag eintrifft, dann umschließt die Teilnehmer des zweiten von Bundeskanzler Helmut Kohl einberufenen „Berliner Wirtschaftsgipfels“ ein Hoch in der Stadt, das geprägt ist von den Aufwinden des ersten Gipfels im Dezember 1982. Der damaligen Kanzler-Runde billigte heute Berlings Wirtschaftssenator Elmar Pieroth (CDU) nicht nur die Funktion eines „psychologischen Wendepunktes“ zu, sondern stellt auch fest: „Bei zahlreichen Unternehmen ist die strategische Umorientierung zugunsten Berlins erfolgt.“

Den Stimmungswandel in der deutschen Industrie und die gestiegene Bereitschaft, breitere Wirtschaftsbeziehungen zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet zu schlagen, dokumentieren in der Bilanz des Berliner Senats die Erfolgsmeldungen seit Jahresbeginn 1983. Von den auf dem Dezember-Gipfel 1982 angekündigten 17 Projekten seien „elf Projekte umstritten in der Phase der Verwirklichung“, so Senator Pieroth, zwei weitere Wirtschaftsunternehmen, die vom Bund getragenen Firmen Veba und Salzgeber, kündigten in der vergangenen Woche ein verstärktes Berlin-Engagement auf dem Forschungsbereich an.

Daß rund 75 Prozent der Berliner Unternehmen - so jedenfalls eine Umfrage der Berliner Industrie- und Handelskammer vom Frühjahr dieses Jahres - ihre Auftragslage mittlerweile als „ausreichend“ betrachten und nur acht Prozent der Industriebetriebe ihre Gesamtsituation als „schlecht“ darstellen, ist nicht unwesentlich vom ersten Berliner Wirtschaftsgipfel beeinflusst worden, auf dem Kohl die Unternehmen an ihre Mitverantwortung erinnert hatte.

Auch auf Bundesebene sieht man Berlins wirtschaftliche Situation derzeit in einem „günstigeren Licht“ (Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff) als vor Jahresfrist. Wie die Weichen 1982 im Schloß Bellevue für eine moderne industrielle Basis gestellt wurden, der die Politiker allerdings eine notwendige Anlauf- und Umstellungsphase zubilligen, zeigt ein Blick auf die Erfolgsliste der innovativen Großbetriebe, so Wirtschaftsminister Pieroth.

Späth bietet Opposition Mitarbeit an

Regierungserklärung im Stuttgarter Landtag / Grundlagen der Landespolitik

XING HU KUO, Stuttgart

Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU), hat den Oppositionsparteien angeboten, gemeinsam die schwierige Zukunft des Landes zu bewältigen. Für den neugewählten Stuttgarter Landtag erklärte Späth gestern in seiner Regierungserklärung, die von der CDU getragene Landesregierung werde sich „nicht überheblich“ verhalten.

Es werde, so Späth, auch künftig immer wieder Situationen geben, wo wir unsere Meinung korrigieren und Ideen anderer politischer Parteien aufgreifen werden. Die Opposition forderte Späth auf, im Parlament „selbstkritisch und konstruktiv um den besten Weg der Zukunftssicherung“ zu ringen.

Der Regierungschef unterstrich, daß die Grundlagen für die Politik

der Landesregierung in der neuen Legislaturperiode (1984-1988) „Kontinuität, Flexibilität und Konzentration“ sein werden. Diese Politik habe bereits in den vergangenen Jahren den Südwesen „vor gravierenden strukturellen Schwierigkeiten bewahrt, denen sich andere Bundesländer zunehmend gegenübersehen“.

Die Wirtschafts- und Technologieförderung bleibt auch in den nächsten Jahren die wichtigste Säule der Politik der Landesregierung, betonte der Ministerpräsident. Stuttgart werde modellhaft für die gesamte Bundesrepublik eine solche Politik „aus einem Guß“ betreiben, unterstrich Späth selbstbewußt. Das Land wolle seine Spitzenstellung in den Bereichen Wissenschaft, Forschung, Umweltschutz nicht nur erhalten, son-

dern auch ausbauen. Deshalb sei im Wirtschaftsministerium eine „Technologieabteilung“ neu gebildet worden. Dort seien beide Bereiche - Wirtschaft und Technologie - „gebündelt“. Die rasche Integration von Mikroelektronik und Informationstechnik in Produkte und Verfahren mittelständischer Betriebe ist das vordringliche Ziel der konzentrierten Förderung.

Späth kündigte an, daß die Regierung an einem Konzept arbeite, auch „regionale Technologiefabriken und Technologieparks“ zu gründen. Mit der kürzlich gegründeten Exportstiftung sei eine Einrichtung geschaffen worden, so Späth weiter, die sich ausschließlich und gezielt der Verbesserung der Exportchancen des Landes widme.



Im Zeichen des Tigers in Malaysia investieren.

Der Tiger ist das Symbol von Malayan Banking, Malaysias größter Bankengruppe.

Wenn es um Malaysia geht, nutzen Sie uns als Ihren Finanzberater. Wir bieten Ihnen einen umfassenden Service. Wir besitzen die Stärke, die Größe und die genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse, die Sie brauchen. Wir verfügen über einen Stab von Experten, die mit allen Bereichen der malaysischen Industrie

INSGESAMT ÜBER 6,6 MILLIARDEN U.S.\$ AKTIVA

ÜBER 180 ZWEIGSTELLEN IN MALAYSIA UND IM AUSLAND

ÜBER 1,5 MILLIONEN KONTOINHABER

DIE GRÖSSTE BANKENGRUPPE IN MALAYSIA

SIE UMFASST GESCHÄFTS- UND MERCHANTBANKEN, FINANZIERUNGS-, LEASING- UND VERSICHERUNGSGESELLSCHAFTEN

MALAYAN BANKING BERHAD
Malaysias größte Bankengruppe

Malayan Banking Berhad • Niederlassung Hamburg
Ballindamm 13 • 2000 Hamburg 1
Telefon: (040) 308002-0 • Telex: 213 049
Geschäftsleitung: Dr. Jur. E. A. Bielebaum • Kurt B. Stahl

und den großen internationalen Finanzzentren bestens vertraut sind.

Sie können die für Sie richtige Finanzierungsart sicherstellen. Sie überregierungsamtliche Verfahren beraten und Ihnen weiteren Finanzservice bieten.

Wenn Sie also Investitionen planen oder in Malaysia Geschäfte abwickeln: Nutzen Sie die Stärke von Malayan Banking. Wir sind in Deutschland vertreten.

Costa Brava - der echte Geheimtipp

Calvela de Palafrugell
Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser, 2 und 3 ZL, KL, Bad, Schwimmbad, in exklusiver Umgebung mit Meerblick. Treuhandverwaltung durch spanische Bank. Wohnungen ab 59.500 DM. Häuser ab 135.000 DM inkl. Grundstück. Nähere Infos: MSV GmbH
Postf. 44 44, 7094 Filderstadt 4
Tel. 07 11 / 77 74 11

3-Zimmer-ETW

88 m², in Achern/Baden, für nur 199.800,- DM zu verkaufen.
Tel. 0 78 06 / 39 25

Offen Sie - hier ist die Steuerberatung!

So kann es auch ein frühes Morgen vor Ihrer Tür heißen. Schützen Sie sich vor der Steuerfahndung! Versuchen Sie sich zu wehren, so gut es geht. Alle relevanten Tipps und Tricks, wie Sie sich vorüber und unternehmerisch verhalten, sagt Ihnen praxisnah das neue, soeben erschienene Buch: Technik und Taktik der Steuerfahndung.
Fordern Sie Gratis-Info WT 1 an, oder bestellen Sie sofort. Für nur 48,- per Scheck o. NN + DM 4,- Versandkosten.
DIEKUS-Marketing, Postfach 33, 3304 Unterlöss

HOLLAND - VINKEVEEN - WASSERBUNGALOW

gelegen in Jachthafen mit Bootsteg. Wohnz. m. off. Kamin, 3 Schränke, Badest., Duschraum, kompl. Küche, Zieg. mit Fußbodenheizung. Luxusausstattung, gr. Garten m. Sonnenterrasse. DM 190.000,-. • 0031-20.242832 od. 0031-2949.1985

Südschwarzwald

2 Baugrundstücke in Hotsgrund/Schwarzwald (Nähe Freiburg), im Städtchen zu verkaufen. Günstige Preise für jeweils 10 Wohnungen liegt vor. GISINGER WOHNBAU GMBH
Karlstraße 6 • 7800 Freiburg
Telefon (0761) 317 48

Freiburg i. Br. Doppel-Bungalow

In Vorortlage (19 km), mit 2 Wohnungen, 200 m² Wohnz., Baujahr 1980, Doppelgarage, 2100 m² Grundstück, überaus gute Ausstattung. VSP DM 1,25 Mio. Stilleprospekt durch Immobilien Gleisger RDM
Karlstraße 6 • 7800 Freiburg
Telefon (0761) 317 48

Large Middle Eastern Foods

available in US-\$/dm. Low interest weights, high emissions, guarantee must be available. Zuschr. erb. u. M 7389 an WELT-Verlag, PZ 10 06 64, 4300 Essen.

!!! Einmalig v. Privat !!!

Landest., 10 000 m², 100 000,- (hinter Stadel), freie Bauw. auf 3000 m². L. alle Zwecke. Priv. Tel. 0 40 / 20 84 93 od. 20 27 06

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken! W 286

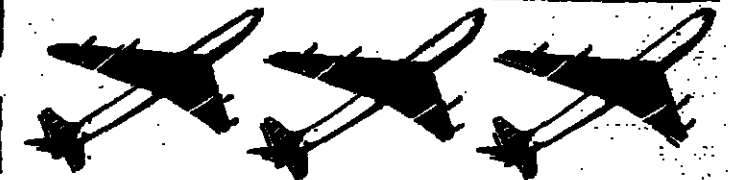
Angst vor der Zukunft ist kein guter Ratgeber, um die Zukunft zu bewältigen.

Angst vernebelt den Blick. Ob es die Angst um den Arbeitsplatz, die Angst vor Aggression und Gewalt ist oder die Angst vor Atomkraft, vor der Technisierung und der Reglementierung unseres Daseins. Die Zukunft ist voller Gefahren und voller Chancen. Wir müssen sie mit Mut und Hoffnung ins Auge fassen.

Nur gemeinsam werden wir die Zukunft gewinnen.



Das Poster dieses Anzeigenmotives im Format DIN A 2 und die Schrift „Nur gemeinsam werden wir die Zukunft gewinnen“ senden wir Ihnen auf Wunsch gerne zu. Aktion Gemeinsam e.V., eine Vereinigung unabhängiger Bürger, Schumannstraße 57, 5300 Bonn 1



Karriere-Höhenflug

Hier liegt etwas in der Luft: eine unternehmerische Aufgabe für eine dynamische Persönlichkeit. Eine deutsche Flughafen-Gesellschaft erwartet von ihrem neuen Geschäftsführer Erfahrungen auf dem Gebiet der Verkehrswirtschaft. Denn er soll den Flughafen leiten und dessen Verkehrsaufkommen steigern. Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 23. Juni, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Ab morgen: Frankfurt-Seoul direkt.



Korean Air Lines öffnet ein drittes Tor nach Korea.

Jeden Donnerstag gibt es jetzt ab Europa einen dritten Direktflug von Korean Air Lines nach Seoul: den einzigen Direktflug ab Frankfurt* – mit einer B747 über den Pol. Abflugzeit in Frankfurt ist um 12.20 Uhr, Ankunftszeit

in Seoul am Tag darauf um 16.40 Uhr.

Von Seoul aus fliegt Korean Air Lines täglich nach Tokio und Osaka sowie nach Taipeh und Hongkong. Und nach weiteren Destinationen der Region.

Die anderen Korean Air

Lines-Flüge ab Europa: donnerstags und samstags ab Paris, mittwochs und sonntags ab Zürich.

Ihr Reisebüro wird Sie gern beraten!

*in Zusammenarbeit mit der Deutschen Lufthansa



KOREAN AIR LINES

Es ist uns eine Ehre, weltweit für Sie da zu sein.

Moskaus Rüstung ist weiter stark gestiegen

cvb/DW, Brüssel

Die Rüstungsausgaben der Sowjetunion sind im vergangenen Jahr sprunghaft angestiegen. Aus einer Analyse des amerikanischen Verteidigungsministeriums geht hervor, daß Moskau von 1976 bis 1982 die Rüstungsausgaben jährlich um rund zwei Prozent, von 1983 an dann aber um zwischen fünf und zehn Prozent gesteigert hat. Nach NATO-Schätzungen - so sagt das amerikanische Verteidigungsministerium - gibt die Sowjetunion inzwischen jährlich rund 15 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für die Streitkräfte aus. In den USA waren es 1982 nach Washingtoner Angaben 7,2 Prozent.

Die amerikanische Untersuchung sagt, daß Moskau rund 170 neue große und kostspielige Waffensysteme angeschafft habe, darunter einen neuen Flugzeugträger und ein mit Marschflugkörpern bewaffnetes Atom-U-Boot. Washington geht davon aus, daß die UdSSR in den nächsten Jahren die Produktion neuer Waffensysteme steigern wird. Derzeit verfüge die Sowjetunion über 34 000 atomare Sprengköpfe. Dies seien rund 8000 mehr als in den USA. Dieses Übergebot veranlaßt die USA nach den Worten des Sprechers des Weißen Hauses nicht dazu, in Besorgnis besondere Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Allerdings will die US-Regierung weiter an der Modernisierung ihrer strategischen Nuklearstreitkräfte arbeiten.

Für US-Verteidigungsminister Weinberger sind die in der Studie genannten Zahlen keine Überraschung. Er sagte in einem Fernsehinterview, über den Ausbau der „angrifforientierten“ sowjetischen Militärmacht sei schon lange gesprochen worden. Das Pentagon habe auch versucht, den Kongreß von der Notwendigkeit der Modernisierung der amerikanischen Rüstung zu überzeugen: „Aber niemand wollte das hören.“

„Abschreckung bleibt geboten“

KNA, Bad Honnef

Die Politik der Abschreckung ist nach Auffassung des katholischen Militärbischofs Elmar Maria Kredel ein „Akt der Verteidigung, der angesichts aktueller Bedrohung erlaubt ist, ja sogar geboten sein kann“. Vor Delegierten katholischer Soldatenverbände aus neun europäischen Ländern sagte der Militärbischof gestern in Bad Honnef, Kriegsverbrechen und Friedenssicherung müßten angesichts aktueller Friedensbedrohungen vorgeordnet moralische Ziele sein. Sie allein könnten die Wahl einer Strategie begründen, die mit hohem Risiko und auch erheblichen Kosten verbunden sei. Die geltende Verteidigungsdoktrin des Atlantischen Bündnisses hänge, was ihre Effizienz betreffe, aber auch von der Akzeptanz durch die Öffentlichkeit ab. Jedoch sei es nicht Aufgabe des kirchlichen Amtes oder der Theologie insgesamt, die staatliche Ordnung im Hinblick auf die jeweils betriebene Sicherheitspolitik zu legitimieren.

Bischöfe gehen in die Opposition

KNA, Paris

Gegen die Versuche Vietnams, die katholische Kirche des Landes von Rom zu trennen, sind einige Bischöfe in offene Opposition gegangen. Nachrichten aus Vietnam besagen, daß der Erzbischof von Hue, Nguyen Kim Dien, wegen dieses Protestes bereits verhaftet worden sein soll. Der Erzbischof hatte schon in den vergangenen Monaten entschieden jene Priester verurteilt, die sich dem vom Staat gegründeten „Patriotischen Komitee“ angeschlossen hatten, das dem Vorbild Chinas folgend - die katholische Kirche von Rom trennen soll. Bei der jüngsten Vollversammlung der Bischöfe fehlten mehrere Bischöfe. Über ihr Schicksal wurden keine Aussagen gemacht. Das neu geschaffene „Patriotische Komitee“ wird auch von der überwiegenden Mehrheit der Gläubigen abgelehnt. Sie werden von der kommunistischen Partei des „Anti-Patriotismus“ beschuldigt. Nach Auffassung der Regierung ist es aber absolute Pflicht, seine „Vaterlandsliebe zu bekunden“. Sie bestehe darin, den Marxismus-Leninismus bedingungslos entsprechend den Direktiven der Partei zu akzeptieren.

Der Likud-Block fällt zurück

DW, Jerusalem

Knapp fünf Wochen vor den Wahlen in Israel hat die sozialdemokratische Arbeiterpartei - seit 1977 in der Opposition - ihren Vorsprung weiter ausgebaut. In einer von der unabhängigen Zeitung „Jerusalem Post“ veröffentlichten Meinungsumfrage führt sie mit 44 Prozent vor dem Parteienblock Likud, auf den in der Sympathie der Wähler nur 28 Prozent entfallen. Zugleich hat sich der vorausgesagte Trend gegen die Vielzahl verschiedener religiöser Parteien verstärkt, die bislang die Regierungskoalition unterstützt haben. Sie fielen von insgesamt 12 Prozent 1981 auf jetzt 10,5 Prozent zurück.

ÖTV-Chefin kämpft „um ihren Streik“

Frau Wolf-Mathies fordert eine neue Beweglichkeit

GÜNTHER BADING, München
Der Kongreß der ÖTV in München tanzte zwar nicht, aber er übte sich in Artigkeiten. Es ist schon ein gewaltiger Unterschied, ob „Klotz“ Heinz Kluncker für die Tarifpolitik vergangener Jahre geradezustehen hatte, oder sich die Kritik an einer „Frau Doktor“ auf dem Chefsessel der mit 1,2 Millionen Mitgliedern zweitgrößten deutschen Gewerkschaft entzündet.

So war zwar die Kritik an der Tarifpolitik 1983 - der ersten Verhandlungsrunde in der Amtszeit der neuen Vorsitzenden - durchgängig, eingeleitet wurden die herben Worte von den (meist männlichen) Diskussionsrednern aber immer mit einem Dank an die „Liebe Monika“ für ihre Beiträge, für ihre sonstige Arbeit im Hauptvorstand der Gewerkschaft. Dann allerdings ging es zur Sache: „Ergebnis gleich null“ war in der langen Diskussion mit fünf Dutzend Rednern zum Rechenschaftsbericht von Frau Wolf-Mathies noch ein vornehmtes Wort. Die Kritik gipfelte in dem Wort eines Delegierten aus dem mittelländischen Bezirk Nordrhode-Westfalen II: „So eine Tarifrunde wie 1983, in der Art und Weise wie sie geführt wurde, darf nicht wieder passieren. Das macht unsere Basis kaputt.“

Kritik an ihrer Tarifpolitik des vergangenen Jahres hatte die Vorsitzende erwartet, schon weil einige Anträge vorlagen, in denen ausdrücklich die „Mißbilligung“ des mageren Ergebnisses gefordert wird. Das Ausmaß, vor allem aber die Einseitigkeit der Vorwürfe machte deutlich nicht nur auch sie betroffen. Als dann noch einige Scharfmacher aus Baden-Württemberg die Kritik auf die Tarifrunde dieses Jahres, die erst im Herbst beginnen soll, ausdehnten und fragten, warum die ÖTV erst dann für die 35 Stundenwoche kämpfen sollte statt jetzt zeitgleich mit der IG Metall und der IG Druck und Papier in den Arbeitskämpfen zu stürzen - da hielt es auch die Erste Dame des öffentlichen Dienstes nicht mehr. Mitten in der Diskussion über den Rechenschaftsbericht meldete sie sich zu Wort: „Das ist postulate Klugheitserei“. Sie legte auch deutlich dar, wie sie sich ihre Taktik in der Tarifrunde des Herbstes vorstellt. Erfahrene Gewerkschafter schüttelten die Köpfe, als die Vorsitzende quasi jetzt schon zum Streik aufrief, obwohl die Große Tarifkommission doch erst am 6. September eine Forderung beschließen soll.

Zuvor allerdings mußte sie noch zugeben, daß zwar die Front der ÖTV zur Ablehnung der „Null-Runde“ in der Besoldung des öffentlichen Dienstes geschlossen stehe, daß aber „der Kampf um die Zustimmung für die 35 Stundenwoche in der Gewerkschaft ÖTV noch nicht gewonnen ist“.

Historiker wehren sich

Kritik Martin Broszats „politisch motivierte Polemik“

SUSANNE PLÜCK, Bonn
Die Auseinandersetzungen um das „Haus der Geschichte“ in Bonn kommen nicht zur Ruhe. Die vom Bundesinnenminister berufene Historiker-Kommission hat die jüngste Kritik des Direktors des Münchener Instituts für Zeitgeschichte (IZ), Martin Broszat, an ihrem Gutachten über ein „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ scharf zurückgewiesen und als „politisch motivierte Polemik mit dem Ziel, das Vorhaben zu torpedieren“, bezeichnet.

Der Direktor des IZ hatte seine Kritik öffentlich zuerst während einer Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion am 9. Mai vorgetragen und dabei den Gutachtern implizit Parteilichkeit vorgeworfen. Seine prinzipielle Ablehnung des Projekts und der Vorschlag, lediglich die Gründungsgeschichte von 1949 bis 1955 zum Gegenstand einer ständigen Ausstellung zu machen, fiel aus dem Rahmen der übrigen - insgesamt positiven - wissenschaftlichen Stellungnahmen.

Identische Äußerungen Broszats im Pressedienst des IZ, die wieder-

Schon in ihrem Rechenschaftsbericht hatte sie erklärt, daß die beiden Schwerpunktforderungen nach mehr Lohn und Gehalt und nach einer Wochenarbeitszeitverkürzung „mit dem Ziel der 35 Stundenwoche“ wohl nicht ohne Arbeitskämpfe durchgesetzt werden könnten.

Vor den Delegierten breitete sie nun ihre Vorstellung von diesem großen Streik im Herbst aus. „Es reicht nicht, drei Tage oder drei Stunden lang einen machtvollen Warnstreik zu machen, sondern wir müssen uns auf einen lang dauernden Arbeitskämpfe einrichten“, warnte sie. Es gelte nun, „über neue Kampfformen zu diskutieren“. Und dabei müsse man „wirklich einmal überlegen, ob wir in Zukunft eben nicht mehr nur den großen Streik machen sollen, sondern neue Beweglichkeit brauchen“.

Was damit gemeint war, machte die Vorsitzende wenig später deutlich. Die IG Druck und Papier führen einen Streik des „kurz Ausflackerns - wieder weg - kurz Ausflackern - wieder weg“. Dies sei für diese Gewerkschaft „eine sehr optimale und wirkungsvolle Streikform“. Und für die ÖTV bedeutet das in der Diskussion um neue Kampfformen, „daß wir uns mit solchen Dingen sehr viel rationaler auseinandersetzen müssen“ als das in der Vergangenheit geschehen sei, als man immer noch auf den „großen Streik“ gesetzt habe.

Am eigentlichen Konfliktstoff dieses Gewerkschaftstages und am Kernproblem, dem sich die ÖTV überhaupt gegenübersteht, redete die Vorsitzende allerdings vorbei. Sie wandte sich genau betrachtet nur an jene Delegierten, die in den vergangenen Arbeitskämpfen und Warnstreiks der ÖTV außer verbaler Solidarität nicht viel zu bieten hatten - die 57,2 Prozent Angestellten und 15,1 Prozent Beamten. Von den 26,4 Prozent Arbeitern unter den Delegierten war wenig die Rede.

Und gerade sie sind es, die eigentlich streikfähig sind, wenn Müllabfuhr, Nahverkehr oder Energieversorgung lahmgelegt werden sollen in einem Arbeitskämpfe. Die Arbeiter allerdings haben mit der 35 Stundenwoche wenig im Sinn. Nach drei mageren Lohnabschlüssen hintereinander, nur einem halben Prozent Zuwachs im vergangenen halben Jahr auf Grund des mageren Tarifergebnisses aus 1983 wollen sie „endlich Pulver sehen“, wie ein bayerischer Delegierter es formulierte. Es geht also um Geld. In ersten Reaktionen auf die Ankündigung der Vorsitzenden, daß ein Streik um die 35 Stundenwoche aus Solidarität mit den anderen DGB-Gewerkschaften wohl nicht ausbleiben werde, drohten gestern etwa zwei Dutzend ÖTV-Mitglieder der Münchner Verkehrsverbände, daß ihr Mitgliedsbuch „hinzuschmeißen“.

holt in der Presse zitiert wurden, haben nun im Stiftungsrat und im Wissenschaftlichen Beirat des Instituts erhebliche Unruhe ausgelöst. Die Historiker Lothar Gall (Frankfurt), Klaus Hildebrand (Bonn) und Horst Müller (Erlangen) sowie der Direktor des Koblenzer Landesmuseums, Ulrich Löber, werfen Broszat vor, unter dem Schein wissenschaftlicher Kritik „das Geschäft eines Flügels der Opposition (gemeint ist der Linke, d. Red.) zu besorgen“ und damit „sein Amt zweckzuentfremden“.

Der Direktor des IZ maßte sich „autoritative Zuständigkeit“ und eine wissenschaftliche Schiedsrichterfunktion an, für die es keinerlei Grundlage gebe. Das Institut für Zeitgeschichte gerate „in Gefahr, zum Alibi für Gruppen zu werden, die ihre irrationalen Antisemitismen gegen die Bundesrepublik pflegen“.

Die Wissenschaftler nannten den Vorwurf Broszats an ein scheinlich unabhängiges Gremium, seine Zusammenfassung sei „nicht repräsentativ“ für die Geschichtsforschung in der Bundesrepublik, für die Betroffenen „zweifelsfrei rufschädigend“.

Jamaica soll Modell der freien Marktwirtschaft werden

WERNER THOMAS, Kingston

Edward Seaga ist fest davon überzeugt, daß die schlimmsten Zeiten der Vergangenheit angehören. „In diesem Jahr nehmen wir die Kurve“, versichert er.

Jamaicas Premierminister mußte lange auf die ersten Früchte seiner Arbeit warten. Seit der Führer der „Jamaica Labour Party“ (JLP) Ende 1980 bei einem Erdrutsch-Sieg den sozialistischen Regierungschef Michael Manley entmachtete, will er die karibische Inselrepublik zu einem Modellstaat der freien Marktwirtschaft entwickeln. Verstaatlichte Unternehmen wurden privatisiert, der Tourismus angekurbelt, Zollschränken fielen und in der ganzen Welt warben Seagas Emissäre um Investitionen. Selbst bei den Mikroelektronikkonzernen des kalifornischen Silicon Valley sprachen sie vor.

Präsident Reagan, der mit Seaga freundschaftlich verbunden ist, un-

terstützte tatkräftig diese Bemühungen. Seine Regierung gewährte bisher eine Wirtschaftshilfe von 600 Millionen Dollar. Im karibischen Raum gibt es nur einen anderen Staat, der im gleichen Zeitraum mehr Geld aus Washington erhielt: El Salvador.

Amerikanische Geschäftsläute können in Jamaica Konferenzen organisieren und dürfen diese Veranstaltungen von der Steuer absetzen. Für ihre Reserve-Halten kaufen die USA Bauxit im Wert von 67 Millionen Dollar. Der Internationale Währungsfonds (IMF) genehmigte, von der Reagan-Administration ermutigt, ein Drei-Jahres-Kredit von 650 Millionen Dollar. Auch die Bundesrepublik stieg ein und die Konrad-Adenauer-Stiftung eröffnete ein Verbindungsbüro in dem für diesen Raum so wichtigen Land. Allerdings scheint diese Vertretung mittlerweile schon viel von dem Prestige und Good-will verspielt zu haben, das

Neuseeland: Flucht zu Neuwahlen

Eine Abweichlerin zwingt Premier Muldoon zum Handeln / Konkurrenz von rechts

MANFRED NEUBER, Bonn

Hals über Kopf muß sich Neuseeland in den Wahlkampf für die vorgezogenen Neuwahlen am 14. Juli stürzen. Ministerpräsident Sir Robert Muldoon löste das Parlament in Wellington auf, nachdem eine Hinterbänklerin ihm die Gefolgschaft verweigert und damit die Mehrheit der regierenden Konservativen in Frage gestellt hatte.

Muldoon kam 1975 mit einem Erdrutsch-Sieg für seine Nationalpartei an die Regierung. Bei den darauf folgenden Wahlen ist ihr Vorsprung gegenüber der Labour-Opposition ständig zusammengeschrumpft. Nach Abzug des Speakers betrug er 1981 nur noch eine Stimme, und zuletzt war Sir Robert auf Schützenhilfe von Unabhängigen angewiesen.

Beim letzten Wahlkampf hatte die Nationalpartei 47 und die Labour Party 41 Mandate errungen. Je zwei Sitze nehmen Unabhängige und Vertreter der Social Credit Party ein. Mit der neugegründeten New Zealand Party, die in ersten Meinungsumfragen bis auf 18 Prozent kam, droht Muldoon Konkurrenz von rechts.

Der Premier hätte bis November noch Zeit gehabt, das Repräsentantenhaus neu wählen zu lassen. Es ist erst das zweite Mal in den zurückliegenden 50 Jahren, daß der Wahltermin vorzeitig angesetzt wird. Nur zwei Wochen konnten die Abgeordneten in der jetzt abgebrochenen Sitzungsperiode beraten. Am nächsten Montag beginnt der Wahlkampf.

Allgemein war erwartet worden, daß Sir Robert trotz großer Schwierigkeiten seit dem Ausbruch der Rezession in Neuseeland vor zwei Jahren versuchen würde, die volle Amtszeit durchzustehen. Dann hätte auch ein neuer Parteiführer den regierungsmüden Premier ablösen können. Doch alle diese Überlegungen wurden jetzt von einer jungen Frau durchkreuzt.

Marilyn Warren (31), engagiert in Abrüstungs- und Frauen-Fragen, rückte von der offiziellen Parteilinie ab. Sie stimmte mit der Opposition für ein Verbot von Flottenbesuchen fremder Kriegsschiffe mit Atomwaffen, und sie kritisierte die Vorlage der Regierung, hinsichtlich der Bestrafung von Sexualverbrechen.

Die Labour-Opposition geht mit ihrem neuen Parteiführer David Lange besser vorbereitet als die Nationalpartei in den Wahlkampf. Sie will sich für die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone im Südpazifik einsetzen und mit den anderen Partnern im Anzus-Pakt, Australien und den Vereinigten Staaten, über neue Verteidigungsabkommen verhandeln.

Zu ihrem Nachteil könnten die Streiks in Schlüsselindustrien ausfallen, die von Aussparungen und Gewalttätigkeiten der Streikposten begleitet waren. Durch Notstandsgesetze und den Einsatz von Bereitschaftspolizei konnten Ruhe und Ordnung wiederhergestellt und

die Produktion wieder in Gang gebracht werden.

Labour leidet jedoch auch an internen Problemen. Zwei Abgeordnete liegen mit der Partei-Organisation ihrer Wahlkreise über Kreuz. Die Wahlhilfe, die ihr der mächtige Gewerkschaftsboß Bill Andersen angekündigt hat, ist fragwürdig; denn Andersen steht an der Spitze der moskauhörigen KP.

Dank einer strikten Sparpolitik - alle Ministerien mußten ihre Etatsansätze um drei Prozent kürzen - konnte die Regierung die Inflationsrate von 17 Prozent vor zwei Jahren auf nunmehr vier Prozent drücken. Doch der Lohn- und Preisstopp hat zu einer bisher kaum gekannten politischen Polarisierung in dem sonst so ausgeglichenen Lande am Antipoden geführt.

Nach der jüngsten Meinungsumfrage wird es am 14. Juli ein Kopf-an-Kopf-Kennen geben. Danach führt die Nationalpartei mit 44 Prozent vor der Labour-Opposition mit 43 Prozent entfallen jetzt nur noch auf die New Zealand und die Social Credit Party. Im neuen Parlament werden 95 statt bisher 92 Abgeordnete sitzen.

Für die Regierungspartei kam jetzt der plötzliche Abschied von Derek Quigley aus der Politik als böse Überraschung. Er war als möglicher Nachfolger Muldoons im Gespräch, nachdem er 1982 aus dem Kabinett ausgeschieden und seitdem die Wirtschaftspolitik des Premiers kritisiert hatte.

Frontstaaten tragen Probleme vor

Einladung der fünf nordischen Staaten / Boykott gegen Südafrika bisher wirkungslos

R. GATERMANN, Stockholm

Auf Einladung der Regierungen Schwedens, Dänemarks, Norwegens, Finnlands und Islands versammeln sich heute Mittwoch und morgen die Ministerpräsidenten von sieben südafrikanischen Frontstaaten in Stockholm, um über die Lage in ihrer Region zu beraten. Der gastgebende schwedische Außenminister Lennart Rodström erklärte, man wolle damit die Unterstützung der nördlichen Länder für die Frontstaaten manifestieren und den Widerstand gegen die Apartheidspolitik Südafrikas stärken.

Zunächst hatten sich die Regierungschefs von Angola, Botswana, Mozambique, Tansania, Sambia und Zimbabwe angemeldet; vor ein paar Tagen kam eine weitere Zusage aus Lesotho. Rodström sieht dieses Treffen, das eigentlich schon für April geplant war, in gewisser Hinsicht als Gegenstück zur Europareise des südafrikanischen Premierministers Pieter Botha. In Stockholm wollen die nördlichen Regierungen Erfahrungen und Kenntnisse sammeln über die jüngste Entwicklung im süd-

lichen Afrika, das 1978 beschlossene nordische Handelsprogramm diskutieren und über mögliche weitere Hilfe nachdenken. „Wir werden aber in erster Linie Zuhörer sein“, betonte Rodström, der auch davon ausgeht, daß - um den informellen Charakter des Treffens zu unterstreichen - kein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht wird.

Im nordischen Handelsprogramm von 1978 heißt es unter anderem, daß sich die fünf Länder für ein Verbot von Neuinvestitionen in Südafrika sowie für eine Produktionsbegrenzung in nördlichen Tochtergesellschaften in Südafrika einsetzen sollen. Im UN-Sicherheitsrat wolle man für einen Handelsboykott plädieren.

Kürzlich wurde in Schweden ein Vorschlag unterbreitet, der den schwedischen Unternehmen Neuinvestitionen erschweren soll, nachdem sich das bisherige durch Sondergenehmigungen durchgeführte Investitionsverbot als weitgehend wirkungslos erwiesen hat. In den übrigen nordischen Ländern blieben die Ver-

einbarungen von 1978 praktisch wertlos. Der Handel mit Südafrika blüht. Im internationalen Gütertransport spielt vor allem die norwegische, aber auch die dänische Handelsflotte eine bedeutende Rolle. Das dänische Parlament beschloß Ende Mai gegen den Willen der Regierung, den Kohleimport aus Südafrika abzubauen und die Reedereien darauf hinzuwirken, daß der Gütertransport mit Südafrika nicht mit der Außenpolitik des Landes übereinstimme.

In Norwegen wird frühestens Ende Juli ein Regierungskomitee einen Bericht über die eventuellen Auswirkungen eines teilweisen Handelsboykotts auf die norwegische Wirtschaft vorlegen. Handels- und Schiffsminister Asbjørn Haugstvedt kann sich die Einführung restriktiver Bestimmungen denken.

Schwedens Außenminister ist einseitig enttäuscht, daß das offizielle Investitionsverbot seines Landes bisher alleine dasteht, betont aber gleichzeitig, daß die nordischen Aktionen in anderen europäischen Ländern Interesse geweckt hätten.

Soweto: Keine größeren Vorkommnisse

Pretorias Sozialprogramm greift / „Stimmungsmache unbelehrbarer Besserwisser“

M. GERMANI, Johannesburg

Der achte Jahrestag des schwarzen Aufstands in Soweto bei Johannesburg, an einem der bisher kältesten Tage des südafrikanischen Winters, verlief, bis auf vereinzelte Zwischenfälle, in ganz Südafrika ohne größere Vorkommnisse. In den vergangenen Jahren hatten sich jeweils zwischen 3000 und 5000 Anhänger der schwarzen Führer in der katholischen Kirche Regina Mundi in Soweto zu einem Gedenkgottesdienst eingefunden. Diesmal waren es nur einige Hundert.

Natho Motlana, prominentester Führer und Vorsitzender des Zehnerkomitees von Soweto, rief die verschiedenen politischen Gruppen zur Einheit in ihrem Kampf für die Freiheit auf. Die Polizei forderte nach dem Gottesdienst eine Gruppe singender und tanzender Menschen vor der Kirche auf sich auflösen. Sie wurde mit Steinen geworfen. Dabei erlitten vier Polizisten und ein Fotograf leichte Verletzungen. Tränen wurde eingesetzt, um die rund 400 Menschen zu vertreiben. Obwohl die Polizei in erhöhter Alarmbereitschaft

war, kam es keineswegs zu den Kravallen und Demonstrationen, die die Gedenkteile in den ersten Jahren nach dem 16. Juni 1976 kennzeichneten. Größere Mengen von Haschisch wurden beschlagnahmt.

Selbst die Linkspresse in Südafrika, die sonst aufmerksam alle Vorgänge in Soweto verfolgt, brachte die Gedenkteile nur unter „ferner liefen“. Ihren Berichten ist auch zu entnehmen, daß die schwarzen Organisationen mit Mitgliedern der Sicherheitspolizei infiltriert seien. Nach vertraulichen Informationen der WELT aus Soweto, arbeitet die Sicherheitspolizei in der Tat äußerst erfolgreich mit Bestechungen in den Reihen dieser schwarzen politischen Bewegungen.

Kurz vor dem Gedenktag war in der Innenstadt von Johannesburg eine Haftmine unter einem Auto explodiert. Ein Schwarzer wurde schwer verwundet. Bei einer weiteren Explosion am Tag selbst wurde vor dem Gerichtssaal in den Städtchen Bethal in Ost-Transvaal der schwarze Attentäter getötet, als die Bombe frühzeitig explodierte.

Die Unruhen vor acht Jahren waren hauptsächlich ein Protest gegen das Erziehungswesen, vor allem gegen die Burensprache Afrikaans als Hauptunterrichtsfach. Verbunden damit waren Forderungen für verbesserte Lebensbedingungen für die Einwohner der schwarzen Städte. Diese Forderungen sind weitestgehend erfüllt worden. Die Regierung in Pretoria hat ein Sozialprogramm entwickelt, wonach unter anderem Wohnhäuser auf der Basis einer 99-jährigen Pacht für die Grundstücke, von ihren Bewohnern gekauft werden können. Mobile Krankenstationen und Ambulanzen, die 1976 zu einem großen Teil zerstört worden waren, sind mittlerweile wieder aufgebaut.

Löhne und Gehälter der Schwarzen wurden in den darauffolgenden Jahren denen der Weißen weitestgehend angepaßt. Vor diesem Hintergrund werden die Soweto-Berichte westlicher Medien in Johannesburg als jährliche Stimmungsmache der unbelehrbaren Besserwisser“ zwar registriert, aber nicht weiter ernst genommen.

Miterrand-Reise „kein Besuch der Unterwürfigkeit“

August Graf Kageneck, Paris

Präsident Mitterrand beginnt heute seinen kurzfristig angesetzten Vier-Tage-Besuch in der Sowjetunion, in dessen Verlauf er außer Moskau auch Wolgograd (Stalingrad) besuchen wird. Er wird von vier Ministern sowie einer Reihe von Persönlichkeiten begleitet, unter denen Theo Klein, der Vorsitzende des Repräsentativrates der Juden Frankreichs, hervorsticht.

Dieses Mal wird „ein Besuch der Unterwürfigkeit“ nach dem Komplexen des Elysée-Palais, heißt es aus dem Außenministerium. Der Präsident werde zu allen Problemen im Ost-West- und Nord-Süd-Verhältnis sehr offen seine Meinung sagen und „seine Fahne nicht in die Tasche stecken“. Dazu gehörten nach wie vor Afghanistan und Polen, die Raketenüberflutung der Sowjetunion in Europa und die Verletzung der Menschenrechte. Als Beispiel hierfür werde Mitterrand auch das Schicksal Sacharows ansprechen.

Die Reise sei überhaupt erst möglich geworden, nachdem der Westen mit der Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa begonnen und damit das von Moskau verleierte Rüstungsgleichgewicht wiederhergestellt habe. Den anhaltenden Ton der Sowjetunion empfinde Paris als beunruhigend. Gerade in Zeiten der Spannungen müßten zwei Mächte, die eine Rolle in Europa zu spielen hätten, miteinander sprechen. Wichtig sei nicht das Resultat, sondern die Reise an sich.

Sacharow-Fotos von Victor Louis

DW, Hamburg

Die „Bild“-Zeitung hat nach eigenen Angaben von dem sowjetischen Journalisten Victor Louis zwei Fotos von Andrei Sacharow und seiner Frau Jelena Bonner erhalten, die in den vergangenen Tagen in Gorki aufgenommen worden sein sollen. Auf einem Foto ist Sacharow in einem Park zu sehen. Er soll dünner als früher und gebeugt aussehen. Victor Louis, der als informeller Nachrichtenvermittler des Kremls gilt, hat sich nach Angaben der Zeitung dafür gebürgt, daß die Fotos am 12. und 15. Juni aufgenommen seien. Louis sagte weiter: „Sacharow muß erst ganz gesund werden, bevor die Behörden ihn von einer internationalen Ärztekommmission untersuchen lassen.“

Inzwischen haben die Kinder Jelena Bonners in den USA eine Belohnung von 10 000 Dollar ausgesetzt für „sichere Informationen“ über das Befinden des Ehepaars Sacharow. Alexej Semjonow und seine Schwester Tanja Jankelewitsch erklärten dazu, sie hätten bislang keinerlei Bestätigung von unabhängiger Seite für die Versicherung des Kreml, den Sacharows gebe es gut.

US-Senator Nunn für Truppenabzug
Im US-Senat steht eine neue Abstimmung über einen allmählichen Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Europa bevor. Der Wehrkette der Demokratischen Partei, Senator Sam Nunn, brachte im Senat den Vorschlag ein, die US-Truppen in Europa jährlich um bis zu 30 000 Mann zu verringern, falls sich die europäischen Verbündeten nicht bereitfinden sollten, einen größeren eigenen Beitrag zur Verteidigung der Allianz zu leisten. Nunn beklagte, daß Amerika rund ein Drittel seiner gesamten Verteidigungsausgaben für die Sicherheit der NATO ausbe, während die Verbündeten seit einiger Zeit ständig hinter den von ihnen eingegangenen Verpflichtungen zurückblieben. Der Senator, der bisher als einer der Verfechter des NATO-Gedankens im amerikanischen Kongreß galt, betonte, daß er keine andere Möglichkeit mehr sehe, die Verbündeten an ihre eigenen Verpflichtungen zu erinnern. Über Nuns Vorschlag wurde nicht sofort abgestimmt. Er soll zu einem späteren Zeitpunkt zur Abstimmung gestellt werden.

Weitere Kreml-Hilfe für Nicaragua

ir, Moskau

Der sowjetische Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko hat Nicaragua weitere Unterstützung zugesichert. Das meldete die amtliche Nachrichtenagentur Tass nach Tschernenkos Treffen mit dem Koordinator der nicaraguanischen Regierung, Daniel Ortega. Beide Politiker hätten die „hegemonistische Politik der USA in Mittelamerika“ verurteilt.

سوتو من اهل

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Verwirrspiel

Verehrter Herr Redakteur,
Ich habe mich über die Mitteilung in Ihrer Zeitung (vom 9./10. Juni) gewundert, derzufolge meine Schwiegermutter, Frau Elena Bonner-Sacharowa, mit dem britischen Außenminister, Sir Geoffrey Howe, telefoniert haben soll. Ich befand mich zur fraglichen Zeit gerade in London, wo ich mit Sir Geoffrey Howe und anderen Mitarbeitern des Außenministeriums zusammentraf, und ich nehme an, daß sie mich von einem solchen Telefongespräch unterrichtet hätten.

Nach meiner Beurteilung ermannt Ihre Mitteilung über ein Telefongespräch Frau Sacharowas mit dem britischen Außenminister noch mehr jeglicher Grundlage als die Mitteilung der Florenzer Zeitung „La Città“ von dem Gespräch, das Frau Sacharowa mit einer Mitarbeiterin dieser Zeitung geführt haben soll. Während der letzten vier Jahre hat Elena Bonner-

Sacharowa niemanden im Ausland anrufen können, weder aus Gorki noch sogar aus Moskau. Soweit mir bekannt ist, hat seit dem 7. Mai d. J. niemand Sacharow gesehen, und von den Sacharows sind keinerlei Informationen eingegangen. Keiner weiß, wo sie sich befinden und ob sie noch am Leben sind.

Efrem Jankelawitsch

Katzbuckelei

„Warschau begrüßt Genschers Erklärung“, WELT vom 8. Juni
Sehr geehrte Damen und Herren,
wem dient die schockierende und höchst überflüssige Erklärung des Bundesaußenministers Genscher vor dem Bundestag, daß „wir auch in Zukunft keinerlei territoriale Ansprüche an Polen stellen werden“? Kennt er nicht den Friedensvertrags-Vorbehalt des Potsdamer Abkommens und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts?

Nach dem Bohlen um die Gunst der Swapo buckelt Herr Genscher nun auch vor Polen. Das Lob auf Herrn Genscher in der polnischen Presse kam prompt; das sollte ihn zu denken geben. In dieser Erklärung sieht Polen die jetzigen provisorischen Grenzen auch durch diese Regierung anerkannt; sie hat auch nachteilige Rückwirkungen auf unsere im Grundgesetz verankerte Wiedervereinigungspflicht.

H. Schmolck, Rendsburg

Wort des Tages

„Der oberste Herrscher der Welt ist das Prestige. Es regiert die Regierungen.“
Jules Romains; franz. Schriftsteller (1885-1972)

El Salvador

„Von der Ermüdung im Dschungel des Lebens - El Salvadors Guerrilla will aus dem Kampf mit Duarte verhandeln“, WELT vom 8. Juni

Günter Friedländer ist für einen informativen Artikel zu danken, der der Wahrheit über die Lage in Mittelamerika ein Stück weiter zum Erfolg verhilft. Einem einzigen Satz möchte ich widersprechen. Er schreibt, daß Duarte 1980 mit dem Heer einen Pakt gegen Ungo geschlossen habe, um sich die Leitung einer Regierungsjunta zu sichern. Dies habe dem Christdemokraten Duarte bei den Linken den Ruf eines Verräters eingebracht. Dies ist historisch falsch. Duarte hat nicht gegen Ungo taktiert, der 1972 sein eigener Vizepräsidentenwahlkandidat war. Ungo ist freiwillig ausgeschieden, weil er nicht die Regierungsverantwortung teilen wollte. Einige fortschrittlich denkende jüngere Militärs haben zusammen mit demokratischen Kräften die Revolution des Jahres 1979 herbeigeführt. Ohne sie hätte der Sturz der Diktatur Romero niemals Erfolg haben können. Das wußte auch Ungo genau.

Dr. Ottfried Hennig, MdB Gütersloh

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Das „Silberne Blatt“, das die Dramatiker-Union alljährlich an Förderer des zeitgenössischen deutschsprachigen dramatischen Schaffens vergibt, wird in diesem Jahr zum ersten Mal vier international anerkannten deutschen Schauspielern verliehen. Die Auszeichnung wird am 27. Juni in Berlin an Elisabeth Bergner, Ida Ehre, Martin Held und Rudolf Platte verliehen. Das „Silberne Blatt“ war 1956 gestiftet worden.

*

Den Mies-van-der-Rohe-Preis 1984 hat Professor Kurt Ackermann aus München erhalten. Ausgezeichnet wurde die von ihm entworfene Eislaufhalle im Olympiapark München. Der Preis ist mit 30 000 Mark dotiert.

EHRUNG

Der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Dr. Bernhard Vogel, hat den Dipl.-Volkswirt Dr. An-

tonius John zum Honorarprofessor ernannt. John lehrt seit acht Jahren an verschiedenen wissenschaftlichen Hochschulen Didaktik der Nationalökonomie und der Politischen Wissenschaften und bearbeitet insbesondere die Grenzgebiete zwischen Wirtschaft und Politik. Seit 1948 wirkt er als Wirtschaftsjournalist in Bonn und übernahm 1972 zusätzlich das Amt eines Sprechers und des Leiters der Abteilung für Information und Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bauernverbandes.

ERNENNUNG

Friederike Roth soll neuer „Stadtschreiber von Bergen“ werden. Die Jury, die das mit einem Salär von 24 000 Mark verbundene Amt vergibt, wählte die 1948 in Sindelfingen geborene Lyrikerin, Erzählerin und Dramatikerin zur Nachfolgerin von Günter Kuhnert, der zur Zeit noch das Haus des Stadtschreibers bewohnt. Sie übernimmt das Amt am

31. August. Die in Stuttgart lebende Dr. phil. Friederike Roth war bis 1982 Hörspiel-Dramaturgin beim Süd-deutschen Rundfunk und ist Trägerin des Stuttgarter Literaturpreises 1982, des Ingeborg-Bachmann-Preises 1983 sowie des Gerhart-Hauptmann-Preises aus dem gleichen Jahr. Zu den Vorgängern der neuen „Stadtschreiberin“ gehörten unter anderem Wolfgang Koeppen, Peter Rühmkorf, Nicolas Born, Peter Härtling und Karl Krolow.

Die Generaloberin der Schwestern von Reute bei Waldsee ist in Ravensburg gestorben. Mutter Coletta Baumann war fast zwei Jahrzehnte lang fröhlicher Mittelpunkt der zweitgrößten Schwesterngemeinschaft im Bistum Rottenburg-Stuttgart. Erst im April dieses Jahres war sie für weitere sechs Jahre als Generaloberin der rund 1000 Franziskanerinnen wiedergewählt worden.

Siegen, wo es darauf ankommt: Mercedes-Triumph in der Pannenstatistik des ADAC.



Mercedes 200 D-300 D	5,2	6,6	7,8
Mercedes 200-280 E	9,2	8,9	17,8
Mercedes 280 S-500 SEL	11,1	10,7	16,6
Andere Fabrikate	15,3	15,2	35,4
	17,8	19,4	31,4
	16,8	2,6	2,0

Pannen pro 1000 zugelassene Autos im Jahr 1983* (Quelle: ADAC motorwelt 5/84)
*Berücksichtigt wurden nur Modelle mit über 10000 Zulassungen im Jahr 1983.

Zulassung	83	82	81
Mercedes 200D-300D	5,2	6,6	7,8
Mercedes 200-280E	9,2	8,9	17,8
Mercedes 280S-500SEL	11,1	10,7	16,6
	15,3	15,2	35,4
	17,8	19,4	31,4
	16,8	22,6	32,0
	21,0	22,2	30,8
	19,1	23,6	41,5
	26,5	36,1	48,3

Die neueste Pannenstatistik in der Mai-Ausgabe der ADAC-motorwelt sagt es deutlich: Der weltweite Erfolg der Mercedes-Modelle hat seine guten Gründe. Einer davon ist die beispielhafte Funktionssicherheit.

In ihrer Klasse liegen die Mercedes-Modelle 200 D-280 E weit vorn mit vorbildlicher Zuverlässigkeit. So geben Ihnen die Automobile mit dem Stern - ob Diesel oder Benzin - nicht nur den großzügigen Raumkomfort, nicht nur die unverrückte Gesamtwirtschaftlichkeit, nicht nur den optimalen persönlichen Schutz - sondern auch die große Sicherheit, am

besten vor unliebsamen Überraschungen, vor Ärger und unnötigen Kosten geschützt zu sein.

Mercedes Qualität ist kein Zufall, sondern eine gesicherte und bewiesene Tatsache. Ein Vorzug, der auch die großartigen Wiederverkaufswerte erklärt - und die in der Automobilwelt einmalige Tatsache, daß 9 von 10 Mercedes-Fahrern ihrer Marke seit vielen Jahren unbedingt treu bleiben.

Sinn, Wert und echter Fortschritt entscheiden auch in Zukunft.



Mercedes-Benz.
Ihr guter Stern auf allen Straßen.

Wörner würdigt schwedische Verteidigung

dpa, Stockholm
Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner hat die schwedische Politik der bewaffneten Neutralität als ein stabilisierendes Element in Nordeuropa gewürdigt. Er habe keinen Zweifel an der Bereitschaft der schwedischen Streitkräfte, das Land gegen jeden Angriff - von welcher Seite auch immer - zu verteidigen. Wörner, der gestern einen zweitägigen Besuch Schwedens mit der Beteiligung von Teilstreitkräften abschloß, erklärte, in Gesprächen mit Verteidigungsminister Anders Thunborg und Ministerpräsident Olof Palme habe er den Eindruck gewonnen, Schweden sei an der Abschreckungsfähigkeit der NATO interessiert. Über den Ankauf von 20 Panzerabwehr-Hubschraubern des deutschen Herstellers MBB durch das schwedische Heer ist nach Wörners Angaben noch nicht entschieden worden. Um den Auftrag bemüht sich auch die französische Firma Aerospatiale. Das Stockholm-Verteidigungsministerium kündigte eine Entscheidung für frühestens Ende Juni an.

NS-Verbrechen: 1542 Verfahren anhängig

AP, Ludwigsburg
Nach der jüngsten Statistik der Ludwigsburger Zentralstelle für NS-Verbrechen sind bei Staatsanwaltschaft und Gerichten der Bundesrepublik zu Beginn dieses Jahres Verfahren gegen 1542 Personen wegen nationalsozialistischer Verbrechen anhängig. In Ludwigsburg selbst liefen zu diesem Zeitpunkt 110 Vorermittlungsverfahren. Ein Jahr zuvor waren bei der zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen noch 145 Vorermittlungsverfahren anhängig gewesen. Insgesamt sind seit Kriegsende 6469 Personen wegen NS-Verbrechen rechtskräftig verurteilt worden.

Iraner bitten um Asyl in Frankreich

SAD, Nizza
Vier iranische Marineoffiziere, die am vergangenen Freitag in ihrer Heimat ein Flugzeug vom Typ Fokker F-27 entführten, sind am Dienstag morgen von französischer Polizei auf dem Flughafen Nizza in Gewahrsam genommen worden. Dem Wunsch der Iraner nach politischem Asyl haben die Behörden bis zum Nachmittag nicht entsprochen. Die vier Offiziere, die die Maschine im Süden Irans in ihre Gewalt gebracht und bei Zwischenlandung in Saudi-Arabien, Ägypten und Italien vergeblich um Asyl gebeten hatten, waren in der Nacht zum Dienstag in Nizza gelandet. Nach Angaben der französischen Behörden wird ihr Asylgesuch mit großer Wahrscheinlichkeit abgelehnt. Es steht allerdings noch nicht fest, ob sie vor Gericht gestellt oder in ein anderes Land abgeschoben werden sollen.

Haus der Freundschaft mit Japan in Berlin

Moskauer Proteste als „völlig unverständlich“ zurückgewiesen

BERNT CONRAD, Bonn
Maßgebliche Vertreter der Bundesregierung haben gestern eine Attacke der Moskauer Regierungszeitung „Iswestija“ gegen die Errichtung eines Hauses deutsch-japanischer Begegnung in Berlin scharf zurückgewiesen. Der Bundesbeauftragte in Berlin und Parlamentarische Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Peter Lorenz, bezeichnete den sowjetischen Vorstoß in einem WELT-Gespräch als „völlig unverständlich“ und wenig dienlich für die deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Mit dem „Iswestija“-Artikel hat Moskau seine auch in letzter Zeit systematisch betriebenen Bemühungen fortgesetzt, den Rechtsstatus von West-Berlin einzuschränken. Das sowjetische Regierungsblatt behauptete: „Die Regierung der BRD hat nicht das Recht, die Interessen West-Berlins im Ausland zu vertreten, weil dies die Prärogative der Regierung der drei Mächte ist... Deshalb stellen die Pläne der Bundesrepublik (zur Errichtung einer deutsch-japanischen Begegnungsstätte) in diesem Fall eine grobe Verletzung des viersseitigen Abkommens über West-Berlin dar.“

Dazu sagte Lorenz: „Abgesehen davon, daß die Vertretung der Berliner im Ausland durch die Bundesrepublik Deutschland im Viermächteabkommen festgelegt ist, handelt es sich hier um einen völlig anderen Sachverhalt. Das Viermächteabkom-

men und der Status Berlins verbieten in keiner Weise die Einrichtung solcher internationalen Begegnungsstätten, die der Völkerverständigung und dem Frieden dienen.“

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, bewertete den Vorgang, ebenso wie den jüngsten sowjetischen Protest gegen eine Teilnahme von Berliner Abgeordneten an der Europawahl, gegenüber der WELT mit den Worten: „Die Sowjetunion versucht von Zeit zu Zeit, ihre Rechtsposition durch öffentliche oder diplomatische oder andere Aktionen in Erinnerung zu rufen oder stärker zur Geltung zu bringen. In diesen Fällen reagieren dann die Westmächte stets mit Schritten, die ihre Rechtsposition wahren.“

Derartige Versuche Moskaus gehen nach den Worten des CDU-Politikers „nie 1:0 zu Lasten des Westens aus, sondern stets 1:1 zugunsten des inneren Gleichgewichts des Viermächteabkommens über Berlin.“

Grundsätzlich betonte Mertes, die Bundesregierung vertrete entgegen der sowjetischen Auffassung Berlin auch international. Bonn habe an dieser Auffassung aller Bundesregierungen seit Inkrafttreten des Viermächteabkommens fest. Der damalige Bundeskanzler Willy Brandt habe die internationale Vertretung Berlins durch den Bund stets als einen der Erfolge des Viermächteabkommens dargestellt.

Queen über die Schlacht von Ograve entsetzt

Fortsetzung von Seite 1

Bergarbeiter schon lange nicht mehr sehr populäre Kollegen. Ihre Sympathie für die Kumpel endete, als sie begannen, die Arbeitsplätze und die berufliche Existenz dieser Stahlarbeiter zu gefährden. Solidarität ist in diesem Bergarbeiterstreik, dem sich seit 15 Wochen immerhin auch 42 000 von insgesamt 180 000 Kumpel widersetzen haben, ein entwertetes Phänomen geworden.

Das Hauptmotiv für die gestrige Eskalation der Gewalt im hundertjährigen Krieg des Arthur Scargill gegen die britische Kohlebehörde und die Regierung Thatcher ist schiere Frustration. Erfolge sind nirgendwo in Sicht. Die Verhandlungen mit der Kohlebehörde brachen in der letzten Woche zusammen. Arthur Scargill spricht immer häufiger davon, daß dies ein „Winterkrieg“ werden wird, noch bevor der Sommer begonnen hat. Bis zum Winter aber kann keiner von ihnen diesen Kampf durchhalten.

Das war es, was sie in Ograve auf die Barrikaden brachte. Sie sind ganz offenbar zum letzten Gefecht angetreten. Sie kämpfen um ihre Arbeitsplätze, für Arthur Scargill aber geht es um mehr: „Wir sind angetreten gegen das System Margaret Thatchers, das die britische Wirtschaft ruiniert.“

Und bei denen sind die streikenden

schütterung war weniger relevant, wichtig war für ihn die Wirkung. Denn dieser Mann baut sich seit Monaten zielstrebig als der Märtyrer und der Schutzheilige der britischen Bergbaubetriebe auf.

Die „Schlacht von Ograve“ war von ihm sorgfältig inszeniert worden. Sie sollte Schlüsselereignis werden wie jene „Schlacht von Saltaire“ im Jahre 1972, durch die Scargill einst zu einer nationalen Figur wurde und die die Regierung Heath damals im Kampf mit den Kumpeln zum ersten Mal in die Knie zwang.

Die Kampfhandlungen in Ograve begannen vor drei Wochen. Ograve ist ein kleines Kohledorf in der Nähe von Sheffield. Es wurde zum Kampfgebiet, weil Ograve Spezialkohle und Koks für das in der Nähe gelegene Stahlwerk in Scunthorpe liefert. Die Kumpel wollen Scunthorpe von diesen Kohlevorräten absperren. Die Polizei steht in Ograve seit drei Wochen im Einsatz, um diese Nachschubwege für das Stahlwerk offen zu halten. Sie kämpfen also nicht nur gegen die Streiktruppen Arthur Scargills, sie kämpfen auch für die Stahlarbeiter von Scunthorpe.

Und bei denen sind die streikenden

Schulsenator Grolle wollte gehen

Opposition für Rücktritt / Wieder „frisierte“ Anmeldezahlen bei Gesamtschule

UWE BAHNSEN, Hamburg

Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD), der erst kürzlich eine Senatsbildung hinter sich gebracht hat, hätte sich gestern um ein Haar wieder auf die Suche nach einem Nachfolger für ein zum Ausscheiden entschlossenes Mitglied der Landesregierung machen müssen: Schulsenator Professor Joist Grolle war zur Demission entschlossen und konnte nur durch intensives Zureden seiner engsten Mitarbeiter in der Schulbehörde und einiger Spitzenfunktionäre im Senat und in der Fraktionsführung von diesem Schritt abgehalten werden.

Grolle war entsetzt und deprimiert über die Tatsache, daß nach dem Fälschungsskandal an der Gesamtschule Farmsen-Berne inzwischen eine weitere der neu eingerichteten Gesamtschulen in der Hansestadt, die Schule Meerweinstraße im Stadtteil Barmbeck, „frisierte“ Anmeldezahlen für die Jahrgangsstufe 5 zugegeben hat. Der Schulleiter meldete sich freiwillig in der Behörde und gab diesen Sachverhalt zu. Die Schule Meerweinstraße hatte nicht 70, wie zunächst gegenüber der Behörde mitgeteilt, sondern nur 51 wirkliche Neuanmeldungen von Kindern für die 5. Klasse. Wie im Fall Farmsen-Berne ordnete Grolle auch gegenüber diesem Schulleiter die sofortige Suspendierung vom Dienst und disziplinarische Ermittlungen an. Zugleich werden gegenwärtig die Anmeldezahlen von insgesamt 20 Hamburger Schulen aller Schulformen, die sich

am Rande des „Existenzminimums“ bewegen, bis ins einzelne überprüft.

Damit ist freilich der Skandal für Grolle auch nicht halbwegs bewältigt: Im Landesparlament, der Bürgerschaft, muß sich der Schulsenator heute mit der Rücktrittsforderung der Opposition auseinandersetzen. In dieser Konfrontation hat das Lehrerkollegium der Gesamtschule Meerweinstraße die Position des Senators noch zusätzlich erschwert: Mit großer Mehrheit solidarisierten sich die an dieser Schule tätigen Pädagogen mit der Handlungsweise des Schulleiters. 28 von 34 Lehrern beantragten ebenso wie der Schulleiter die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst.

Das Lehrerkollegium erklärte, die Motive, die zu der Handlungsweise des Schulleiters geführt hätten, würden „voll anerkannt und unterstützt“. Sie verdienen in ihrer Zielsetzung unsere hohe Anerkennung. Auch das Kollegium sehe sich in der täglichen Schulpraxis „von der Hamburger Schulpolitik im Kampf um die Erhaltung von Gesamtschulstandorten ständig im Stich gelassen“. Das „couragierte Verhalten des Schulleiters“ finde „unsere Hochachtung“. Das Kollegium verlangte, daß der Schulleiter nach Beendigung des Disziplinarverfahrens „wieder an unserer Schule als Schulleiter eingesetzt wird. Wir haben volles Vertrauen zu ihm. Jeder von uns hätte in der gleichen Situation genauso gehandelt.“

Schulsenator Joist Grolle wird nun

in der Bürgerschaft auch die mit Sicherheit zu erwartende Frage der CDU beantworten müssen, welche Konsequenzen er gegenüber Lehrern im Beamtenstatus ziehen will, die sich in dieser Form mit betrügerischen Manipulationen ihres Schulleiters solidarisierten. Sicher ist, daß Grolle sich in dieser Sache auf erbitterte Auseinandersetzungen mit der Gesamtschulbewegung der Hansestadt einrichten muß. Schon verlangt ein „Aktionskomitee Gesamtschule Farmsen-Berne“ vom Senat und der Deputation der Schulbehörde, es müßten an dieser Schule unter allen Umständen 5 Klassen eingerichtet werden, obwohl die Anmeldezahlen dafür nicht ausreichen.

Das „Aktionskomitee“ äußerte sich auch zu den festgestellten Fälschungen: „Wir hatten Manipulationen bei den Anmeldezahlen, falls sie vorgenommen worden sind, für falsch. Solches Verhalten schadet dem politischen Kampf um die Durchsetzung der Gesamtschule.“ Mitglieder der Schulleitung und des Elternrates, die in diese Affäre verwickelt sind, dürften jedoch nicht „kriminalisiert“ werden: „Wenn engagierte Freunde der Gesamtschule Farmsen-Berne zu solchen Mitteln in der schulpolitischen Auseinandersetzung gegriffen haben sollten, so liegt der Grund dafür in dem von der gegenwärtigen Schulpolitik hervorgerufenen alljährlichen ruinösen Wettbewerb zwischen den Schulen zum Anmeldetermin.“

Wen die Grünen nach Europa schicken

Vier von sieben standen bereits vor Gericht / Parlament nur als Forum für Öffentlichkeitsarbeit

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Grünen, die nach 1979 im zweiten Anlauf den Sprung ins Europäische Parlament geschafft haben, werden sieben Abgeordnete nach Straßburg schicken. Unter ihnen sollen gleich vier sein, die entweder schon einmal auf der Anklagebank gesessen oder auf spektakuläre Aktionen für Aufsehen gesorgt haben. Sie waren auf dem Parteitag Anfang März in Karlsruhe demonstrativ für die vorderen Plätze der Grünen-Liste nominiert worden. Dabei gelten diese vier nicht unbedingt als überzeugte Europäer.

Gleich nach dem Spitzenkandidaten, dem westfälischen Lehrer und Landwirt Friedrich Wilhelm Graefe zu Barinagor (41) hatten die Grünen auf Platz zwei die Frankfurterin Brigitte Heinrich gestellt. Die 42jährige Diplom-Volkswirtin, die bei der alternativen Berliner „Tageszeitung“ als Journalistin arbeitet, war im vergangenen Jahrzeit von der Sicherheitsorganen zum Umfeld der anarcho-terroristischen Szene gerechnet worden. 1980 war sie dann wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontroll- und Sprengstoffgesetz zu 21 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden. Ihr war vom Gericht zur Last gelegt worden, Waffen für eine Nachfolgeorganisation der Rote-Armee-Fraktion

(RAF) geschmuggelt zu haben. Noch bis Ende Februar, wenige Tage vor ihrer Nominierung, war sie im offenen Vollzug gewesen.

Auch die beiden Berliner Benedikt Härlin (Platz drei) und Michael Klöckner (Platz sechs) mußten sich bereits vor Gericht verantworten. Nachdem sie im Juni 1983 mehr als zwei Monate in Untersuchungshaft gewesen waren, hatte sie das Berliner Kammergericht Anfang dieses Jahres zu je zweieinhalb Jahren Freiheitsentzug ohne Bewährung verurteilt. Härlin (26) und Klöckner (25) hatten bei dem Sponti-Blatt „Radikal“ als Journalisten gearbeitet. Weil dort Bekanntheit und Strategiepapiere von Revolutionären Zeilen und Millitanten nachgedruckt worden waren, wurden sie wegen Billigung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung nach dem Strafgesetzbuch paragrafen 129 a verurteilt. Allerdings zeichneten sie im „Radikal“-Impressum nicht verantwortlich. Beide haben inzwischen den Bundesgerichtshof angeufen, um eine Revision des Urteils zu erreichen.

Als vierter „schillernder“ Europa-Abgeordneter der Grünen soll künftig Frank Schwalbe-Roth (Platz fünf) aus Marburg im Straßburger Parlament sitzen. Er hatte im vergangenen Sommer als hessischer Landtagsab-

geordneter bei einem Empfang in Wiesbaden den amerikanischen General Paul Williams mit Blut bespritzt. Der General hatte allerdings davon abgesehen, gegen den 32jährigen Lehrer Anzeige zu erstatten. Ungesagt dessen hatte es über die Aktion von Schwalbe-Roth innerhalb der Grünen wochenlang kontroverse Diskussionen gegeben.

Fest steht bisher, daß die sieben „Europa-Grünen“, zu denen noch Udoine von Holtz (Platz vier), eine 48jährige Hausfrau aus Lichow-Dannenberg, wo sie sich in Bürgerinitiativen hervorgetan hatte, und die Antiquaritäts-Buchhändlerin Dorothea Pietsch (41) aus Remagen (Platz sieben) gehören, zur „Halbzeit“ der zweiten Wahlperiode des Europaparlaments zugunsten der „Nachrücker“ ausscheiden müssen. Denn vorsorglich hatte der Hauptausschuß der Grünen Anfang des Jahres beschlossen, daß anders als im Bundesfall von der „Rotation“ keine Ausnahmen gemacht werden dürfen. Ihre Einstellung zu Europa hatte Brigitte Heinrich auf dem Karlsruhe-Parteitag mit den Worten: „Dieses Scheitern ohne legislative und exekutive Funktionen sollten wir hauptsächlich als Tribune für Öffentlichkeitsarbeit nutzen.“ verdeutlicht.

Postminister: Keine Änderung bei Verkabelung

GISELA REINERS, Bonn

Bundespostminister Schwarz-Schilling (CDU) will seine Verkabelungsstrategie auch nach der Kritik des Bundesrechnungshofes an seinen Milliardeninvestitionsrechnungen nicht ändern, ist jedoch bereit, Korrekturen an seinen Kalkulationen vorzunehmen. Das sagte der Minister gestern nach der Veröffentlichung eines Gutachtens, das der Haushaltsausschuß des Bundestages angefordert hatte. Die SPD-Opposition sieht in dem Bericht ihre Befürchtungen „auf beklemmende Weise“ bestätigt und fordert vom Kanzler die Abberufung Schwarz-Schillings.

Der Rechnungshof war zu dem Schluß gekommen, daß sich der Postminister auf ein großes unternehmerisches Risiko eingelassen hat, und die Rentabilität der Kupferverkabelung fraglich sei, denn die Annahmen über die Anschlußdichte beruhen nicht auf sorgfältigen Marktanalysen, sondern auf „unternehmerischen Sollvorgaben“. Die Investitionskosten müßten um 65 Prozent höher angesetzt werden, statt 13,5 auf 21 Milliarden Mark, weil nur mit Teilkostenberechnung gerechnet worden sei, eine Vollkostenkalkulation, in der auch z.B. die Personalkosten umgelegt würden, aber abgezogen sei. Obwohl nach dem Bericht nur höhere Gebühren zur Rentabilität führen können, will der Minister sie „kurzfristig“ nicht anheben.

Schwarz-Schilling machte zugleich deutlich, daß er keine flächendeckende Verkabelung der Bundesrepublik anstrebt, sondern nur eine der Ballungsräume. Die SPD fragte daraufhin, wie die dünn besiedelten CDU-Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen wohl auf diesen Rückzug reagieren würden. Die erforderliche Anschlußdichte von 80 bis 90 Prozent bezieht Schwarz-Schilling nicht auf die Zahl der Haushalte, sondern nur auf verkabelte Wohneinheiten. Eindeutig drohte Schwarz-Schilling den Ländern, die nicht nach entsprechenden Mediengesetzen für Satellitensendungen schufen, mit dem Entzug des Ausbaus von Richtfunkstrecken. Der SPD-Abgeordnete Paterna kündigte deshalb an, man werde dann die Kompetenzen des Postausschusses, über die der Minister sich hinwegsetzen wolle, gerichtlich prüfen lassen.

AP, Bonn
Aufwendungen für private Breitband-Kabelanschlüsse werden in vielen Fällen steuerlich absetzbar sein. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums seien private Breitband-Anlagen, die im Zuge der Errichtung eines Gebäudes eingebaut würden, sowie die einmaligen Anschlußgebühren als Teil der Herstellungskosten absetzbar. Der Einbau einer privaten Anlage in ein bestehendes Gebäude sei regelmäßig als Erhaltungsaufwand zu behandeln. Die Anschluß- und laufenden Gebühren in bestehenden Gebäuden gelten als Werbungskosten. Übernimmt der Mieter die Kosten für den Einbau einer privaten Breitband-Anlage, sind diese allerdings nicht abzugsfähige Kosten der Lebensführung.

Ein Erzähler mit Phantasie und Vaterlandsbegeisterung: Jakob Chr. Heer

Ewige Liebe und Schweizer Zorn

Bei der Pariser Weltausstellung von 1900 gab es eine touristische Miniatur-Schweiz zu bestaunen: eine Gebirgslandschaft mit Wasserfall, Mühle, Bergkapelle und einem ganzen Dorf aus Wohnhäusern und Ställen der verschiedenen Gebirgsrassen. Und zu bestimmten Zeiten bewegte sich der „Alpauzug“ durch diese beschaufelte Szenerie: Ein Senn mit Alphorn, die Hirten mit Stieren und glockenbewehrten Kühen, der Wildschütz mit Gewehr, und dahinter schritten laut zeitgenössischer Berichterstattung „die jungen Mädchen in der reizenden Tracht sämtlicher Kantone und begleiteten die Töne des Hornes und der Glocken mit frohem Gesang“.

Ein Heildland-Image dieser Macht-art war das Erfolgsrezept der damals aufkommenden Schweizer Fremdenindustrie, und es sicherte auch der Schweizer Heimatliteratur jahrzehntelang einen vorderen Rang in den deutschen Bestsellerlisten. Mit Abstand erfolgreichste Vertreter dieses Genres waren Jakob Christoph Heer (1859-1925) und Ernst Zahn (1887-1952). Beide waren in Deutschland, wo man sie restlos auf ihr Gebirgsdichtertum festlegte, berühmter als in der Schweiz, wo man sich in ihren Werken nur schwer wiedererkennen konnte und wo man sie ihres Ruhmes wegen bewunderte. Unbestreitbar ist jedoch, daß Heer und Zahn in Deutschland neues Interesse für die Schweizer Literatur weckten - ein Interesse, das dann auch anspruchsvolleren Autoren viele Jahre lang zugute kam.

„An heiligen Wassern“ war Heers erster großer Erfolg. Heer, damals Feuilletonchef der „Neuen Zürcher Zeitung“ (1), druckte den Roman im Winter 1897 in seinem Blatt in Fortsetzungen ab. Adolf Krüner kaufte die Buchrechte - gleich wie diejenigen des bald noch berühmteren „Königs der Bernina“ - für den Cotta-

Verlag und holte den Autor als Redakteur der „Gartenlaube“ nach Stuttgart.

„An heiligen Wassern“: Das ist die Geschichte eines Außenseiters, der seiner Bergheimat den Fortschritt sicherer Wasserleitungen förmlich aufzwingen muß; es ist auch die Geschichte einer herzerweichend treuen

An heiligen Wassern - ARD, 20.15 Uhr

Liebe, und es ist, gesamthaft gesehen, eine Geschichte von Leben und Tod in den Schweizer Bergen. Peter Rosger, unbestrittener Doyen damali-ger Heimatliteratur, erklärte: Ich stelle diesen Roman dreist neben die besten Werke Jeremias Gotthelfs; in



Einer der erfolgreichsten Vertreter der Schweizer Heimatliteratur: Jakob Christoph Heer (1859-1925)
FOTO: ULLSTEIN

der grandiosen Anlage übertrifft er sie.“

Ein Menschenalter später ist der Irrtum unverkennbar: Heer war kein zweiter Gotthelf. Er war ein begabter, im Gefühlsmäßigen nicht ganz standfester Erzähler von bühnenhafter Phantasie und froher Vaterlandsbegeisterung. Ein guter Unterhaltungsschriftsteller von anno dazumal. Wie Ganghofer, Rosger, Frenssen, Krüger u. a. traf er auf eine Konjunktur, die ihn eine Zeitlang triumphieren ließ, aber nach dem Ersten Weltkrieg mußte er, mittellos geworden, selbst schon die Relativität seines Ruhmes erkennen.

Daß sich der Film, für den sich ihre alpine Staffage besonders gut eignete, mit Heers Romanen befassen würde, war vorzusehen. Nur haben leider die meisten dieser Verfilmungen dazu beigetragen, dem Schriftsteller J. Chr. Heer, der durchaus auch differenzierterer Töne fähig war und dessen Rezeption keineswegs endgültig abgeschlossen ist, definitiv den Stempel des rührseligen Heimatdichters aufzuprägen.

1930, als unter dem Titel „Eternal Love“ Ernst Lubitschs Verfilmung von „Der König der Bernina“ in die Kinos kam, rafften sich sogar die sonst duldsamen Bildgenossen zu Protesten auf, so daß der Film in der Schweiz bald wieder abgesetzt werden mußte. Das Heildland dieser J. Chr.-Heer-Verfilmung hatte nichts mit der Schweiz gemein, die man aus tägllicher, oftmals bitterer Erfahrung kannte.

Übrigens: Jakob Christoph Heers Grab ist noch heute in einem Wald in der Nähe von Winterthur zu besichtigen. Als Grabstein dient ein fünfzehn Tonnen schwerer Granitblock aus dem Berninagebiet, den die Gemeinde Poschiavo im Jahre 1928 „zum Dank für den Roman „Der König der Bernina“ gestiftet hat.“

CHARLES LINSMAYER

KRITIK

Georgswerder ist überall

Der zynische Titel dieser Reportage über die Schrecken der Giftmüllhalden ist leider Alltagswirklichkeit in den Diskussionen zwischen Politikern, Wirtschaftsausschüssen, Bürgern und Wissenschaftlern. Tot umgefallen ist noch keiner (ZDF). Aber der Spielraum für Zynismus in Umweltfragen wird immer enger. Daran haben Sendungen wie die von Renate Juszg und Wolf Konerding keinen geringen Anteil.

Zu verarmen ist hier nichts. Nicht nur der Müllberg von Georgswerder im Süden Hamburgs ist eine Zeitbombe - Georgswerder ist überall. Die in der Sendung genannten Orte, an denen Umweltskandale drohen, können nur als Beispiele dienen. Auf 30 000 wird die Zahl aller Mülldeponien geschätzt. Auf vielen davon wurden vermutlich hochgiftige Substanzen abgeladen, ohne daß es heute möglich wäre, die Herkunft zu ermitteln oder Schuldige zu benennen.

Man darf von Sendungen dieser Art wohl keine Objektivität erwarten. Sie malen schwarz-weiß, sie verbreiten Horrorgeschichten, und sie geraten dabei immer leicht in Gefahr, dem Anliegen eher zu schaden, dem sie dienen wollen. So enthielt die Sendung keine Hinweise darauf, daß die wissenschaftliche Erkenntnis über die drohenden Gefahren nicht den rasanten technischen Fortschritt der Chemieproduktion einfach nicht Schritt gehalten hat. Bis heute gibt es ernstzunehmende Wissenschaftler, die Zusammenhänge zwischen Umwelt- und Gesundheitsschäden einerseits und den riesigen Müllbergen andererseits leugnen.

Und noch auf einen vergessenen Autoren hinzuweisen: Die Erkenntnisse über die Gefahren der Müllberge werden gigantische gesellschaftliche Folgekosten produzieren. Die Rechnung wird uns noch präsentiert werden.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

2.25 Sonntags

14.50 Tagesschau

15.05 Fußball-Europameisterschaft

Frankreich - Jugoslawien und Dänemark - Belgien

14.40 Tagesschau

14.50 Die rote Zora und ihre Bande

14.55 In 13 Tagen noch dem gleichnamigen Roman von Kurt Held

2. Teil: Die Mutprobe

Der reiche Bauer Karomann beschuldigt Branko des Diebstahls, worauf dieser, wie Karomann wendet, die Zora glauben, bevor er voller Frische hängt.

Anschi. heute-Schlagzeilen

16.05 Kompass

Ein Leskon mit Bildern und Berichten - Kräfte (4)

Das Spiel mit der Schwerkraft / Ein Menü im Weltraum / Der Mond zieht das Wasser an

17.00 Aus dem Ländern

Tele-Interview

Zu Gast: Horst Hoyer und Michael Holm

Anschi. heute-Schlagzeilen

18.00 Der lange Teck

Scouts

Ernes Morgens ist Scout Lester

Hockett, der die Familie Chisholm nach Kalifornien führen soll, verschwunden. Die Brüder Will und Gideon beschließen, ihn zu suchen.

19.00 heute

19.20 Direkt

Die Arbeit der Umweltschutzorganisation Robin Wood steht heute im Mittelpunkt des Jugendmagazins. Wie sieht ihre Arbeit aus, welche Aktionen werden gestartet, welche Reaktionen rufen sie hervor?

20.15 Fußball-Europameisterschaft

Deutschland - Spanien

Reporter: Rolf Kramer

Übertragung aus Paris

21.15 heute-Journal

Mit Bekanntgabe der Gewinnzahlen des Mittwochslotto - 7 aus 38

22.00 Tagesschau

22.05 Fußball-Europameisterschaft

Portugal - Rumänien

Reporter: Günter-Peter Ploog

Aufzeichnung aus Nantes

23.05 Appenzel Film

Aktuelles aus der Filmbranche

Von Helmut Dinko und Peter Hajo

23.45 Tagesschau



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

2.25 Sonntags

14.50 Tagesschau

15.05 Fußball-Europameisterschaft

Frankreich - Jugoslawien und Dänemark - Belgien

14.40 Tagesschau

14.50 Die rote Zora und ihre Bande

14.55 In 13 Tagen noch dem gleichnamigen Roman von Kurt Held

2. Teil: Die Mutprobe

Der reiche Bauer Karomann beschuldigt Branko des Diebstahls, worauf dieser, wie Karomann wendet, die Zora glauben, bevor er voller Frische hängt.

Anschi. heute-Schlagzeilen

16.05 Kompass

Ein Leskon mit Bildern und Berichten - Kräfte (4)

Das Spiel mit der Schwerkraft / Ein Menü im Weltraum / Der Mond zieht das Wasser an

17.00 Aus dem Ländern

Tele-Interview

Zu Gast: Horst Hoyer und Michael Holm

Anschi. heute-Schlagzeilen

18.00 Der lange Teck

Scouts

Ernes Morgens ist Scout Lester

Hockett, der die Familie Chisholm nach Kalifornien führen soll, verschwunden. Die Brüder Will und Gideon beschließen, ihn zu suchen.

19.00 heute

19.20 Direkt

Die Arbeit der Umweltschutzorganisation Robin Wood steht heute im Mittelpunkt des Jugendmagazins. Wie sieht ihre Arbeit aus, welche Aktionen werden gestartet, welche Reaktionen rufen sie hervor?

20.15 Fußball-Europameisterschaft

Deutschland - Spanien

Reporter: Rolf Kramer

Übertragung aus Paris

21.15 heute-Journal

Mit Bekanntgabe der Gewinnzahlen des Mittwochslotto - 7 aus 38

22.00 Tagesschau

22.05 Fußball-Europameisterschaft

Portugal - Rumänien

Reporter: Günter-Peter Ploog

Aufzeichnung

Die Kuh auf dem Eis

Mk. - Die Regierungschefs der zehn EG-Staaten müssen sich nun auch noch mit den Subventionen für die deutsche Landwirtschaft beschäftigen. Überraschend kam der Hinweis der EG-Kommission, die geplante Erhöhung der Vorsteuerpauschale statt um drei gleich um fünf Prozent sei mit den EG-Bestimmungen nicht vereinbar, wahlweise nicht.

Eine Einigung, falls sie überhaupt erreicht werden kann, wird teurer, kommt sie nicht, dann droht eine Klage gegen die Bundesrepublik vor dem Europäischen Gerichtshof. Denn beim 1. Juli als Termin für die höhere Pauschale soll es bleiben.

Irgendwie muß die Kuh vom Eis. Denn nicht nur bei den Rindviechern sind die Märkte verunsichert, haben die Preise angezogen, weil sich die Bauern in Erwartung der höheren Vorsteuerpauschale, die sie nicht abführen müssen, noch mit Verkäufen zurückhalten. Denkmäler wären auch Ersatzlösungen, die den Einwendungen Rechnung tragen. Politisch sind sie nach den Festlegungen der Bundesregierung jedoch nicht mehr möglich. Ganz gleich was passiert, ein Problem bleibt den Verantwortlichen: Sie müssen den Bauern klar machen, daß jetzt ein Ausgleich für eine Belastung gezahlt wird, die zum größten Teil erst am 1. Januar eintritt.

Wird das versäumt, dann steht neuer Unmut der Landwirte ins Haus.

Papier-Boom

Wb. - So froh klangen die Nachrichten aus der deutschen Papierindustrie schon seit Jahren nicht mehr: „Voll ausgelastet“, meldet der Branchenverband, und: „Viele Papierfabriken laufen in vier Schichten, rund um die Uhr, auch an Wochenenden.“ Von der Entwicklung - gestiegene Werbeausgaben und höherer Verpackungsbedarf ließen die Nachfrage in den ersten Monaten des Jahres 1984 um gut 10 Prozent steigen - ist die Branche einigermaßen überrascht. So viel Gutes auf einen Schlag macht aber auch gleich wieder mißtrauisch. „... hat der Verband Zweifel, ob der Mehrsatz im Inland allein aus dem tatsächlichen Verbrauchswachstum gespeist wird oder ob nicht ein Teil in höhere Kundenlager gelassen ist“, folgt die skeptische Anmerkung. Und zum festen Repertoire gehört natürlich auch die kritische Anmerkung zur Ertragslage. Preiserhöhungen von vier bis fünf Prozent bis zum Mai hätten die „dramatische“ (im Schnitt um zehn bis 15 Prozent) steigenden Kosten für Rohstoffe und Heizöl bei weitem nicht auffangen können. Doch diese Klage zielt schon auf die Zeit nach dem Boom, dessen Dauer niemand abzuschätzen vermag: Solange die Maschinen auf vollen Touren laufen, wird allemal gut verdient.

VERKEHRSPOLITIK / Dollinger und Gohlke sprachen mit dem Kabinett

Die Bundesbahn benötigt mehr Geld, um ihre Investitionen zu realisieren

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn
Die Bundesbahn braucht mehr Geld aus Bonn als vorgesehen. Bundesverkehrsminister Werner Dollinger und Bundesbahn-Präsident Reiner Gohlke haben gestern im Bundeskabinett noch einmal versucht, die den Ministern zu verdeutlichen. Andernfalls seien die notwendigen Zukunftsinvestitionen der DB gefährdet oder die Neuverschuldung würde die Bahn wieder tiefer in die Verlustzone bringen.

Der Vorstand der Bundesbahn benötigt, soll er die Bahn konsolidieren, eine Aufstockung des Pfandfonds der Bundesleistungen, betonte Verkehrsminister Dollinger unmittelbar vor den Beratungen über den Bundeshaushalt 1985. Dabei müsse bedacht werden, daß jede Milliarde zusätzlicher Verschuldung der Wirtschaftsergebnisse der DB der folgenden Jahre mit 80 bis 100 Millionen Mark belastet. Seiner Ansicht nach hat der Vorstand der Bahn die Aufwandsentwicklung gut im Griff.

Der Abbau der Neuverschuldung sei nicht nur durch Eigenanstrengungen des Unternehmens zu erreichen. Es sei denn, es werde ein Substanzverlust bei den vorhandenen Anlagen, eine Überalterung von Anlagen und Fahrzeugen und ein Verzicht auf eine zeitliche Verschiebung der für die DB wichtigen Zukunftsinvestitionen in das Streckennetz und die Fahrzeuge in Kauf genommen.

Unabhängig davon müßten mittelfristig Wege gefunden werden, wie die Kapitalstruktur der DB verbessert und die Neuverschuldung in engen Grenzen gehalten werden kann, um dem Vorstand nachhaltigen Abbau der Defizite zu ermöglichen. Da-

zu hatte bereits im vergangenen Jahr eine Arbeitsgruppe um den Bankier Hermann Josef Abs Vorschläge unterbreitet, die jedoch keinen Eingang in die bahnpolitischen Leitlinien gefunden haben, die das Kabinett Ende November einstimmig verabschiedet hat. Die Fremdverschuldung der Bahn liegt bei 35,6 Milliarden Mark. Die Zinsbelastung ist auf rund drei Milliarden angestiegen und macht damit rund zehn Prozent der Aufwendungen aus. Die Investitionen erreichen 14 Prozent.

Reiner Gohlke machte deutlich, daß die DB von ihren ursprünglichen Vorstellungen, nach denen die Neu- und Ausbaustrecken außerhalb des bestehenden Pfandfonds aus dem Bundeshaushalt finanziert werden sollten, Abschied nehmen mußte. Von der angemessenen Erhöhung der Bundesleistungen werde es jedoch abhängen, in welchem Umfang die DB auf den Weg zu einer neuen, modernen, zeitgemäßen Bahn gebracht und wie sie Schritt für Schritt von Hypotheken der Vergangenheit in Form der überhöhten Verschuldung befreit werden kann.

Die Einleitung der Konsolidierung sei mittel- und langfristig nicht er-

reichbar, ohne daß die Finanzierung der zukunftsorientierten Investitionen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Gewährleistung der angestrebten Produktivitätssteigerung sichergestellt wird. Von 1983 bis 1990 sollten nach den Vorstellungen der Bahn 40 Milliarden Mark investiert werden. Kernstück sei der Ausbau des Streckennetzes mit insgesamt 14 Milliarden. Herausragende Bedeutung komme auch der Entwicklung einer neuen Fahrzeugengeneration für den Schnellverkehr zu. Deshalb müßten die Neubaustrecken schnell fertiggestellt werden.

Getragen werde die Unternehmenspolitik der Bahn durch eine ausgewogene Strategie von erheblichen investiven Anstrengungen in die Bereiche, wo die DB einen Markt hat, und tiefergehenden bedarfsorientierten Kapazitätsanpassungen im Bereich der Anlagen, der Fahrzeuge und des Personals. Alle Planungen seien auf Schnelligkeit, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit ausgerichtet. Die schwierige Umsetzung der Kapazitätsanpassung wie die Umstellung des Schienenpersonalsverkehrs auf Busbedienung, Streckenstilllegungen im Güterverkehr und die Schließung von Ausbesserungswerken seien ohne die politische Unterstützung nicht durchsetzbar, betonte Gohlke. Dollinger wies darauf hin, daß die Leitlinie der Bundesregierung Struktur Anpassungen, aber auch Mut zu mehr Markt einschle-

ENTWICKLUNGSHILFE

Sonderprogramm für Afrika

KAREN SÖHLER, Bonn
Die Hungersnot in vielen Ländern Afrikas hat Entwicklungsminister Jürgen Warnke veranlaßt, ein Sonderhilfsprogramm - Volumen 50 Mill. DM - für diese Staaten auszuarbeiten: Für eine Nahrungsmittel-Soforthilfe stehen 25 Mill. DM zur Verfügung. Da diese Form der Unterstützung die Probleme verdrängt, aber nicht löst, dienen die verbleibenden 25 Mill. DM der längerfristigen Ernährungssicherung, landwirtschaftliche Produktionsmittel, Saatgut und Impfstoffe zur Bekämpfung von Viehsuchen sollen den betroffenen Staaten geliefert werden.

Mit diesen Maßnahmen hofft Warnke das ungenutzte Potential der oft brachliegenden Landwirtschaft besser auszunutzen. Denn die Mängel im Agrarsektor sind mit verantwortlich für die Notlage auf dem afrikanischen Kontinent. Darüber hinaus wird die Situation verschlechtert durch das Bevölkerungswachstum um drei bis vier Prozent, durch die Devisenraubenden Oelimporte und durch die mangelhafte Infrastruktur. In manchen Ländern werde auch der Fehler begangen, die Erzeugerpreise auf so niedrigem Niveau festzulegen, daß jeglicher Produktionsanreiz zu nichte gemacht würde.

Aus dem Entwicklungsetat fließen neben den bilateralen Leistungen (142,2 Mill. DM) weitere 311,32 Mill. DM in das Nahrungsmittelhilfsprogramm der EG und 51 Mill. DM in das UN-Welternährungsprogramm. Der größte Brocken dieser Zahlungen entfällt ebenfalls auf Afrika.

Ausgaben steigen 1985 drei Prozent

HEINZ HECK, Bonn
Die Ausgaben für öffentliche Entwicklungshilfe sollen in den nächsten Jahren stärker steigen als die Bundesausgaben insgesamt. Nach dem „Chefsprache“ mit Finanzminister Stoltenberg kann Entwicklungsminister Warnke mit einem Etatsatz von 6,6 Milliarden Mark für 1985 rechnen; das entspricht einer Steigerung von 3,3 Prozent. Für die Zeitspanne 1986 bis 1988 (mittelfristige Finanzplanung) ist eine Zunahme um jeweils 3,5 Prozent auf dann 7,4 Milliarden geplant. Formell muß dieses Ergebnis bei der Verabschiedung des Haushalts am 3. Juli noch eingestimmt werden.

Mit den Verpflichtungsermächtigungen (VE) muß Warnke noch auf restriktivem Kurs verharren. Für Kapitalhilfe erhielt er 2,55 Milliarden (unter Einschluss von 200 Millionen Mark - rasch abfließender - Warenhilfe), für Technische Hilfe 950 Millionen Mark VE. In dieser Höhe kann das Ministerium 1985 neue Verpflichtungen gegenüber Entwicklungsländern eingehen, die in den Folgejahren zu Mittelaufbläsen führen. Angesichts eines hohen Zusageausfalls aus der Vergangenheit („Pipeline“) drängt Stoltenberg auf Zurückhaltung bei Neuzugängen, um das Obligo unter Kontrolle zu halten.

Im Etat wurden keine Mittel für einen Zusatzfonds der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), einer Weltbanktochter, veranschlagt. Ohne USA und Japan wird es nach deutscher Vorstellung keinen Zusatzfonds geben.

Anpassungs-Probleme

Von HANNA GIESKES

Die Bauwirtschaft kommt aus den Sorgen nicht heraus: Zwar wird zur Zeit wesentlich mehr gebaut als im letzten Jahr, aber die Reichweiten der Aufträge gehen zurück. Zwar konnte die Konkurrenz kräftig gesenkt werden, aber immer noch sind rund 120 000 Bauarbeiter arbeitslos. Und es stellt sich die Frage, ob eine Branche noch gesund ist, die trotz hoher Produktion so viele Arbeitslose ausweist.

Dagegen spricht die Zahl der Konkurse: Sie lag mit 546 Fällen im ersten Quartal dieses Jahres um 10,5 Prozent über dem Stand des Vorjahres. Und anders als in anderen Branchen verringern sich in der Bauwirtschaft die Kapazitäten durch Konkurse nicht. Die Zahl der Unternehmen ist trotz steigender Zahl der Insolvenzen bisher gleich geblieben, weil es leicht ist, eine Baufirma zu gründen. Oftmals ist das für den fallierten Unternehmer die einzige Chance, eigene Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Der geringe Kapitalbedarf, der zur Gründung eines Baugeschäfts nötig ist - die gebrauchte Betonmischmaschine wird auf Kredit gekauft und aus dem Erlös des ersten Auftrags bezahlt -, hält aber nicht nur die Kapazitäten in der Branche unrentabel hoch, sondern er leistet auch einer besorgniserregenden Unterkapitalisierung Vorschub: 1981 lag die Eigenkapitalquote in der deutschen Bauwirtschaft im Durchschnitt bei 4,5 Prozent; seither soll sie - aktuelle Zahlen wird die Deutsche Bundesbank in Kürze vorlegen - noch weiter gesunken sein. Branchenkenner behaupten, sie tendiere gegen Null; das bedeutet, daß große Teile der Bauwirtschaft demnächst den Banken gehören werden.

Diese Struktur ist zweifellos nicht gesund. Es ist vor allem die große Masse der Mittelständler in der Branche, die darunter leiden. Sie, die nichts mehr zusetzen haben, stehen unter dem Zwang zum Anschlussauftrag, den sie auch dann hereinnehmen müssen, wenn sie dabei nicht um ihre Kosten kommen. Das ist um so wahrscheinlicher, je knapper die Aufträge werden. Dies wiederum geht an die Substanz. So resultiert der vielfach beklagte „ruhmlose“ Wettbewerb am Bau zum großen Teil aus einem strukturellen Manko der Branche - aus ihrer Unfähigkeit zur Kapazitätsbereinigung. Vermutlich wird die

Bauwirtschaft diesmal keine Zeit haben, die Polster wieder anzusetzen, die sie in der letzten Rezession verloren hat.

Dafür gibt es verschiedene Gründe. So muß dieser Wirtschaftszweig 1984 eine Lohnkostensteigerung von 4,3 Prozent verkraften, während die Baupreise seit anderthalb Jahren konstant sind. Außerdem steigt die Nachfrage wieder langsamer. Die Bauproduktion wird sich in diesem Jahr voraussichtlich um fünf Prozent erhöhen - nach 0,9 Prozent 1983 -, aber für das nächste Jahr rechnet die Branche nur noch mit einem Plus von zwei bis drei Prozent.

Der Wohnungsmarkt scheint gesättigt; für den Wirtschaftsbau werden die Aussichten um so trüber, je länger die Investitionsneigung in den Unternehmen durch Streiks gedämpft wird. Im öffentlichen Bau, wo es derzeit einige Lichtblicke gibt, hängt alles davon ab, wie weit der Staat bereit sein wird, in Zukunft zugunsten von Investitionen auf Konsum zu verzichten.

Hier sind Fragezeichen angebracht. Mit der politischen Wendung wurde zwar die dringend erforderliche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte eingeleitet, aber schon damals setzte sie vor allem bei den öffentlichen Investitionen an und weniger beim öffentlichen Konsum. Nun wäre eine Richtungsänderung nötig: Eine Volkswirtschaft, in der nicht mehr für die Zukunft gebaut wird, gibt sich selbst den Anschein der Regression.

Notwendig wäre auch eine schärfere Gangart in der Finanzpolitik. Neue Subventionen wie an die deutschen Bauern sind jedenfalls bei einer Bruttoverschuldung von weit über 100 Milliarden Mark nicht angebracht. Diese drei Milliarden werden für Investitionen ebenso wenig zur Verfügung stehen wie die Milliarden, die der Staat an Personalkosten ausgiebt.

Es ist keineswegs vorrangig ein Problem der Bauwirtschaft, ob in diesem Staat wieder mehr investiert wird. Ihre Rolle innerhalb der Gesamtwirtschaft erhält sie lediglich aufgrund der Erfahrung, daß sie seit jeher Vorreiter der Konjunktur war - nach oben wie nach unten. Sollte es auch diesmal so sein, dann müssen wir uns bald um unsere Konjunktur wieder Sorgen machen.

AUF EIN WORT



„Die Abschaffung des Rechtes der Sonderverkäufe, die Liberalisierung des Rabattgesetzes und der Ladenöffnungszeiten werden im Markt zu erheblicher Unruhe, zur Verwirrung der Verbraucher und vor allem zu steigenden Kosten in unserer Branche führen.“

Dr. Walter Deuss, Vorstandssprecher der Karstadt AG, Essen
FOTO: JUPP DÄRCHINGER

„US-Aufschwung verliert Tempo“

dpa/VWD, Hamburg
Der Aufschwung in den USA wird nach Ansicht des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, im weiteren Verlauf des Jahres 1984 wahrscheinlich merklich an Tempo verlieren. Mit durchschnittlich sechs Prozent werde der Zuwachs dennoch weit über dem des Vorjahres liegen (3,3 Prozent). Die Beschäftigung werde ebenfalls langsamer zunehmen. Der Preisanstieg werde sich angesichts der stabilitätsorientierten Geldpolitik nur wenig beschleunigen; die Verbraucherpreise würden sich im Jahresdurchschnitt um etwa fünf Prozent erhöhen, nach 3,2 Prozent 1983. Das HWWA begründet seine Einschätzung vor allem mit dem Auslaufen zyklischer Impulse.

AUSGLEICHSZAHLUNGEN

Aufstockung auch ohne die Zustimmung aus Brüssel

WILHELM HADLER, Luxemburg
Die Bundesregierung will den Ende März vereinbarten Einkommensausgleich für die deutschen Bauern auch ohne Zustimmung der Brüsseler Kommission aufstocken. Sie drängt auf einen Beschluß auf höchster politischer Ebene, der eine nachträgliche Genehmigung der nationalen Beihilfen ermöglichen soll.

Wie Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle am Rande einer Ministeratsitzung zu erkennen gab, hat Bonn die Einwände der Kommission und einiger Partnerregierungen vorausgesehen. Als erfreulich empfand der Minister jedoch, daß die Kommission vorerst auf eine formelle Entscheidung verzichtete und ihre Bedenken nur in Form eines Briefes zum Ausdruck brachte.

Eine klare Verbotsentscheidung hätte es dem Bundespräsidenten er-

schwert, die vorgesehene Aufstockung des Vorzugs bei der Mehrwertsteuer durch seine Unterschrift in Kraft zu setzen. Das Gesetzgebungsverfahren dafür soll noch in dieser Woche abgeschlossen werden. Kiechle qualifizierte das Schreiben der EG-Behörde als eine „Meinungsformulierung in Form eines Briefes“. Dieses Vorgehen der Kommission habe die Tür für eine politische Lösung offengehalten.

In ihrem Schreiben hatte die Kommission (in Beantwortung eines Briefes von Bundeskanzler Kohl) die Bereitschaft geäußert, die von Bonn beschlossene zeitliche Vorwegnahme des Einkommensausgleichs hinzunehmen, die einseitige Aufstockung des Vorsteuerabzugs von 3 auf 5 Prozent jedoch als eine Verletzung des Brüsseler Agrarkompromisses bezeichnet.

JAPAN

Weißbuch fordert verstärkte Investitionen im Ausland

dpa/VWD, Tokio
Japan sollte seine hohen Kapitalreserven verstärkt für Direktinvestitionen in den westlichen Partnerstaaten und für Entwicklungsprojekte in der Dritten Welt einsetzen und damit Impulse für die Belebung der Weltwirtschaft geben. Diese Empfehlung gibt das diesjährige Weißbuch zum internationalen Handel, das vom Kabinett in Tokio gebilligt wurde. Nach der Analyse des Handels- und Industrie-ministeriums (MITI) leiden nicht nur die Entwicklungsländer, sondern auch die meisten anderen westlichen Industriestaaten unter Kapitalmangel, während Japan dank hoher Sparraten und fortwährender Leistungsbilanzüberschüsse in die Rolle einer „jungen Gläubigernation“ hineinwache.

Unter dem programmatischen Titel „Japans Rolle bei der Förderung weltweiter Struktur Anpassungen“ begrüßt das MITI in diesem Zusammenhang den „rapiden Aufwärtstrend der japanischen Direktinvestitionen im Ausland seit Beginn der 80er Jahre, insbesondere der Investitionen in der Fertigungsindustrie der entwickelten Länder“.

Unter den westlichen Partnerländern rangiert Japan beim Volumen der Auslandsanlagen zwar noch an vierter Stelle hinter den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik, verzeichnete aber mit knapp 20 Prozent im Jahresdurchschnitt zwischen 1976 und 1982 die höchsten Zuwachsraten.

Von den Neuinvestitionen im Fiskaljahr 1983 in Höhe von 8,1 Mrd. Dollar (plus 5,7 Prozent) entfielen der offiziellen Statistik zufolge 891 Mill. Dollar auf die EG, was einer Steigerung von 26,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Immer mehr Bußgelder für Schwarzarbeit

Bonn (AP) - Ungeachtet der strenger gewordenen Vorschriften und der hohen Bußgelder nimmt die Schwarzarbeit offenbar immer weiter zu. Wie der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) ermittelt hat, haben die Ordnungsbehörden der Bundesrepublik 1983 für Schwarzarbeit Bußgelder von zusammen 6,5 Mill. DM verhängt, das sind 1,2 Mill. DM mehr als im Vorjahr. Der ZDH sieht dadurch seine Meinung bestätigt, daß die Bestimmungen gegen die Schwarzarbeit noch strenger gefaßt werden müßten. Nach der Bußgeldliste, die der ZDH nach Erhebung seiner 42 Kammern zusammenstellte, wurden die meisten Bußgelder mit fast 1,4 Mill. DM im Maurerhandwerk und mit 1,13 Mill. DM im Dachdeckerhandwerk fällig.

Gipfeltreffen auf Kuba

Havana (APF) - Die Regierungschefs der Comecon-Staaten, der Wirtschaftsgemeinschaft der Ostblockländer, wollen im Oktober dieses Jahres eine Gipfelkonferenz auf Kuba abhalten. Dies sagte der stellvertretende Regierungschef Kubas, Carlos Rafael Rodriguez, in einem Interview, das die kubanische Parteizeitung „Granma“ veröffentlichte.

US-Zahlungsbilanz

Washington (dpa/VWD) - Die Zahlungsbilanz der USA schloß im ersten Quartal dieses Jahres mit einem Rekorddefizit von 19,4 Mrd. Dollar (rund 52,5 Mrd. DM). Dies teilte das US-Handelsministerium in Washington mit. Der hohe Fehlbetrag in der Handelsbilanz wurde nach Angaben des Ministeriums etwas durch die verbesserte Dienstleistungsbilanz gemildert. 1983 hatte die US-Zahlungsbilanz ein Defizit von 41,6 Milliarden Dollar.

Zahlungsbereit

Manila (APF) - Die Philippinen werden ihre Auslandsverbindlichkeiten in Höhe von 25 Mrd. Dollar zurückzahlen. Dies erklärte Präsident Ferdinand Marcos. Die Opposition hatte gefordert, daß die in der Periode des Kriegrechts von 1972 bis 1981

aufgenommenen Kredite nicht zurückgezahlt werden sollen.

Industriepreise gestiegen

Wiesbaden (dpa/VWD) - Die Industriepreise stiegen in der Bundesrepublik im Mai um 3,2 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat. Im April und März hatten die Jahresveränderungsrate bei jeweils 3,1 Prozent gelegen. Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden erhöhte sich der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte von April bis Mai um 0,2 Prozent.

Kredit gestrichen

New York (dpa/VWD) - Argentinien Gläubigerbanken haben nach Darstellung informierter US-Bankenkreise einen geplanten Kreditbetrag von 125 Mill. Dollar (337,5 Mill. DM) gestrichen, den das Land zur Zahlung von 450 Mill. Dollar (1,22 Mrd. DM) an überfälligen Zinsen mitzubringen wollte. Die 450 Mill. Dollar an überfälligen Zinsen müssen bis Ende Juni gezahlt sein. Sonst müssen die US-Banken für die notleidenden Kredite, deren Zinszahlungen seit 90 Tagen und mehr überfällig sind, Abschreibungen vornehmen.

Leifheit an die Börse

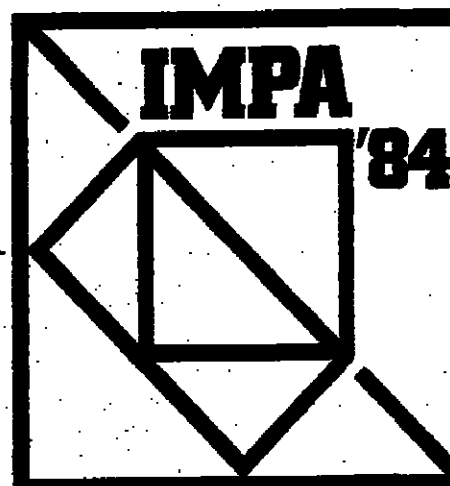
Nassau (APF) - Die Leifheit International GmbH, Nassau/Lahn, soll in eine AG mit 20 Mill. DM Grundkapital umgewandelt werden. Das Unternehmen stellt nichtelektrische Haushaltsgeräte her und gehört derzeit zum Firmenverbund IIT. Im Herbst dieses Jahres soll die Deutsche Bank die Leifheit-Aktien von IIT übernehmen und an den Markt bringen, die Börseneinführung ist geplant.

Anleihe von McDonald's

München (sz) - Eine Anleihe über 100 Mill. DM legt die McDonald's Finance Company N.V. über ein internationales Bankenkonsortium unter Führung der Bayerischen Vereinsbank AG, München, auf. Die Emission ist bei einer Laufzeit von zehn Jahren mit einem Zinssatz von 7,75 Prozent und einem Ausgabekurs von 100 Prozent ausgetastet (Zinstermin 1. Juli). Die Zulassung für die Münchener und Frankfurter Börse wird beantragt.

Ein Markt mit neuen Perspektiven

für effiziente Postbearbeitung in allen Unternehmen



1. Internationale Messe für Postausrüstung

parallel zum XIX. Weltpostkongreß
Hamburg, 20.-25. Juni 1984
10-18 Uhr

Information: Hamburg Messe und Congress GmbH, Postfach 30 24 80, 2000 Hamburg 36
Tel.: (0 40) 35 69-1, Telex 2 12 609

Rund 250 Aussteller aus 16 Ländern demonstrieren auf 25.000 qm zukunftsorientierte Technik, neue Technologien und Problemlösungen.

IMPA '84 wendet sich an Entscheidungsträger, Einkäufer und Leiter von Post- und Versandabteilungen aus allen Wirtschafts- und Verwaltungsbereichen.

Angebotsschwerpunkte

- Elektronische Informations- und Kommunikations-systeme
- Technische Einrichtungen für Postämter und Postversandabteilungen in Wirtschaft, Handel und Industrie
- Büroeinrichtungen für Postämter und Postversandabteilungen
- Einrichtungen für Postbankdienste
- Postfahrzeuge
- Consulting und partnerschaftliche Hilfe - besonders für die Länder der Dritten Welt
- Industrielle Gemeinschaftsbeteiligungen aus Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich, Schweden, Ungarn, USA.

● Sonderschau der Deutschen Bundespost mit folgenden Schwerpunkten:
1. Postbankdienste

2. Postpaketdienst u.a. mit Darstellung der Dienstleistungen SAL-Paket Datapost In- und Ausland
3. Briefdienste
4. Automatisches Anschriftenlesen
5. Telebriefstellen
6. Historischer Postschalter
7. Nachluftpostnetz
8. „Sozialamt Post“
9. DETECON-Deutsche Telepost Consulting GmbH
10. Bildschirmtext für alle zum Ausprobieren
11. Salon der Philatelie: 19. - 26. Juni 1984

22 Grundränder des Weltpostvereins stellen postgeschichtliche Dokumentationen und philatelistische Besonderheiten vor. Über 110 Postverwaltungen aus aller Welt haben sich zur „Postämterstadt“ angemeldet; verkaufen Briefmarken und Stempel auch ab.

Kombinationskarte IMPA/Salon der Philatelie: DM 14,-
Einmaliger Besuch IMPA: DM 10,-
Einmaliger Besuch Salon der Philatelie: DM 6,-
Schüler, Auszubildende, Studenten: Ermäßigter Eintritt

Nach längerem Leiden starb am 11. Juni 1984 im Alter von 82 Jahren

Prof. Dr.-Ing. Dr. rer. nat. h. c.

Siegfried Balke

ehem. Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen sowie Bundesminister für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft. Träger des Großkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, des Bayerischen Verdienstordens und zahlreicher weiterer in- und ausländischer Orden und Ehrenzeichen.

Mit Dank und Verehrung
im Namen seiner Freunde

Werner Moritz

Maximilianstraße 27
8000 München 22

Die Beerdigung fand auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille statt.

FINANZANZEIGEN

CITIBANK

Citibank Aktiengesellschaft
ist ein Mitglied der Citicorp-Gruppe

aus unserem Geschäftsbericht 1983

Geschäftsvolumen	DM 5.591 Mio
Bilanzsumme	DM 9.769 Mio
Kreditvolumen	DM 4.136 Mio
Einlagen	DM 3.024 Mio
Eigenkapital	DM 487 Mio

aus dem Geschäfts- bericht der Citicorp 1983

Bilanzsumme	\$ 134.655 Mio
Kredite	\$ 88.471 Mio
Einlagen	\$ 79.794 Mio
Eigenkapital	\$ 5.771 Mio
Gewinn	\$ 860 Mio

einige unserer Dienst- leistungen

Devisenhandel
Wertpapierhandel
leasing
Exportfinanzierung
Citibanking
Merchant Banking
Anlageberatung und
Vermögensverwaltung

über Citicorp weltweit

Aktionäre	56.000
Mitarbeiter	63.700
Geschäftsstellen	2.583
Ländervernetzungen	95

Citibank Aktiengesellschaft

Große Gallusstraße 16, 6000 Frankfurt/Main

Berlin · Düsseldorf · Hamburg · München · Nürnberg · Stuttgart

CITIBANK

ALSEN-BREITENBURG

Zement- und Kalkwerke GmbH · Hamburg

An die Aktionäre der Hemmoor Zement Aktiengesellschaft, Hemmoor

Aufgrund des zwischen der Hemmoor Zement Aktiengesellschaft, Hemmoor, und uns am 28. Juni 1972 abgeschlossenen Unternehmensvertrages (§ 4 Abs. 2) haben wir an die ausstehenden Aktionäre der Hemmoor Zement Aktiengesellschaft gem. § 304 AktG als Ausgleich einen Betrag von DM 12,50 je Hemmoor-Aktie im Nennbetrag von DM 50,- für das Geschäftsjahr 1983 zu zahlen. Die Aktionäre erhalten außerdem von der Zahlsstelle eine Steuergutschrift in Höhe von DM 6,50.

Zahlsstellen und weiteren Einzelheiten teilen wir der Veröffentlichung im Bundesanzeiger Nr. 114 vom 20. Juni 1984 zu entnehmen.

Hamburg, den 19. Juni 1984

DER VORSTAND

I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft in Abwicklung

Frankfurt am Main

Silberbornstraße 14

Wertpapier-Kenn-Nr. 575 907

Einladung

zur ordentlichen Hauptversammlung

am 2. August 1984, 9.30 Uhr, im großen Saal des Hotels Frankfurter Hof, Kaiserplatz, Frankfurt am Main.

(Die vollständige Bekanntmachung erfolgt im Bundesanzeiger Nr. 114 vom 20. Juni 1984)

WASAG-CHEMIE

Aktiengesellschaft
Essen

Wertpapier-Kenn-Nr. 775 700


Für die **WELT** sind rund 17.000 Zeitungsträger
jeden Morgen im Einsatz.

W 5386

Die Beerdigung fand auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille statt.

Für **die WELT** sind rund 17.000 Zeitungsträger
jeden Morgen im Einsatz.

W 5396




mit
Permanent-
Kontakt

Darauf sollen Sie setzen
DAUPHIN
Mod. 1402
unverändl. empf.
Richtpreis DM 863,-
incl. MWST.

Für gesundes
ermüdungsfreies
Sitzen

Kostenloser
Gesamtkatalog und
Händlernachweis durch:

 091 68/17-0
Telefax 624 135

DAUPHIN

Strobelstr. 26/27a +
27b 40179 Düsseldorf 1
021 5581-100 Telefax 624 135

SCHIESS / Mit Roßkur aus der Kurzarbeit

Sozialplan frißt Dividende

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Einen Verlustabschluß auch für 1984 und ein „mindestens ausgeglichenes Ergebnis“ erst für 1985 kündigte die vor allem auf den Bau schwerer Werkzeugmaschinen spezialisierte Düsseldorfer Schiess AG auf der Hauptversammlung ihren Aktionären an (mit 28 Prozent von 18 Mill. DM Aktienkapital: die Allianz Versicherungs-AG). Der 1983er Abschluß brachte zwar der Schiess-Gruppe aus 289 (228) Mill. DM Umsatz, davon 79 (70) Prozent aus dem Export, und 259 (245) Mill. DM Gesamtleistung im laufenden Geschäft einen Gewinn von 4,3 Mill. DM.

Aber zurückgestellte Sozialplankosten von 9,7 Mill. DM für den 1984 durchgeführten Personalabbau um 530 auf noch 1300 Leute drehten den AG-Jahresüberschuß von 1,4 Mill. DM Vorjahresüberschuß (daraus 4 DM Dividende) in 5,4 Mill. DM Verlust, der aus nun noch 7,2 Mill. DM Rücklagen ausgeglichen wurde. Später als andere wurde Schiess von dem nun schon ein halbes Dutzend Jahre währenden konjunkturellen Niedergang im Werkzeugmaschinenbau getroffen. Rund 300 Mill. DM schwere Rußland-Aufträge hatten da die Firma 1982 noch eine positive Entwicklung beschert.

Wiederum mit Schwergewicht bei der Modernisierung des Maschinenparks wurden die Sachinvestitionen 1983 mit 8,5 (10,8) Mill. DM bei 8,4 (7,8) Mill. DM Abschreibungen fortgesetzt. Der ohnehin hohe „auftragsneutrale“ Entwicklungsaufwand wurde um gut 25 Prozent gesteigert. Für einen weiteren Schritt zu neuer Blüte hält der Vorstand „eine noch stärkere Zusammenarbeit“ mit Konkurrenten. So hat man für Großverarbeitungsanlagen eine langfristige (und breite) Kooperation mit der Firma „Liebherr Veranztechnik“ vereinbart.

HEIZUNGSBAU / Branche zu 100 Prozent ausgelastet

Wartung im Vordergrund

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die konjunkturelle Entwicklung in der Bauwirtschaft verläuft sehr unterschiedlich. „Bei unseren Firmen sind Klagen relativ gering“, erklärte Herbert Rudolf, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Heizung Klima Sanitär (BHKS), in Bonn. Er veranschlagt die Auslastung seines Bereichs auf 100 Prozent auch noch für das dritte Quartal. Einige Firmen hätten sogar Schwierigkeiten, geeignete Arbeitskräfte zu finden.

Mit der Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen sind in der Bundesrepublik 1330 Industrieunternehmen mit jeweils mehr als 20 Arbeitnehmern beschäftigt, wovon rund 1000 Firmen im BHKS organisiert sind. Mit 66 505 (1982: 68 174) Beschäftigten im Jahresdurchschnitt wurde 1983 ein Umsatz von 6,94 Mrd. (6,81) Mark erwirtschaftet. Zum Vergleich: Die Handwerksbetriebe dieses Bereichs brachten es mit rund

9500 Betrieben und 109 000 Beschäftigten auf einen Umsatz von 11,1 Milliarden Mark.

Zwar sei auch bei den BHKS-Firmen die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im März um vier Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat gesunken. Rudolf erklärt die „Delle“ vor allem damit, daß wegen des drohenden Arbeitskampfs Arbeiten fortgezogen worden seien. Für Januar und Februar gibt er das Plus mit vier und sieben Prozent an.

Die vergleichsweise günstige Entwicklung hänge damit zusammen, daß die Firmen sich in den letzten Jahren verstärkt auf die Instandhaltung und Wartung geworfen hätten. Der Service sei verstärkt worden. Überdies spiele die Renovierung eine große Rolle. Selbst die öffentliche Hand gehe jetzt wieder dazu über, Anlagen zu erneuern. Der Wirtschaftsbau habe für die BHKS-Firmen ein größeres Gewicht als der Wohnungsbau.

P + S-HV / Verhandlungen mit Maxhütte vor Abschluß

Erneut hohe Verluste

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Stahlwerke Peine-Salzgitter AG (P + S) wird das Geschäftsjahr 1983/84 (30.9.) erneut mit einem hohen Verlust abschließen. P+S-Vorstandschef Kurt Stähler geht zwar davon aus, daß der Fehlbetrag unter dem des Vorjahres (161 Mill. DM) liegen wird. Trotz der Besserungstendenzen, so Stähler vor der Hauptversammlung, müßten aber „immer noch hohe Monatsverluste“ hingenommen werden.

In den ersten acht Monaten des laufenden Geschäftsjahres hat P+S die Rohstahlproduktion um 11 Prozent auf 2,3 Mill. Tonnen gesteigert. Die Krisenmaßnahmen der BG-Kommission von Anfang 1984 haben nach den Worten Stählers zu einem leichten Rückgang der Walzstahlimporte und zu einer Stabilisierung der Preise vor allem bei Flachstahl geführt.

Trotz der zur Zeit noch unbefriedigenden Ertragslage fühlt sich P+S für die Zukunft gewappnet. Stähler und Aufsichtsratschef Ernst Pieper

verweisen auf das laufende Umstrukturierungsprogramm, das bis Ende 1985 Investitionen von 700 Mill. DM erfordert. Mit dem gesamten Programm sei eine deutliche Erhöhung der Produktivität und der Abbau von 3250 Belegschaftsmitgliedern verbunden. Davon werden rund 200 Mitarbeiter bereits im laufenden Jahr ausscheiden, so daß Ende September die Beschäftigtenzahl bei P+S unter 12 000 liegen wird.

Möglichkeiten der Zusammenarbeit prüft P+S derzeit mit der hagerischen Maxhütte, die noch bis Ende Juni eine Feuerverzinkeanlage auf dem Hüttengelände in Salzgitter nutzt. Geplant sei die Schaffung eines Oberflächenveredelungszentrums in Salzgitter, in das auch die Bandbeschichtungs- und Profilieranlage sowie eine neu zu errichtende elektrolitische Bandverzinkeanlage eingebracht werden soll. Die Verhandlungen mit der Maxhütte stünden kurz vor dem Abschluß. Im Walzstahlbereich rechnet Pieper für 1983/84 mit einer Erzeugung von 2,6 Mill. Tonnen.

HENKEL / Familienkonzern mit „vielen gesunden Beinen“ – Glänzende Bilanzstruktur

In der Chemiekonjunktur herrscht noch Aufwind

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Erneut habe sich bestätigt, daß Henkel ein gut diversifiziertes Unternehmen ist, das auf vielen gesunden Beinen steht, solide finanziert ist und auf eine Reihe von Märkten gute Wachstumschancen hat. Helmut Siller, Vorsitzender der Zentralgeschäftsführung in der Düsseldorfer Henkel KGaA, münzt dieses Urteil nicht nur auf das bei diesem 108. Jahrestag der Familienkonzern, dem viertgrößten deutschen Chemieunternehmen, erfolgreich wie überall in der Chemie verlaufene Jahr 1983.

Das neue Jahr verspricht sogar noch besser zu werden. Zwar werde sich das bis Ende Mai 1984 erzielte Weltumsatz-Wachstum von 12 Prozent im vollen Jahr wohl auf etwas weniger als 10 Prozent abschwächen. Seit Juni spüre man zumal im Zuliefergeschäft an der Autoindustrie auch die Streikfolgen. In der großen Sparte Fettchemie mit 17 (16) Prozent 1983er Umsatzanteil müsse man wegen der (vorübergehenden) Hausse bei Kokosöl, dessen Preis derzeit fast viermal so hoch wie im Zehnjahresdurchschnitt bis 1982 liegt und nicht voll auf die Produktpreise abgewälzt werden könne, wohl mit Halbierung des Betriebsergebnisses rechnen. Doch

über die ganze Henkel-Produktpalette hinweg werde 1984 eine weitere Verbesserung des Ergebnisses bringen.

Das konnte sich schon 1983 sehen lassen. Der kaum veränderte Jahresüberschuß des Inlandkonzerns von dem die Eigentümerfamilie mit 9 (8,5) Prozent Dividende auf 300 Mill. DM Grundkapital nur ein Drittel bekommt, ist da kein Maßstab. Denn erstens bleibt im immer noch nicht veröffentlichten Weltabschluß verborgen, welche Gewinnanteile den zahlreichen Auslandsstöckern belassen wurden, die mittlerweile 55 Prozent oder gut die Hälfte mehr als noch vor einem Jahrzehnt zum Weltumsatz beisteuerten.

Zweitens und vor allem nutzte Henkel mit Minderung des EEF-Steueraufwands auf 43,6 (63,1) Mill. DM diesmal besonders kräftig steuer-sparende Thesaurierungsmöglichkeiten. So wurden die Freisteuerungsklagen auf 89 (21) Mill. DM aufgestockt und die Pensionsrückstellungen mit Vollanpassung an die neuen Starbatafeln um 97 (26) auf 663 Mill. DM verstärkt. Um gut die Hälfte ist denn auch der Netto-Cash-flow gestiegen. Er deckte überreichlich die Gesamtinvestitionen, die beim In-

landkonzern ihr bisheriges Maximum erreichten, weltweit mit 386 (371) Mill. DM fortgesetzt wurden und auch 1984 diese Größenordnung behalten sollen.

Einziger weiterer Hinweis zur Weltbilanz: Die Eigenkapitalquote sei bei stattlichen 10 Prozent geblieben („darauf legen wir als Familiengesellschaft größten Wert“), womit sie um gut ein Drittel höher liegt als bei den Weltkonzernen Bayer und Hoechst. Beim Inlandkonzern zeigen nicht nur die 1,38 (1,31) Mrd. DM Eigenkapital mit ihrer Anlagendeckungsquote von unverändert 89 Prozent und ihrem Bilanzanteil von 44,4 (47,2) Prozent eine weiterhin glänzende Bilanzstruktur. Erst recht gilt das für die geringe Effektivverschuldung von 174 (163) Mill. DM, darin nur 10 (12) Mill. DM (langfristige) Bankschulden, die nun den außerordentlich niedrigen Verschuldungsgrad von nur dem 0,4 (0,6)fachen des Netto-Cash-flows ergibt. Das ist seit Beginn der Henkel-Publikität (1971) der beste Wert.

Auf klarem Wachstumskurs sind seit 1983 praktisch alle sieben großen Henkel-Sparten. Bei Wasch- und Pflege-mitteln mit 52 (54) Prozent Umsatzanteil, wo Henkel der größte Inlandsanbieter ist, habe man bei nachlassen-

dem Konkurrenzdruck der markenlosen Billiganbieter Marktanteile daheim zurückgewonnen. Die im wesentlichen der gleichen Produktgruppe zurechenbare „Großverbraucher“-Sparte blieb bei 7 Prozent Umsatzanteil. Unverändert auch mit jeweils 7 Prozent des Weltumsatzes die Sparten Kosmetik und Spezialprodukte sowie mit 19 Prozent die Klebstoff-Sparte, in der Henkel ebenso wie als fettchemischer Verarbeiter von nativen Ölen und Fetten weltgrößter Produzent ist. Anorganische Produkte, deren Anteil auf 10 (9) Prozent stieg, zeigen wie der Gesamtbereich chemischer Zwischenprodukte des Konzerns auch 1984 die deutlichsten Wachstumsimpulse.

Henkel-Gruppe	1983	±%
Umsatz (Mill. DM)	8170	+ 3,8
Auslandsanteil (%)	65	(65)
Belegschaft	32 534	- 3,1
dav. Ausland	15 787	- 2,8
Inlandkonzern		
Umsatz	4455	+ 7,4
Gesamtinvestitionen	311	+ 30,7
Schuldensystemertrag	387	+ 29,5
Netto-Cash-flow	404	+ 54,2
Jahresüberschuß	74	+ 1,3
Ausschüttung	27	+ 3,9

* Davon 4,7 (4,5) Mrd. DM bei Auslandsstöckern.

SPANIEN / Beteiligungserwerb bei der Commerzbank

Die Aktionäre stimmen zu

ROLF GÖRTZ, Madrid

Der erste deutsch-spanische Bankenaustausch, vollzogen von der Commerzbank und Banco Hispano Americano, fand die Zustimmung der Generalversammlung von Banco Hispano Americano ohne Gegenstimme. Nach dem Abkommen übernimmt die Commerzbank 11 Prozent der Aktien der spanischen Bank, das sind 6,43 Mill. Aktien zu 225 Prozent seines Nominalwerts – umgerechnet etwa 134 Mill. DM. Banco Hispano Americano muß für die Übernahme von 7,5 Prozent des Aktienkapitals der Commerzbank 143 Mill. DM aufbringen.

Damit wird die Commerzbank Hauptaktionär des breit gestreuten Aktienkapitals von Banco Hispano Americano, die genau wie die Commerzbank an dritter Position in der nationalen Rangliste liegt. Wie der Vorstandsvorsitzende von Hispano vor den Aktionären erklärte, sei dieser Schritt eine Konsequenz des vor elf Jahren vollzogenen Beitritts

zum Zusammenschluß bedeutender europäischer Banken und ein Schritt in Vorbereitung auf den spanischen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft.

Im vergangenen Jahr erreichte die spanische Bank mit einem Nettogewinn von 11,73 Mrd. Peseten einen Gewinnzuwachs von 18,4 Prozent gegenüber 1982. Dieses Ergebnis entspricht dem allgemeinen Gesundungsprozeß der spanischen Banken nach der Krise, in die das spanische Bankensystem insgesamt in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre geriet. In jener Zeit mußte eine Reihe von Banken, darunter auch bekannte Institute wie Urquijo, aufgeben. Ihre Übernahme durch andere Banken wurde wesentlich von der Bank von Spanien gestützt, eine Operation, die nach der Wahl vom Oktober 1982 auch die Zustimmung der sozialistischen Regierung und ihres Finanzministers Miguel Boyer fand.

BOSCH-TELEKOMMUNIKATION / 5 Mrd. Umsatz

Wachstumstempo nimmt zu

WERNER NETZEL, Stuttgart

Der Markt der Telekommunikation, der im Durchschnitt der letzten Jahre um sechs Prozent jährlich gewachsen ist, wird nach Einschätzung von Kurt Schips, Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH, Stuttgart, in den kommenden Jahren eher noch ein flotteres Wachstumstempo vorlegen. Für die Bosch-Gruppe, die sich bereits seit geraumer Zeit auf jenem Felde betätigt und die in den letzten Jahren mit einigen neuen Engagements von sich reden machte, bildet der Sektor der Telekommunikation neben der Kraftfahrzeugausrüstung ein weiteres starkes Bein.

Immerhin beschäftigt Bosch (einschließlich der Beteiligungsgesellschaften) in dieser Sparte fast 40 000 Mitarbeiter, der Umsatz belief sich (einschließlich der Unterhaltungselektronik) in 1983 auf rund 5 Mrd. DM. So befähigt sich beispielsweise der Geschäftsbereich Fernsehgeräte

mit Sitz in Darmstadt (2000 Beschäftigte) mit der Ausrüstung von Fernsehstudios und Übertragungswagen mit videotecnischen Anlagen.

Bei der Blaupunkt-Werke GmbH, Hildesheim, sind 10 000 Mitarbeiter in Wiedergabe- und Empfangstechnik beschäftigt. Dazu gehören ferner der Geschäftsbereich Elektronik mit Sitz in Berlin (2000 Beschäftigte), die seit Januar dieses Jahres mehrheitlich zu Bosch gehörende frühere AEG-Tochter Telefonbau und Normalzeit (16 600 Mitarbeiter) sowie die ehemalige AEG-Tochter ANT Nachrichtentechnik GmbH, Backnang, die 5600 Beschäftigte zählt. An ihr hält Bosch eine Beteiligung von über 40 Prozent. Darüber hinaus liefert der Bosch-Geschäftsbereich Tefex, Heidelberg, mit seinen 800 Mitarbeitern die Kreiseltechnik zur Stabilisierung der von ANT mit Nachrichtentechnik ausgerüsteten Satelliten.

GERLING-KONZERN ALLGEMEINE / 4,5 Milliarden Mark Konzernprämie – Günstigerer Schadenverlauf

Ergebniswende beim Kompositversicherer

HARALD POSNY, Köln

Konsequente Bestandssanierung und selektive Zeichnungspolitik, die zwangsläufig auch zu freiwillig aufgegebenem Geschäft führen müssen, haben bei der Gerling-Konzern Allgemeine Versicherungs-AG (GKA), einem der führenden deutschen Kompositversicherer mit deutlichen Geschäftsschwerpunkten im Industrie-geschäft und bei kleineren bis mittleren Firmen, 1983 zu einer erstaunlichen Ergebniswende geführt. Nachdem noch im Jahr zuvor das technische Ergebnis einen Verlust von 60,5 (25,1) Mill. DM auswies, fiel der Verlust wieder auf 39,7 Mill. DM (nach Veränderung der Schwankungsrückstellung) zurück.

Dabei wurde aufgrund des günstigeren Schadenverlaufs, vor allem in der Feuer- und Transportversicherung sowie in den Technischen Versicherungen das Ergebnis des von Gerling abgeschlossenen direkten und indirekten Geschäfts um 111 Mill. DM, aus einem Verlust von 84 Mill. DM in einem Überschuß von 27 Mill.

DM verbessert. Auch für den Selbstbehalt ist eine Ergebnisverbesserung erzielt worden: von 52 Mill. DM Verlust auf ein mit 3,4 Mill. Verlust angesichts der Prämien-Größenordnung fast ausgeglichenes Ergebnis.

Das Ergebnis des allgemeinen Geschäfts wurde durch eine spürbare Zunahme der Aufwendungen für Altersversorgung (19,2 nach 3,7 Mill. DM) sowie eine Sonderzuweisung zur Rückstellung für die gesetzliche Beitragsrückerstattung in Kfz-Haftpflichtversicherung von 72,3 auf 57 Mill. DM gedrückt. Trotz erhöhten Steueranforderungen verdoppelte sich der (im Jahr zuvor mehr als halbierte) Jahresüberschuß wieder auf 7,2 (3) Mill. DM, aus dem der Großaktionär, die Holding Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG (GKB) nach einem dividendenlosen Jahr wieder eine 10 Prozent-Ausschüttung erhält. Lediglich die Vorzugs- und die Stammaktien, die sich nicht im Konzernbesitz befinden, waren auch 1982 mit 10 Prozent bedacht worden. Dafür werden diesmal die Rücklagen

nicht dotiert. Das verminderte Brutto-Beitragswachstum resultiert aus sinkenden Prämieinnahmen in der selbst abgeschlossenen Feuer-Beitragsunterbrechungsversicherung, der Kfz-Haftpflicht sowie im Rückversicherungsgeschäft. Deutlich war dagegen das Wachstum im Auslandsversicherungsgeschäft (plus 5,5 nach 15,5 Prozent), so daß das gesamte Auslands-geschäft mit 213 Mill. DM Prämienverlust 12,4 (12) Prozent des Gesamtbeitragsaufkommens ausmacht. Auf der Schadensseite weisen nach Schwankungsrückstellung zwar alle Sparten Verluste aus, sie haben jedoch mit Ausnahme von Hausrat und Unfall ihre Schadenquoten verringert.

Der Gesamt-Konzern, zu dem neben der GKA ein Rechtsschutz-, ein Kredit-, zwei Lebens- und ein Rückversicherer gehören, erreichte im Prämienaufkommen – nur Fremdgeschäft – von 4,48 (4,36) Mrd. DM, davon 1,13 (1,07) Mrd. DM von den Lebensversicherern bei einem Neugeschäft von 3,2 (3,08) Mrd. DM und

einem Bestand von 26,9 (25,7) Mrd. DM. Insgesamt legten die Erstversicherer um 4,2 Prozent zu. Die Kapitalanlagen wuchsen um 10,3 Prozent auf 12,2 Mrd. DM, die Vermögenserträge daraus um 9,5 Prozent auf 984 Mill., die technischen Rückstellungen auf 1,17 (1,08) Mrd. DM.

Gerling Allgemeine	1983	±%
Bruttoprämie (Mill. DM)	1719	+ 2,3
Nettoprämie ¹⁾	841	+ 5,0
Aufw. f. Vers. fälle	944	- 2,9
Verz. techn. Ergebnis ²⁾	- 39,7	(- 60,5)
Kapitalanlagen ³⁾	1101	+ 17,8
Kapitalerträge ⁴⁾	79	+ 8,2

in % d. verd. Beitr.
 Selbstbeh.-Quote (%) 48,9 47,7 48,7
 Schadenquote 77,0 84,1 88,5
 Verw.-Kostenquote 21,9 21,1 21,0
 Rückstellg.-Quote⁵⁾ 125,0 122,2 119,5
 Eigenkapitalquote 20,4 21,6 19,8

¹⁾ Brutto- minus Rückversicherungsbetrag; ²⁾ nach Zahlung von 36,4 (34,4) zur Schwankungsrückstellung; ³⁾ Ab. Depots; ⁴⁾ netto; Durchschnittswert; ⁵⁾ 1,1 (0,9) Prozent; ⁶⁾ verz. techn. Rückstellg.

WEG

Förderabgaben neu orientieren

dos, Hannover

Eine Neuorientierung der Förderabgabepolitik fordert der Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung (WEG). In Hannover erklärte Professor Heino Lübbers, Vorsitzender des WEG, die langfristige Verfügbarkeit von einheimischem Erdöl und Erdgas zumindest auf der Höhe der jetzigen Jahresförderung müsse vorrangiges Ziel sein. Wesentliche Voraussetzung dafür seien eine gezielte Entlastung bei der Förderabgabe und „weitere Anreize“, um den Aufschluß neuer Lagerstätten verstärkt voranzutreiben.

An dem Mehrbedarf an Erdgas und Erdöl im Jahre 1983 war die deutsche Förderindustrie nach den Worten Lübbers angemessen beteiligt. So lag die Erdgasproduktion mit 17,2 Mrd. Kubikmetern um 6,4 Prozent über dem Niveau von 1982. Die installierte Kapazität der deutschen Felder aber sei nur zu gut 80 Prozent ausgelastet gewesen, ein Wert, der sich in den kommenden Jahren eher noch verschlechtern dürfte.

Anzeige

DEKA/DESPA Info Nr. 1

In Zeiten unsicherer Entwicklung des Kapitalmarktes: DEKATRESOR – der Sparkassen-Rentenfonds für den sicherheitsorientierten Anleger.

Verstärkte Anteilpreisentwicklung durch Thesaurierung der Erträge.

Mehr über DEKATRESOR erfahren Sie vom Geldberater der Sparkasse.

Sparkassenfonds
Die hohe Schule der Geldanlage

Importkohle weiter zurückgedrängt

dpa/VWD, Hamburg

Die erwartete Kohle-Renaissance ist in der Bundesrepublik nicht eingetreten, obwohl sich seit 1973 die Preisrelationen zwischen den einzelnen Energieträgern nachhaltig verändert haben. Das geht aus dem Jahresbericht 1983 des Vereins Deutscher Kohlenimporteure, Hamburg, hervor. Der Jahrvollvertrag zwischen dem deutschen Bergbau und den Stromerzeugern, das exklusive Lieferrecht für deutsche Kokssteine an die Stahlindustrie sowie die restriktiven Bedingungen für Importkohle hätten dieser nur die Rolle eines ergänzenden Anbieters gelassen.

Den Grenzübergangspreis für Drittländer-Kokssteine geben die Kohleimporteure im ersten Quartal 1984 mit 133 DM je Tonne Kokssteineinheiten (SKE) an. Damit sei inländische Steinkohle (ab Zeche-Listenpreis) um 90 und schweres Heizöl-Erdgas um bis zu 150 Prozent teurer als Importkohle. Dennoch mußten die Steinkohle- und Kokssteinführen 1983 um 15 Prozent auf 9,8 (11,5) Mill. Tonnen verringert werden.

NAMEN

Armin Zehender (47), Leiter des zum 1. Juli 1983 in Hause Peter Ecks, Nieder-Olm, gegründeten Verkaufsbereichs Gastronomie-Fachhandel wurde per 1. Mai 1984 zum Verkaufsleiter ernannt.

Joachim Adrian Strohmeier ist per 1. April 1984 Mitinhaber und Direktor der Waco, Distributors PTY Ltd., Durban/Süd Afrika, geworden.



Mit uns fahren Sie zum Preis eines Golfs um einige Klassen besser: Mercedes 190 E DM 66,-* (+ 0,49/km)

Wenn Sie gerne Mercedes-Komfort genießen, aber nur den Preis für einen Golf bezahlen möchten, dann rufen Sie jetzt bitte an und reservieren Sie per Ortsgespräch: 0130-33 66.

Unsere Reservierungszentrale stellt Ihnen Ihren 190 E an allen Flughäfen und an allen Stadtbüros bereit. Und zwar für nur DM 66,- (+ 0,49/km) oder DM 175,- (incl. aller km) jeweils für ganze 24 Stunden. Sie können übrigens auch über Ihr persönliches Reisebüro von diesem Angebot Gebrauch machen. Fragen Sie nach dem Tarif 190! (Credit Cards welcome!)

Sixt
Autovermietung

Sixt/Budget Autovermietung GmbH
Seitzstr. 9-11, 8000 München 22
Telefon 089/236 97-1

Budget
rent a car

An allen deutschen Flughäfen und Wirtschaftszentren.
Weltweit 2.500 Stationen.

WMF / Dividende auf zwölf Prozent aufgestockt

Ergebnis stark verbessert

WERNER NEITZEL, Stuttgart
Trotz eines leichten Rückgangs des Gruppenergebnisses um ein Prozent auf 638 Mill. DM verbesserte die Württembergische Metallwarenfabrik AG (WMF), Geislingen, im Geschäftsjahr 1983 ihr Ergebnis deutlich. Der Jahresüberschuss stieg auf 9,0 (0,6) Mill. DM. Aus ihm werden auf das mehrheitlich bei Rheinmetall liegende Kapital jeweils 12 Prozent Dividende für 40 Mill. DM Stamm- und 10 Mill. DM Vorzugsaktien ausgeschüttet (Hauptversammlung am 20. Juli). Für 1982 waren 6 Prozent Dividende nur für die Vorzugsaktien gezahlt worden.

Der Auslandsanteil am Gruppenergebnis ist mit fast 20 Prozent in etwa konstant geblieben. Vom Umsatz der Muttergesellschaft von 564 Mill. DM (minus 3 Prozent) entfielen 30 Prozent auf die Artikelgruppe Besteck-/Geschleife/Glas, 28 Prozent auf das Objektschiff, 25 Prozent auf die Filialen und 17 Prozent auf Kochgeschirre/Haushaltswaren.

Die WMF rechnet es sich als Erfolg an, daß sie entgegen dem Trend im deutschen Fachhandel ihre

Umsätze in diesem Vertriebsbereich um über 5 Prozent ausweiten konnte. Auch bei Bestecken wurde eine Umsatzsteigerung erzielt. Im Geschäftsbereich Geschenke standen sinkenden Umsätzen mit versilberten Tafelgeräten deutliche Umsatzsteigerungen bei Zinn gegenüber. Umsatzsteigerungen gab es durch Sortimentsbereinigungen und Hüttenschließung im Geschäftsbereich Glas. Ein leicht gestiegenes Gesamtvolumen wies der Bereich Kochgeschirre/Haushaltswaren auf.

Vorrats- und Schuldenabbau bewirkten einen Rückgang der Zinsbelastung auf 1,6 (2,9) Prozent vom Umsatz - neben den Wirkungen von Rationalisierungsmaßnahmen und Strukturänderungen ein wesentlicher Faktor bei der Ergebnisverbesserung. Die Investitionen von wiederum 21 Mill. DM lagen in der Größenordnung der Abschreibungen. Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme verbesserte sich auf 39,2 (36,3) Prozent. WMF zählte in der Gruppe am Jahresende 4843 Mitarbeiter (minus 8,3 Prozent).

MANNESMANN DEMAG / Endlich ein Silberstreif

Neue Wege in Hüttentechnik

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

In den ersten fünf Monaten von 1984 sei der Auftragseingang in der Sparte Hüttentechnik der Mannesmann Demag AG mit 456 Mill. DM und mit den üblichen 60 Prozent Exportanteil um 200 Mill. DM höher als vor Jahresfrist ausgefallen. Endlich „ein Silberstreifen am Horizont“, aber noch keine Basis für eine langfristig stabile Verbesserung der Lage, sagt das für diesen rund eine Milliarde Mark umsetzende Demag-Bereich zuständige Vorstandsmitglied Klaus Brückner zum Auftakt der Düsseldorfer METEC-Fachmesse dazu.

Die Besserung ist auch nötig. Seit 1981 mit damals 1,5 Mrd. DM hat sich der Auftragseingang der Demag-Hüttentechnik in den letzten beiden Jahren jeweils halbiert. Die Belegschaft wurde um ein Drittel auf 4000 Leute abgebaut. Dies auch in Anpassung an den langjährigen Trend, daß aus dem Hochlohnland Bundesrepublik immer mehr nur noch Verkauf von En-

gineering und Know-how Weltmarktchancen hat, die heimischen Werkstätten aber auf Hochwertiges mit nur noch etwa einem Viertel (vor zehn Jahren noch Dreiviertel) Anteil am jeweiligen Auftragswert zu konzentrieren seien.

Rund 40 Prozent vom heutigen Hüttentechnik-Geschäftsvolumen mache die Demag schon mit Produkten, die es vor zehn Jahren in der Branche noch nicht gab. Brückner bezeichnet das als Indiz für den auch in der alten Stahlbranche munteren technischen Fortschritt. Doch fast alles vom Neuen zielt auf Investitionen für Modernisierung, Rationalisierung und noch mehr Produktqualität. Nach Demag-Ansicht eine auch deshalb unerlässliche Zielrichtung, weil sich auf Jahre hinaus in der Welt nur wenig Wachstum in der Stahlproduktion einstellen werde. Voranschreiten werde mit Verzicht auf Profil- und kleinere Flachstahlproduktionen bei integrierten Hüttenwerken der Bau kostengünstiger Mini-Stahlwerke.

IVECO MAGIRUS / In der Bundesrepublik wird weiterhin entwickelt und produziert - Kapitalspritze von Fiat

Mit dem Verlustabbau zügig vorangekommen

WERNER NEITZEL, Ulm

Der um Konsolidierung bemühte, zum Fiat-Konzern gehörende Ulmer Nutzfahrzeugbauer Iveco Magirus AG wird auf dem Wege des Verlustabbaus weitergefahren. Nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Bernd Kosegarten liegt das Unternehmen im Verlaufe der ersten fünf Monate dieses Jahres im Ergebnis um gut ein Drittel besser als im Vorjahr, wogegen der Umsatz in diesem Zeitraum mit 580 Mill. DM um 6,5 Prozent unter Vorjahresniveau blieb.

Trotz des arbeitskampfbedingten derzeitigen Produktionsstillstands (der freilich in eine Zeit nach wie vor unzureichender Kapazitätsauslastung fiel) geht Kosegarten davon aus, die Absatz-, Umsatz- und Produktionszahlen des Vorjahres wieder annähernd erreichen zu können. Mit weiteren Einsparungen und Rationalisierungsmaßnahmen, jedoch ohne Crash-Programm mit Entlassungen, will man auf einen weiteren deutlichen Abbau des Verlustes hinarbeiten. Gleichwohl soll der Belegschaftsstand in 1984 im Wege individueller

Vertragsauflösungen um etwa 500 Mitarbeiter abgebaut werden.

Für den Iveco-Verbund gelte auch nach dem kürzlichen Wechsel an der Holding-Spitze von Giorgio Manina zu Giorgio Garuzzo, daß in der Bundesrepublik nicht nur verkauft, sondern weiterhin auch entwickelt und produziert werde. In diesem Zusammenhang verwies Kosegarten auf die dem Ulmer Unternehmen erst unlängst verabreichte weitere Fiat-Kapitalspritze von 115 Mill. DM. Seit 1980 summiert sich die Kapitalzufuhr auf 505 Mill. DM.

Der im Iveco-Verbund erwogene weitere Kapazitätsabbau, der voraussichtlich die französische Iveco-Produktion tangiert, dürfte zu gewissen Produktionsverlagerungen führen, von denen sich auch die Ulmer einiges versprechen. Die Überlegungen zur Neuverteilung des „Kuchens“ laufen noch.

Trotz der schwierigen Markverhältnisse, die von Auftragsflaute und heftigem Preiswettbewerb gekennzeichnet sind, hat Iveco Magirus im Geschäftsjahr 1983 auf der Basis eines strengen Kostenmanagements ei-

nen um fast 43 Prozent auf 108 (189) Mill. DM reduzierten Jahresverlust ausgewiesen. Mit dieser drastischen Verringerung um über 80 Mill. DM habe man - so Kosegarten - die Aufgabe der Gesellschafter erfüllt. Immerhin war der Magirus-Umsatz im Berichtsjahr um 34,1 Prozent auf 1,59 Mrd. DM zurückgegangen, was entsprechend stark auf das Ergebnis drückte.

Da sich insbesondere durch den gravierenden Nachfrageausfall in einigen außereuropäischen Schlüsselmärkten die Exporterlöse nahezu halbierten, stieg der Inlandsanteil am Umsatz wieder auf 45 (30) Prozent. Die Nutzfahrzeug-Produktion war - begleitet von Kurzarbeit und Personalabbau um 25 Prozent auf 7885 Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt) - um 42 Prozent auf 10 410 (17 915) Einheiten zurückgefahren worden. 1980 lag die Produktion noch rund doppelt so hoch. In der Sparte Lkw ab 3 Tonnen ermäßigte sich der Magirus-Marktanteil bei den inländischen Neuzulassungen auf 11,9 (12,6) Prozent.

Den entscheidenden Beitrag zur Ergebnisverbesserung leisteten der

Abbau der Personalkosten um über 180 Mill. DM oder fast ein Drittel, die Halbierung des Zinsaufwandes um rund 70 Mill. DM sowie die Verringerung sonstiger Aufwendungen um 50 Mill. DM. Einschließlich Vortrag wird ein Bilanzverlust von 179,9 (71,8) Mill. DM ausgewiesen, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde. Zum Verlustausgleich kam inzwischen die erwähnte Kapitalzufuhr von 115 Mill. DM.

Investiert wurden im Berichtsjahr 37 (46) Mill. DM und abgeschrieben 51 (58) Mill. DM. Im laufenden Jahr sollen sich die Investitionen auf mindestens 40 Mill. DM belaufen (mit Schwerpunkten in Richtung höherer Flexibilität und Automatisierung), in 1985 sollen sie um ein weiteres Drittel angehoben werden. Weiterer Vorrats- und Schuldenabbau führten zu einer um 283 Mill. auf 1,22 Mrd. DM verkürzten Bilanzsumme. Mit einem Eigenkapital von netto 195 Mill. DM (nach der neuen Kapitalzufuhr) steht die Magirus-Bilanz gegenüber dem Vorjahr (188 Mill. DM Nettogewinn) wesentlich besser strukturiert da.

CITIBANK

Bemühungen um Mittelstand

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Citibank AG, Frankfurt, ist mit dem Geschäftsjahr 1983 nicht zufrieden, obwohl sie das glänzende Ergebnis des Vorjahres nicht wiederholen konnte. Zwar steigerte sie ihren Zinsüberschuss bei nochmals verbesserter Marge auf 109,5 (85) Mill. DM (inklusive Beteiligungserträge) und deckte damit 131 (114) Prozent ihres Verwaltungsaufwandes ab, im Dienstleistungsbereich fielen die Erträge jedoch mit 36,3 Mill. DM um knapp 54 Mill. DM niedriger aus als im Vorjahr.

Dieser Rückgang stammt, wie die Citibank-Vorstände bei der Vorlage des Geschäftsberichts erläuterten, vor allem aus dem kommerziellen Disvisengeschäft. Im Klartext: Die Citibank mußte für viele ihrer exportorientierten Kunden Devisentermingeschäfte über den Jahreswechsel hin ausmachen. Die daraus noch zu realisierenden Gewinne werden erst in diesem Jahr fällig und verbucht.

Weiter gestiegen sind im nicht zinsabhängigen Geschäft die Erträge aus dem Zahlungsverkehr und dem Auslandsgeschäft; nach Ausschüttung an die stille Gesellschafterin Citibank Overseas Investment Corp. von gut 28 (48,8) Mill. DM bleiben 8,5 (20) Mill. DM Jahresüberschuss, die der Alleinaktionärin ausgeschüttet werden sollen. Die haftenden Eigenmittel machen 12,9 (12,6) Prozent der auf 3,8 Mrd. DM gesunkenen Bilanzsumme aus, das Geschäftsvolumen wuchs um 9,4 Prozent auf 5,6 Mrd. DM.

Wachstumsspielräume sieht die Citibank vor allem im Bemühen um mittelständische Firmenkunden. Vor diesem Hintergrund ist die Eröffnung einer Filiale in Nürnberg im April dieses Jahres zu sehen, den bisher 17 Standorten sollen weitere folgen. Da bei stehen Dienstleistungen für international orientierte Unternehmen im Vordergrund. In diese Richtung zielt auch die Forcierung des Investment Banking und des Elektronischen Bankgeschäfts (Citibanking), das inzwischen 70 deutsche Kunden intensiv nutzen. Trotz der zur Zeit auch bei der Citibank nur schwachen Kreditnachfrage - im vergangenen Jahr war das Kreditvolumen mit plus 3,8 Prozent auf 4,1 Mrd. DM bei 21 (16) Prozent Auslandsanteil nur verhalten gewachsen - rechnet die Citibank mit einem „befriedigenden“ Ergebnis.

Holzbau mit Problemen

dos.Hannover

Im Zimmerer- und Holzbauwesen beehren sich nach dem relativ günstigen Geschäftsverlauf im Jahre 1983 die Sorgen. Anlässlich des Deutschen Holzbautages, der zusammen mit der Fachausstellung „Holzbau + Ausbau '84“ vom 21. bis zum 24. Juni in Hannover stattfindet, wiesen Sprecher des Bundes Deutscher Zimmermeister auf den Rückgang der Auftragsengänge seit dem Jahreswechsel hin. Der durchschnittliche Auftragsbestand liege mit weniger als acht Wochen gut ein Drittel unter dem betriebswirtschaftlich notwendigen Soll von drei Monaten.

Rund 60 Prozent der insgesamt 17 835 Zimmerer-, Ingenieurholzbau- und Fertighaubeitriebe in der Bundesrepublik hätten bei einer Umfrage ihre derzeitige Geschäftslage als unbefriedigend beurteilt; sie rechneten in den nächsten sechs Monaten mit einer weiteren Verschlechterung. Die Zahl der Beschäftigten (Mitte 1983: 74 617) habe sich seit 1982 um etwa 10 Prozent verringert. Beklagt wird das „unauskömmliche Preisniveau“.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Gratisaktien bei Herlitz

Berlin (th) - Die Herlitz AG, Berlin, führender Hersteller von Lernmitteln und Büroartikeln, gibt Gratisaktien aus. Der Hauptversammlung am 31. August in Berlin wird vorgeschlagen, das Kapital aus Gesellschaftsmitteln im Verhältnis 4:1 von 80 auf 100 Mill. DM mit Dividendenberechtigung ab 1. 1. 1984 aufzustocken. Das teilte die Gesellschaft mit. Der Umsatz im Konzern ist nach diesen Angaben in den ersten fünf Monaten 1984 um 30 Prozent gestiegen. Der Gewinn hat sich in diesem Zeitraum aufgrund der auch im Ausland wieder gut angelaufenen Geschäfte verdoppelt.

Kapitalerhöhung geplant

Hannover (VWD) - Die Magdeburger Feuerversicherungs-AG, die mehrheitlich zur Schweizer Rückgruppe gehört, schlägt der Hauptversammlung am 24. Juli 1984 eine Erhöhung des Grundkapitals um 12 Mill. auf 42 Mill. DM vor, wobei die neuen 50-DM-Aktien ab 1. Oktober 1984 gewinnberechtigt sein sollen. Den Aktionären sollen auf fünf alte Aktien

zwei neue Aktien zum Ausgabebetrag von je 71 DM zum Bezug angeboten werden. Für 1983 wird ein Bilanzgewinn von 7,67 (3,11) Mill. DM ausgewiesen und die Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 7,60 DM je vollgezahlte Stammaktie vorgeschlagen. Ferner soll im Zusammenhang mit der beabsichtigten Kapitalerhöhung über eine Zusatzausschüttung von 10,75 DM je vollgezahlte Stammaktie entschieden werden.

Ertrag hielt nicht Schritt

München (sz) - Getragen von der Konjunkturbelebungen in der Textilindustrie erzielte die Spinnerei Neuhoof AG, Hof, 1983 ein Umsatzplus von 8,5 (5,6) Prozent auf 56,5 Mill. DM. Nicht Schritt halten konnte damit der Ertrag, der durch starke Rohstoffverteuerungen und höheren Personalaufwand belastet wurde. Der Jahresüberschuss verminderte sich 0,31 (0,6) Mill. DM. Ausschüttet wurde aus dem Bilanzgewinn von fast unverändert 0,3 Mill. DM wieder eine Dividende von 48 DM je 400-DM-Aktie auf 2,4

Mill. DM Grundkapital. Der derzeitige Auftragsbestand sichert nach Angaben des Unternehmens die Vollbeschäftigung für die nächsten Monate.

Herbert Stabrin 75

Bonn (DW) - Am 21. Juni vollendet Herbert Stabrin, Mitinhaber und Geschäftsführender Gesellschafter der „Stonsdorfer“, W. Koerner & Co. und einer der Senioren der deutschen Spirituosen-Industrie das 75. Lebensjahr. Zusammen mit seinem Bruder Otto hat er nach dem 2. Weltkrieg die „Echt Stonsdorfer“ - Kräuterspirtuose aus Stonsdorf, im schlesischen Riesengebirge, erhalten. Seinen endgültigen Sitz fand das Unternehmen 1957 im schleswig-holsteinischen Nordertsd-Stonsdorf.

Iduna-Kennzahlen

Bonn (DW) - Durch ein technisches Versehen erschien in der Tabelle der Iduna-Versicherungen am 18. Juni die Zeile Colonia Versicherungen. Die Zahlen weisen allerdings richtig die Geschäftsdaten der Iduna aus. Wir bitten um Entschuldigung.

Ihr Vorteil: Sie sichern Ihren Vorsprung im Markt. Wir finanzieren Ihre Investitionen. mietfinanz®



Wer heute seinen Vorsprung im Markt sichern will, muß nicht nur den Markt genau kennen, sondern auch innovativ handeln. Und das bedeutet Planung und Investitionen. Mietfinanzieren Sie. Denn nur an den Produkten verdienen Sie. Nicht an den Produktionsmitteln.

Die mietfinanz hat das Knowhow in Investitionsfinanzierung. Wir finanzieren Ihre Maschinen, Anlagen, Einrichtungen usw. Sie zahlen nicht für die Produktionsmittel, sondern nur für deren Nutzung. Ihr Eigenkapital kann inzwischen anderweitig von Ihnen eingesetzt werden.

mietfinanz. Unserer Erfahrung, unserer Wissen, unserer Finanzkraft und unserer Flexibilität können Sie vertrauen. Wir finanzieren Investitionen in Deutschland und in der ganzen Welt. Unsere Erfahrung ist die Summe unserer Beratung. In allen wichtigen Branchen. Seit 1962.

Vertrauen in einen starken Partner.

mietfinanz®



mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 101338, Telefon (0208) 31031, Telex 856755

FUSSBALL / Heute ab 20.30 Uhr fällt die Entscheidung in der Gruppe der deutschen Mannschaft

Müllers Lob für kleinen Alain Giresse

MARTIN HÄGELE, Lyon. Die Vergangenheit hat ihn höchst selten ein. Die Erinnerung an seine größten Tage, „Wissen Sie“, meint Dieter Müller (30), „acht Jahre sind eine lange Zeit, erst recht im Fußball.“ Damals in Belgien. Nach 79 Minuten führt Jugoslawien 2:1. Dann zieht Müller den Trainingsanzug aus, geht auf den Platz, macht das 2:2, und in der Verlängerung erledigt er die Jugoslawen vollends im Alleingang: 1:2. Auch im Finale gegen den neuen Europameister trifft er. Und als er im Sommer 1976 wieder nach Hause kommt, zum 1. FC Köln, gilt der junge Karl als internationaler Star.

Den Ruhm auf Vorschuss hat der sensible Mensch und Mittelstürmer Dieter Müller nie endgültig einlösen können. Zwölf Spiele, neun Tore, schlußendlich unter die Karrieren nach dem 2:3 gegen Österreich im argentinischen Cordoba. Aber daß er jetzt die Kassetten mit seinen schönsten Stunden ins Videogerät schiebt, daß er ist mit den Jahren viel zu nüchtern geworden. Müller (lächelnd): „Das ist vergessen.“

Und daß er mit vier Treffern in 161 Minuten wohl noch einige Zeit als schnellster Schütze in der Chronik der Europameisterschaft geführt wird, daß ihn wohl nur Michel Platini als erfolgreichster Torschützer eines WM-Turniers ablösen wird, „auch dann kein Gedanke“. Die Spiele hat er sich beim Urlaub in Spanien, daheim bei der Mutter in der Nähe von Offenbach und als Gast im Fernsehstudio des WDR angesehen. Nachmal Held auf der Matte, gleichzeitig Frankreich-Spezialist, aber wie gesagt, all das löst beim Mittelstürmer des französischen Meisters Giresse Bordeaux weder Nostalgie noch andere Gefühle aus.

Der Profi Müller freut sich für seine Kollegen aus Bordeaux, vor allem für Patrick Battiston, Bernard Lacombe und Alain Giresse. Mit diesen drei verbindet ihn mehr als nur der gemeinsame Arbeitsplatz. „Wir vier gehen viel zusammen essen, auch mit den Familien. Sie haben mir geholfen, mich in einem fremden Land zurechtzufinden.“ Zum Fachlichen: Mit dem schnellen Battiston könne in keiner Abwehr etwas anbrennen, lobt Müller, und gewiß würde Freund Patrick auch in der Bundesliga für Euro-sorgen. Als Libero wie im Klub seinen Battistons Stärken noch mehr zum Vorschein. Müller: „Der Patrick hat nur eine einzige Schwäche, das Kopfballspiel. Aber dafür kann er nichts – das ist aus seinem Unfall mit Toni Schumacher übriggeblieben.“

Als die Rede auf den kleinen Alain Giresse kommt, hebt sich Müllers Stimme. Alain sei der beste Fußballspieler, mit dem er jemals zusammen gespielt hat. Er bewundere dessen phantastische Schnelligkeit, erzählt Müller. „Jeder will gegen den Alain doch treten, aber noch keiner hat ihn getroffen.“ Und Tigana?

„Unser fleißigster Mann“, so Müller. „Nur ein bißchen verrückt. Er bereitet zwanzig Tore vor, er selbst erzielt höchstens eins pro Saison.“ Und obwohl Tigana ein international anerkannter Klammerspieler sei, habe er in Bordeaux manchmal wegen seiner Hautfarbe zu leiden.

Auch der Deutsche muß immer wieder mal gegen Ressentiments ankämpfen. Deshalb empfindet er besonderes Verständnis für den schwarzen Tigana, deshalb fühlt er auch mit dem Schicksal Hansi Müllers, mit dem er ein Jahr beim VfB Stuttgart zusammen gespielt hat, mit. Er habe sich mit seinem Namensvetter nie gut verstanden, schränkt Müller ein, „aber trotzdem ist der Hansi jetzt ein ganz armer Hund. Er hätte niemals Jupp Derwall einen Korb geben dürfen. So blöd ist die Öffentlichkeit nicht. Denn der Hansi hat ja dem Bundestrainer sehr, sehr viel zu verdanken.“

Ob die Franzosen Europameister würden? „Sie fürchten, die Deutschen besitzen im entscheidenden Moment einfach mehr Selbstvertrauen.“

Rumänien spricht von „unerhörter Faszination“

sid/dpa, Nantes. In den Trainingsquartieren vor den Toren von Nantes knistert es. Sowohl bei den Portugiesen als auch bei den Rumänen spricht man die Spannung vor dem letzten Gruppenspiel beider Mannschaften heute im „Stade de la Beaujoire“ in Nantes. In der Zeit zwischen 20.30 und 22.15 Uhr laufen die Drähte nach Paris heiß, wo zur gleichen Zeit Deutschland und Spanien aufeinander treffen. „Spannender geht es nicht“, lautet der einstimmige Kommentar von Fernando Cabrita und Mircea Lucescu, den beiden Trainern der Rivalen von Nantes.

Für Cabrita, den 62 Jahre alten Chef des portugiesischen Trainerstabes, ist die derzeitige Situation, in der alle vier Teams der Gruppe zwei noch aus eigener Kraft ins Halbfinale gelangen können, „in erster Linie eine ungeheure Nervenbelastung“. Rumänien Coach Mircea Lucescu dagegen gewinnt der ganzen Sache etwas Positives ab. Der 38 Jahre alte frühere

Die Mannschaftsaufstellung

Nummer 1 Schumacher (30 Jahre/50 Länderspiele/1. FC Köln)			
4 B. Förster (28/32/Stuttgart)	5 K.H. Förster (25/60/Stuttgart)	15 Stielike (29/40/Madrid)	2 Briegel (28/52/K'laumen)
13 Matthäus (23/25/Gladbach)	10 Meier (25/13/Bremen)	7 Brehme (23/7/K'laumen)	6 Alofs (27/31/Köln)
11 Rummenigge (28/71/München)		9 Völler (24/17/Bremen)	
Spanien: 1 Arconada (29/59) – 4 Maceda (27/20) – 2 Urquiza (26/11), 5 Goicoechea (27/20), 3 Camacho (29/50) – 3 Victor (21/22), 14 Julio Alberto (25/7), 10 Gallego (29/14), 6 Gordillo (28/51) – 9 Santillana (31/50), 11 Carrasco (25/23). – Schiedsrichter: Vojtech Christov (CSSR).			

Uli Stielike erwartet offensive und harte Spanier Bernd Förster spielt trotz eines Nasenbeinbruchs

ULRICH DOST, Paris. Eigentlich wollte Jupp Derwall erst heute die Mannschaftsaufstellung für das letzte Gruppenspiel bei der Endrunde der Europameisterschaft in Paris gegen Spanien (20.30 Uhr) benennen. Aber bereits gestern nach dem Training gab es keinen Zweifel mehr darüber, daß die Mannschaft beginnt, die auch gegen Rumänien zuerst aufgeflogen ist. Derwall: „Das heißt, daß Karl-Heinz und Bernd Förster wieder gesund sind, und daß die Reizung von Karl-Heinz Rummenigge im Knie auch nicht so schlimm ist.“ Nicht mit-trainiert hat Torwart Harald Schumacher, der mit Mannschaftsarzt Heinrich Heß ins Krankenhaus gefahren war. Doch die Sache ist nicht so schlimm. Schumacher hat sich wund gelaufen und wird jetzt mit Salben behandelt. DFB-Präsident Hermann Neuberg: „Keine Frage: Der Toni ist heute dabei.“

Karl-Heinz Förster sprang gestern so hoch nach Kopfballen, als habe es die zwei Schläge gegen seinen Ober-schenkel im Spiel gegen die Rumä-nen nie gegeben. Förster: „Es war im Nachhinein richtig, daß ich mich ha-

be auswechseln lassen. Die Hitze hier in Paris ist zudem gut für meine Muskulatur.“ Sein Bruder Bernd brachte einen Nasenbruch mit aus Lens. Doch auch er wird wieder dabei sein, weil die Nasenscheidewand nicht be-schädigt ist, und er demzufolge keine Beschwerden beim Atmen verspürt. Bernd Förster glaubt, daß er noch etwas gut zu machen hat: „Ich habe bestimmt schon bessere Länderspie-le als hier gemacht.“

Jupp Derwall erwartet heute abend im Prinzenpark-Stadion eine spani-sche Mannschaft, die stark auf Offen-sive ausgerichtet ist. „Sie dürfen sich nicht verstecken, wenn sie weiter-kommen wollen.“ Bislang, so meinte Spanien-Kenner Uli Stielike, hätte sich der heutige Gegner sehr auf sei-ne Abwehr-Künste verlassen, weil es an starken Stürmern mangelte.

Seit sieben Jahren spielt der Libero der deutschen Nationalmannschaft schon in Spanien bei Real Madrid, dreimal wurde er bislang spanischer Meister. Die Tatsache, daß er heute gegen Kollegen antritt, mit denen er sonst gemeinsam in der Liga zu tun hat, bereitet ihm kein großes Kopfzer-

● Bernd Försters Nase ist kaputt, sein Bruder Karl-Heinz zieht es in der Oberschenkel-muskulatur, Rummenigges Knie schmerzt, Torwart Schumacher hat sich wund gelaufen. Den-noch: Heute spielt die deut-sche Mannschaft gegen Spani-en, die gegen Rumänien auf Feld lief. Jupp Derwall: Parole: „Unbedingt im Halbfinale den Franzosen aus dem Wege ge-hen. Wir brauchen einen Sieg. Ich will während unseres Spiels auch gar nicht wissen, wie es zur gleichen Zeit bei Portugal gegen Rumänien steht.“

brechen. „Ich kann das sehr gut tren-nen. Ein Aufeinandertreffen mit den Spaniern kostet mich keine allzu große Überwindung. Ich kämpfe voll für die Farben, die ich im jeweiligen Spiel trage – an den Rest denke ich lieber nicht.“ Er kann es sich erlau-ben, so zu reden, obwohl er sein Geld in Spanien verdient, für Deutschland aber den Titel holen soll.

Uli Stielike besitzt in Spanien ein-en guten Namen für einen Spieler, der aus dem Ausland kommt. Er wird respektiert, weil es um ihn keine Skandale gibt, weil er ein Kämpfer ist. Er sagt: „Wenn man in Spanien sein Geld verdient, heißt das für mich, daß ich Land und Leute zu achten habe. Dann gibt es auch keine Probleme.“

Bei der Weltmeisterschaft 1982 in Spanien mußte Uli Stielike mit der deutschen Mannschaft schon einmal gegen die Spanier spielen. Am 2. Juli siegte damals das deutsche Team mit 2:1 im Bernabeu-Stadion von Madrid in der zweiten Finalrunde. Stielike erinnert sich nicht so gerne an dieses Spiel, denn er verlor ein Kopfball-duell mit Zamora und ermöglichte

● Entscheidung in der Gruppe 2. Wer ins Halbfinale der Euro-pameisterschaft einzieht, kann nach den drei unentschie-denen Spielen auch ein Pro-blem werden, das mit dem Re-chenschieber gelöst werden muß. Es gibt fünf theoretische Möglichkeiten, bei denen so-gar das Los über die Plätze eins, zwei und drei entschei-den müßte. Und: Die deutsche Mannschaft könnte sogar bei einer Niederlage gegen Spani-en doch noch in die Vor-schlussrunde kommen. Für Spannung ist gesorgt.

damit den Spaniern den Anschluß-traffer.

Für heute erwartet der Spieler von Real Madrid eine spanische Mann-schaft, die ziemlich hart einsteigen wird. Stielike: „Wir müssen dann mit harter Spielweise dagegen halten, so-wie es der Schiedsrichter erlaubt.“ Die Spanier werden mit Andoni Goi-coechea (Atlético Bilbao) einen Spie-ler in ihren Reihen haben, der in der spanischen Liga nicht spielen darf, weil er vom Verband gesperrt ist. Goi-coechea hat in einem Meisterschafts-spiel Diego Maradona (FC Barcelona) so schwer verletzt, daß dieser operiert werden und mehrere Wochen pau-sieren mußte. Zuvor war Bernd Schu-macher sein Opfer, der deshalb nicht mit zur WM nach Spanien fahren konnte. Uli Stielike über den harten Spanier (Goicoechea): „Ich bin ein gewöhnli-cher Mensch, kein Tier, wie jemand mal geschrieben hat.“ „Es ist eine moralische Frage, ob man diesen Spieler bei einem Turnier bringt, während er im eigenen Land gesperrt ist.“ Uli Stielike erwartet, daß Goi-coechea heute Vorstöße spielen und auf Rudi Völler treffen wird.

HEUTE

● Gruppe 2: Letzter Spieltag mit Deutschland - Spanien in Paris und Portugal - Rumänien in Nantes. Beide Spiele beginnen um 20.30 Uhr.

● Im Fernsehen: Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) überträgt das Spiel der deutschen Mannschaft ab 20.15 Uhr original, Reporter ist Rolf Kramer. Anschließend ab 22.30 Uhr folgen Ausschnitte aus dem Spiel in Nantes, Reporter ist Günter-Peter Ploeg.

● Die Situation: Deutschland zieht bei einem Sieg als Gruppenerster ins Halbfinale ein und spielt dann am Sonntag in Lyon gegen den Zweiten der Gruppe 1. Das ist die einfachste und klarste Aussage, die vor den letzten Spielen der Gruppe 2 gemacht werden kann. Die bisherigen drei Un-entschieden in dieser Gruppe machen aber sogar Entscheidungen durch das Los möglich. Bei Punktgleichheit zwis-chen zwei oder mehreren Mann-schaften entscheidet zuerst die Tor-differenz, ist sie gleich, die mehr er-zielten Treffer. Sind auch sie gleich, entscheidet der direkte Vergleich zwis-chen den punktgleichen Mann-schaften. Ist dieser Spiel aber Unent-schieden ausgefallen, wird gelost. Und so gibt es denn fünf Möglichkei-ten, bei denen das Los entscheiden könnte:

● 1. Deutschland - Spanien 1:1 und Portugal - Rumänien 2:1. Deutschland und Portugal sind mit je 3:2 Toren und 4:2 Punkten gemeinsam Tabellener-ster, der direkte Vergleich endete 0:0. Also entscheidet das Los, wer gegen den Zweiten der Gruppe 1 spielt.

● 2. Deutschland - Spanien 0:1, Portu-gal - Rumänien 2:1. Deutschland ist ausgeschieden, Spanien und Portugal mit 3:2/2 Punkten gemeinsam. Direkter Vergleich 1:1 – das Los entscheidet über die Platzierung.

● 3. Deutschland - Spanien 0:1, Rumä-nien - Portugal 1:1. Deutschland mit 4:2 Punkten Gruppenerster. Spanien und Portugal mit 3:3/3 Punkten und tor-gleich. Direkter Vergleich 1:1, das Los entscheidet über die Plätze zwei und drei.

● 4. Deutschland - Spanien 1:1, Rumä-nien - Portugal 1:0. Deutschland mit 4:2 Punkten Gruppenerster. Spanien und Rumänien mit 3:3/3 Punkten und tor-gleich. Direkter Vergleich 1:1, das Los entscheidet über die Plätze zwei und drei.

● 5. Deutschland - Spanien 0:1, Rumä-nien - Portugal 1:1. Spanien mit 4:2 Punkten Erster. Deutschland und Portu-gal mit 2:2/3 Punkten, direktes Ergeb-nis 0:0. Das Los entscheidet über Platz zwei.

● Falls Niederlage kommt die deut-sche Mannschaft zum Beispiel so als Gruppensieger ins Halbfinale: Deutschland - Spanien 1:2, Rumänien - Portugal 1:0. Spanien mit 4:2 Punkten Erster. Deutschland und Rumänien mit 3:3/3 Punkten gemeinsam auf Platz zwei. Direktes Ergebnis 2:1 für Deutschland, das damit qualifiziert ist.

● Tabelle, Gruppe 2

Deutschland - Rumänien	2:1
Portugal - Spanien	1:1
Deutschland - Portugal	0:0
Spanien - Rumänien	1:1

1. Deutschland 2 2 0 2 3 3:1
2. Spanien 2 0 2 0 2 2:2
3. Portugal 2 0 2 0 1 1:2
4. Rumänien 2 0 1 1 1 1:3

● Mannschaften: Portugal: 1 Bento (35/48) – 10 Lima Pereira (31/12), 9 Pinto (22/9), 11 Furico (28/29), 17 Alvaro (20/7) – 7 Carlos Manuel (26/20), 14 Faria (28/10), 15 Pucheco (25/11), 12 Sousa (27/10), 4 Chalanca (25/25) – 3 Jor-dao (31/36) – Rumänien: 1 Lung (27/21) – 3 Stefanescu (33/53) – 2 Rednic (21/28), 6 Iorgulescu (38/28), 4 Ungureanu (37/28) – 5 Ticleanu (25/28) oder 18 Dragulescu (19/21), 10 Bălin (30/15), 7 Cornu (25/15), 9 Klein (24/30) – 9 Camaruta (24/30), 17 Zare (25/25) oder 19 Gabor (23/24). – Schiedsrichter: Heinz Fahner (Österreich). Die vor-aussichtlichen Aufstellungen des deut-schen Spiels steh am Kopf der Seite.

Weltmeister Wülbeck, der Verzicht auf Olympia und die Suche nach neuen Zielen

Die Nachricht kam vor sechs Wo-chen: Willi Wülbeck leide an ei-ner Entzündung der Achillessehne, möglicherweise müsse der Welt-meister über 800 Meter die Olympi-schen Spiele abschreiben. Damals sagte Franz-Josef Kemper, der ehemalige 800-m-Europarekordler: „Bei seinem Potential kann er auch einen meh-rwöchigen Trainingsrückstand wieder aufholen.“ Heute sagt Willi Wülbeck: „Auch das allerbeste Potential ist mal erschöpft. Ich ziehe jetzt voll ins Kal-kül, daß es nichts mehr wird.“

Im Klartext: Wülbeck (29), zehn Mal deutscher Meister über 800 Me-ter, Weltmeister und fünfschüler Läufer aller Zeiten auf dieser Strecke, wird bei den Olympischen Spielen in Los Angeles nicht an den Start gehen. Auch nicht bei den deutschen Meis-terchaften am Wochenende in Düs-seldorf. Nachdem er dafür nicht ge-meldet hat, haben sie ihm Ehrenkar-ten ins Haus geschickt. So, wie man es eben mit Altkidern tut.

Wülbeck sagt: „Ich kann mich doch nicht von Leuten schlagen las-sen, deren Namen ich noch nicht ein-mal kenne.“ Ein bißchen Stolz habe er schließlich auch, und letztendlich rampioniere so etwas das Markenzei-chen Wülbeck. Dazu wäre es unwei-genig gekommen, behauptet er. Den Grund dafür skizziert Wülbeck im Te-telegramm: „Im März schon eine Achil-liessehnenreizung, links. Dann eine Zeitlang keine Probleme und deutlich verbessertes Trainingsver-halten. Auf einmal eine Entzündung im Knie, auch links. Kaum Training, dadurch Zeitdruck wegen des nahe-nden Saisonbeginns und schließlich deshalb verbissener Eifer. Das Resultat: volle Beschwerden.“

Da hat er eben voll ins Kalkül zie-hen müssen, daß es nichts mehr wird mit Olympia, mit den Meisterschaften in Düsseldorf, mit der ganzen Saison. Sicher habe er an die schönen großen

Sportfeste gedacht, die nach Los An-geles stattfinden, an Zürich, an Ko-blenz, an Köln. „Aber da läuft einem ja die Zeit für die Vorbereitung weg. Im Nu ist der Sommer vorbei. Das hat keinen Sinn mehr“, sagt er.

Und im nächsten Jahr? Da seien ja die Verträge, die die Lauferei notwen-dig machen, einerseits. Andererseits, was seien diese Verträge schließlich noch wert, wenn er hinterherlaufe. Ein zwar existierender, aber nicht im Stadionrund aktiv werdender Willi Wülbeck sei hingegen immerhin noch der Weltmeister Willi Wülbeck. Was bliebe, wäre ein Bild aus der Vergan-genheit, ohne die zu bedrückenden Re-tuschen der Gegenwart.

Noch mal anfangen mit der Trai-ningsplackerei im nächsten Winter? „Wenn, dann aber nicht nur wegen

STANDPUNKT

der Verträge“, sagt er. Doch dann kommt er noch einmal auf seinen jet-zigen Zustand zurück. „Auch das al-terbeste Potential ist mal erschöpft.“ Und schließlich: „Vielleicht sollte ich statt dessen lieber zwei, drei Jahre im Ausland leben. Vielleicht wieder in Griechenland. Ich war mal ein Jahr lang in Athen, als ich 16, 17 Jahre alt war. Da habe ich eine Menge für mich mitgenommen. Das sollte ich eigent-lich wieder tun. Denn ob ich nun von Oberhausen nach Köln umziehe, ist ein-ei-nig. Was bei einem wie Willi Wülbeck auch als Parabel zu verstehen ist: Ob er noch einmal über 800 Meter antritt oder nicht, das ist im Grunde nicht mehr wesentlich.“

Dieses Feld ist abgesteckt. Willi Wülbeck ist längst auf der Suche nach neuen Feldern.

KLAUS BLUME

Köppel – ein Assistent mausert sich

Die Journalisten gehen gerne zu ihm. Nicht etwa, weil er eine Plaudertasche wäre und womöglich Geheimnisse herausplaudert. Nein, Horst Köppel, der Assistent von Bun-destrainer Jupp Derwall, übt eine ganz andere Rolle aus. Bei ihm holt man sich die Bestätigung für das, was man mit eigenen Augen gesehen hat, vom Bundestrainer aber anders. Wenn Karl-Heinz Rummenigge schlecht spielt, dann redet Horst Köppel nicht lange um den heißen Brei herum. Und wenn Lothar Matthäus ein gutes Spiel gemacht hat, dann wird er auch in der entspre-chenden Form dafür gelobt.

„Jeder nimmt die Farbe seiner Um-welt an“, sagt ein altes chinesisches Sprichwort. Auf Horst Köppel trifft das nicht zu, er hat seine eigene Far-be. Die Spieler zu schenken, sie in Watte zu packen und die anderen für-dumm zu verkaufen, so meint der Assistent von Jupp Derwall, „das bringt doch nichts“. Viele glauben, Köppel sei der heimliche Bundestrainer, weil er die offene Sprache liebt und keine Angst vor groben Namen hat. Horst Köppel: „Das ist doch so: Wenn man nicht durchgreift, ist man schnell Zweiter. Auf Machtkämpfe mit einem Starspieler darf man sich erst gar nicht einlassen. Da hole ich ihn lieber früher vom Platz.“

In Bielefeld, als er in der vorletzten Saison noch einen Bundesligaklub trainierte, hat er es nicht anders ge-halten, wenn er Spieler wie Pagels-dorf oder Liene einfach nicht auf-stellte. Er hat es ihnen sogar erklärt – ob die Einsicht kam, war dann nicht mehr sein Problem.

Die harte Masche von Rinus Mi-chels, bei dem er drei Jahre beim 1. FC Köln Assistent war, hat er nicht übernommen. Michels damals zu sei-nem Assistenten: „Man muß die Num-mer elf runterholen.“ Damit war mei-stens Klaus Allofs gemeint, der bei dem Holländer Rinus Michels dar-über fast das Fußballspielen verliern-



Loyalität ist ihm Verpflichtung: Derwalls Assistent Horst Köppel.

FOTO: TURKOPRESS

te. Köppel: „Nicht alle waren mit Ri-nus Michels einverstanden, aber ich habe viel bei ihm gelernt. Wenn er etwas durchsetzen wollte, dann hat er es auch gemacht.“

Horst Köppel – der heimliche Bun-destrainer? Das klingt so, als wenn da einer im Hintergrund die Fäden zieht, als wenn einer den Drahtzieher spielt, der Marionetten nach seiner Vorstel-lung in Bewegung bringen kann, ob-ne daß der andere weiß, warum sie sich bewegen. So ist Horst Köppel bestimmt nicht.

Loyalität ist für ihn kein leerer Be-griff. Die übt er ständig zu seinem Chef, ihn will er nicht demontieren, sondern ihn will er aufbauen. Er tritt ihm zur Seite, wann immer es geht.

Horst Köppel: „Es stimmt einfach nicht, daß sich der Bundestrainer kei-ne Gedanken über Taktik macht. Wir sprechen lange darüber, was in der Bundesliga so gespielt wird. Der Vor-wurf mit der Taktik stimmt einfach nicht.“

Horst Köppel – in Zukunft Bundes-trainer? Derzeit kann sich der frühere Bundesligaspieler des VfB Stuttgart und von Borussia Mönchengladbach nicht vorstellen, in dieser Position zu arbeiten. Das Gerade um einen vor-zeitigen Abschied von Derwall ist selbstverständlich auch an seine Oh-ren gedrungen. Er sagt zu diesem Thema: „Ich kann mir gut vorstellen, unter Erich Ribbeck zu arbeiten.“ Er selbst zeigt damit auf, daß er noch einige Zeit in der Rolle des Assisten-ten bleiben will. Vielleicht steckt auch etwas Angst dahinter, sich mit so jungen Jahren schon dem Druck der Öffentlichkeit preiszugeben. Horst Köppel ist erst 36 Jahre alt und erlebt das Drama um den Bundestrainer seit einem Jahr hautnah mit Horst Köppel: „Es ist schlimm, was der Bundestrainer zur Zeit alles ein-stecken muß. Für alles wird er verant-wortlich gemacht.“ Und er hat sich seine Gedanken gemacht, ob er so gute Nehmerqualitäten besitzen wie sein Chef. „Ich bin ein anderer Typ als Jupp Derwall, vielleicht sensibler. Auf jeden Fall leide ich jetzt schon mit ihm, ich weiß nicht, wie es wäre, wenn ich an seiner Stelle wäre.“

1970 hat der inzwischen verstorbene Hennes Weisweiler den Spieler Horst Köppel mit nach Mexiko zur Fußball-Weltmeisterschaft zu einer Informationsreise mitgenommen. Schon damals war der große Trainer Hennes Weisweiler von dem jungen Horst Köppel begeistert. „Den kann ich mal zu meinem Assistenten.“ Für Weisweiler ist es leider nie dazu ge-kommen, Jupp Derwall aber darf sich glücklich schätzen, daß Köppel nicht den Dolch im Gewand trägt.

ULRICH DOST

LEICHTATHLETIK

Konkurrenz für Moses

sid, Los Angeles. „Und so steht es geschrieben: Mo-ses Gold 84“, stand auf den T-Shirts der Fans im Coliseum von Los An-geles. Das wird wohl eintreffen, doch die Konkurrenz im eigenen Lande wird immer stärker. In 47,76 Sekun-den wies Edwin Moses über 400 m Hürden im Finale der amerikani-schen Olympia-Ausscheidungen den Ansturm der Jugend noch einmal ab, doch der 18jährige Danny Harries (48,11) und der bisher wenig bekann-te 21jährige Tranel Hawkins (48,28) blie-ben bis zuletzt auf Tuchfühlung.

Sie beendeten damit die Medallien-hoffnungen von André Phillips (48,62) und Tony Rambo, der im Halb-finale hinter Moses (Jahresweltbest-zeit: 47,57) und Harries (Junioren-Weltrekord: 48,02) in 48,16 noch be-ster Dritter aller Zeiten war. Harries bestreitet seine erste Saison auf der langen Hürdenstrecke. Hawkins, wie Moses aus Dayton (US-Bundesstaat Ohio) stammend, ist 1,96 m groß, die Hürden scheint er zu überlaufen und nicht zu überspringen. Der deutsche Europameister Harald Schmid wird es gegen sie schwer haben.

Über 100 m der Frauen siegte Eve-lyn Ashford in 11,18 Sek., zog sich aber eine Unterschenkelzerrung zu. Carl Lewis sprang 8,39 m weit.

SPORT-NACHRICHTEN

Rekord-Ergebnisse

Düsseldorf (sid) - Rekordergeb-nisse schon vor den 84. Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften am Wochenende in Düsseldorf: 1976 Sportler haben gemeldet.

Agular: Kein Einsatz?

Oppau (dpa) - Noch nicht einsatz-fähig ist der deutsche Kunstturner an den Ringen, Andreas Agular (Hannover). Agular hatte am 30. März zum zweiten Mal das Kniehieb ge-brochen. Wenn er den Test am 2. und 4. Juli nicht besteht, wird Wolfgang Wagner (Amberg) nach Los Angeles reisen.

Lobron ungefährdet

Bad Neuenahr (Nea) - Durch einen Sieg über den Koblenzer Volker Schlick baute Großmeister Eric Lo-bron (Wiesbaden/Solingen) in der 6. Runde der Deutschen Schachmeis-terchaft in Bad Neuenahr seinen Vorsprung aus. Er führt jetzt mit 5,5 Punkten vor Raupp (Zähringen), Bückler (Nordwalde) und Schulz (Ko-blenz) mit je 4 Punkten. Großmeister Pachman (remis gegen Hartmann) liegt mit 2,5 Punkten im unteren Mit-telfeld.

Kohde schlug Bunge

Eastbourne (sid) - Claudia Kohde (Saarbrücken) gewann in der ersten Runde des mit 175 000 Dollar dotier-ten Tennisturniers von Eastbourne (England) gegen Bettina Bunge mit

GALOPP

Kein Start für Lagunas

K GÖNTZSCHE, Gelsenkirchen

Zu den wenigen hochdotierten Kurzstreckenrennen des deut-schen Turfs zählt der Ostermann-Pokal (Europa-Gruppe II, 80 000 Mark, 47 000 Mark dem Sieger, 1200 m), der am Donnerstag um 16.35 Uhr auf der Galopprennbahn in Gelsen-kirchen gestartet wird. Neun Pferde-treter an, darunter aus England der Hengst Kircher (Jockey Brian Tay-lor) und der Schwede Thak King (Ole Larsen). Interessanter deutscher Starter ist Tobelo aus dem Gestüt Führoff mit Andreas Tylicki. Sein Trainer Heinz Jentzsch versuchte mit ihm am 6. Mai in Frankfurt einen Start über 2000 m, diese Distanz war für den talentierten Hengst offensicht-lich zu weit. Weitere Starter mit Chancen: Dür Star (Patrick Gilson) und Garrick (Peter Remmert).

34 Pferde sind nach dem letzten Streckenrennen im 115. Deutschen Derby am 1. Juli in Hamburg noch startberechtigt. Überraschend kam nur die Streichung von Utamaro.

Im Otto-Schmidt-Rennen am Samstag in Hamburg gehen zehn Pferde an den Start. Von den ernst-haftesten Derby-Aspiranten ist erneut keiner dabei, auch Lagunas wurde gestrichen, sein Start im Derby scheint aber sicher.

Aus für Rolf Gehring

Bristol (sid) - Rolf Gehring (Am-berg) ist beim mit 100 000 Dollar do-tierten Tennis-Grand-Prix-Turnier in Bristol (England) in der ersten Runde ausgeschieden. Er unterlag David Mustard (Neuseeland) mit 6:7, 2:6.

ZAHLEN

VOLLEYBALL

Länderspiel der Damen in Schweinfurt: Deutschland - Südkorea 2:3 (3:15, 11:15, 15:11, 15:9, 10:12).

TENNIS

Damensturnier in Eastbourne (175 000 Dollar), erste Runde: Kohde - Bunge (beide Deutschland) 7:6, 6:1; Platak (USA) - Hanika (Deutschland) 6:3, 1:6, 6:3; Burgin (USA) - Pfaff (Deutschland) 6:3, 6:3; Navratilova - Kiyomura (beide USA) 6:2, 6:4. – Grand-Prix-Turnier in Bristol (100 000 Dollar), erste Runde: Mustard (Neu-seeland) - Gehring (Deutschland) 7:6, 6:2.

GEWINNZAHLEN

Letzte: Klasse 1: 831 787,80, 2: 127 059,20, 3: 10 535,40; 150,20, 5: 10,20. – Toto, Elfterweiter: Klasse 1: 10 231,60, 2: 640,50, 3: 62,90. – Auswahlwette: 4: 31 092,30, 3: 1392,30, 4: 34,00, 5: 4,00. – Ramschwand: Rennen A: Klasse 1: 281,50, 2: 66,90. – Rennen B: Klasse 1: 309,70, 2: 32,50. – Kombinationsgewinn: umsetzt, Jackpot: 3 696 757,90. (Ohne Gewähr)

heute in 100

Wörtlich und verbal

Was ist ein Verb? Der Duden meint: Zeitwort, Tätigkeitswort. Und er fügt noch einige Zusammensetzungen bis hin zur Verbalinjurie an. Das Lateinwörterbuch teilt uns nur mit, daß „verbum“ Wort oder Ausdruck bedeute.

Der Besitz solcher Nachschlagewerke scheint allerdings im Schwinden begriffen zu sein. Diesen Verdacht legt der modische Gebrauch aller möglichen Ableitungen von „Verb“ nahe. Daß sich Soziologen nicht auszudrücken vermögen und statt dessen ihre Klammernisse „verbalisieren“, daran haben wir uns gewöhnt. Aber was sollen wir davon halten, wenn ein Musikerkollege im WDR bittet, „ohne jeden Verbalcommentar das Werk einfach zu hören“? Oder wie sollen wir verstehen, wenn uns der dickleibige Katalog zu der Wiener Ausstellung über die österreichische Photographie versichert: „Dagegen kann sich ein Begleittext nicht im verbalen Nachvollzug der ausgestellten Bilder erschöpfen“?

Es wäre schön, schrieb vor längerer Zeit einmal ein Kritiker zu einem Buch, wenn dieses wichtige Werk aus dem Soziologischen ins Deutsche übertragen würde. Bei den beiden Beispielen – und vielen ähnlichen – wäre das nicht ohne unwillkürliche Komik möglich. Oder sehen wir das zu eng? Sind wir Verbalisten (nach dem Duden jemand, der sich zu sehr ans Wort klammert)?

„Endstation Sehnsucht“

Wenn eine große Dame strauchelt

Blanche du Bois aus einem Haus der Südstaatensaristokratie besucht ihre Schwester Stella, die in New Orleans den Arbeiter Stanley geheiratet hat. Blanche ist perplex über die arme Wohnung und den rauhen Ton und reißt die Augen auf, als Stanley mit drei Kameraden pokert und stüft und wütend über Blanches Sticheleien, plötzlich seine Stella verprügelt. So beginnt „Endstation Sehnsucht“ von Tennessee Williams, diesem in Frankfurt.

Es stellt sich heraus, daß die Herren du Bois das Gut verschuldet hinterlassen und Blanche das Gut nicht halten konnte. Stanley hält sie für eine Betrügerin und fängt an, sich zu erkundigen. Und zum Entsetzen seiner Stella packt er dann aus: Blanche hat es mit Soldaten der dortigen Kaserne getrieben, verlor ihre Stelle als College-Professorin wegen ihres Verhältnisses mit einem Schüler und landete in einer verrufenen Absteige. Seine Wut rührt daher, daß Blanche seine raube, animalische, aber trotzdem absolut glückliche Ehe zu zerstören beginnt. Die muß er retten.

Blanche führt noch die Sprache ihres Hauses, ist noch eine du Bois, glaubt noch, die alten Freunde zu haben, und verheddert sich immer mehr in zerstörerische Illusionen. Zu ihrem Geburtstag schenkt Stanley ihr in wohlüberlegter Grausamkeit eine Rückfahrkarte, seine entsetzte Stella, die schwanger ist, wird plötzlich von Wehen geschüttelt und muß in die Klinik. Stan kommt zurück und schnappt sich die schon halb irre Blanche, und danach ist ihre Zerrüttung vollständig. Sie wird vom Arzt abgeholt und ins Irrenhaus geführt. Stans und Stellas Ehe ist gerettet.

Schon an diesen paar Stichworten sieht man, wie die Rollen in dieser Massenkarabole vor der Endstation gespielt werden. Stanley weiß, was er ist und was er will und muß, und das macht Heinrich Giskes rau und herzlich, roh und geschickt. Stella, die den Habitus ihrer Herkunft in dem rasenden Glück mit diesem Kerl längst vergessen hat, wird von Almut Zilcher ganz tapfer dargestellt.

Aber Susanne Barthals Blanche ist eine Katastrophe, und das ist nicht ihre, sondern des Regisseurs Adolf Dresen Schuld. Sie spielt die Blanche so, wie eine Kleinbürgerin sich eine große Dame vorstellt, nämlich mit entlarvender Vornehmheit. Und damit macht sich Blanche selber lächerlich. Statt daß sie eine echte Dame gespielt hätte, die allein durch ihre Echtheit in diesem Milieu unpassend erschienen wäre. Und wenn nun jemand den Einwand der College-Direktion wiederholt, eine moralische so untragbare Person sei keine Dame mehr, dann irrt er sich entsetzlich. Diese Dame hatte Lebensluster, Glücksstrahlung, und es gab nichts Besseres mehr für sie, und das versinken die Schiff und das Talmigücker haben sie neugierig gemacht, und das ist das Recht aus der herrlichsten Dame. Williams nennt sie dämonisch, aber das ist nicht nötig. Wenn sie lügt, sagt sie dazu, sie stelle die Wahrheit so dar, wie sie sein sollte, also lüge sie nicht. Kein kleiner Mann bekäme so einen Satz über die Lippen.

Diese Figur muß also völlig neu aufgebaut werden. Das Publikum hat dennoch geschrien vor Begeisterung. Kein Wunder, das Parkett sitzt in Deutschland sowieso voller Kleinbürger. RUDOLPH KRÄMER-BADONI

Die „DDR“ und die Wahrheit der Literatur

Die Zensur geht ihren Gang

Zu den vielen öffentlichen Geheimnissen – hierzulande gehört auch dies: daß es eigentlich keine Literaturkritik gibt, nur ideologische Zensuren für künstlerische Produkte aller Gattungen. Dieser Satz steht in einem Brief, den Günter Kunert, damals noch ansässig in der „DDR“, im Sommer 1978 an die Redaktion des „Sonntag“ schrieb, der Zeitschrift des Kulturbundes in Ost-Berlin. Anlaß war eine vernichtende Kritik des Buches „Es geht seinen Gang oder Mühen in unsrer Ebene“ von Erich Loest, die der Literaturprofessor Werner Neubert verfaßt hatte. Gleich nachdem anderen Kollegen, die ebenfalls protestiert hatten, blieb Kunert ohne Bescheid.

„Hierzulande“ auf der anderen Seite der Grenze durch Deutschland, wo inzwischen beide – Günter Kunert wie Erich Loest – ihr Domicil aufgeschlagen haben, vermutete man schon lange einiges über die Strategie der „DDR“-Zensurbehörden: ihr ideologischer Greifpunkt ließ sich bestimmen. Aber ihre exakten Methoden, das Funktionieren des zensurischen Räderwerks durch die Instanzen, kann man erst jetzt bis ins Detail verfolgen dank einer Dokumentation, die Loest in der Edition Deutschland Archiv veröffentlicht hat. Er nennt seinen Bericht „Der vierte Zensor“.

So ist die Ausgangslage: Loest hat sich und seine Familie nach der Haftentlassung mit dem Schreiben von Kriminalromanen unter Pseudonym einigermaßen über Wasser gehalten. Als Ulbrichts Nachfolger Erich Honecker in den frühen 70er Jahren ein kulturpolitisches Tauwetter einzuleiten scheint, macht sich der Schriftsteller an einen prekären Stoff: Er schildert das Leben des Ingenieurs Wolfgang Wülff, der keinen sozialistischen Kugelzug hat, der keine Verantwortung und schon gar keine Macht übernehmen will und der somit nicht in das öffentlich propagierte Bild des schaffensfrohen neuen Menschen unter dem Zeichen von Hammer und Sichel paßt.

Loest schickt 1974 mehrere Kapitel an den Mitteldeutschen Verlag in Halle, mit dem er als Autor schon lange zusammenarbeitet. Monatlang keine Antwort. Was ist geschehen? Was ist mit dem vermeintlichen Vertrag? Loest fragt sich: „War es vielleicht doch nicht so weit her mit der Versicherung Honeckers, daß es keine Tabus geben solle...?“

Auf jeden Fall, das wird ihm klar, sitzt in Halle jetzt eine Zensur gegen ihn. Sie bildet die zweite Stufe nach der inneren Selbstzensur jedes Schriftstellers in der „DDR“, der sich fragen muß, ob das, was er schreibt, unter den herrschenden Verhältnissen überhaupt Aussicht auf Drucklegung hat. Loest hat Honeckers Versprechen wörtlich genommen, aber die Verhältnisse sind wieder härter geworden.

Vor allem wirft man ihm vor, er habe den Einsatz der Volkspolizei mit Schieferhunden und Wasserwerfern gegen eine Demonstration von Beatles-Anhängern auf dem Leipziger Leuschnerplatz unangemessen verzerrt. Das ist der springende Punkt im Roman selbst und in den ablehnenden Bescheiden: Wolfgang Wülff, von einem Hund der Staatsmacht gebissen, verwindet nie das Erlebnis – und die Hölle der Ideologie sagen, daß aus dem Einzelfall kein

Paradigma gemacht werden dürfe; zum negativen Vorfall gehöre unbedingt die übergreifende positive Gegenfigur.

Die zu erinnern und in den Roman einzubauen, lehnt Loest ab. Er verhält sich aber auch nicht stur. In manchen erbitterten Sitzungen mit Lektor Hottas und Verlagsleiter Günther schließt er Kompromisse: Er streicht hier eine Passage und glättet dort eine andere, damit die Hallenser Buchmacher von ihrer vorgesetzten Behörde das Imprimatur erlangen. Sie schaffen es schließlich gemeinsam, der Roman „Es geht seinen Gang“ erscheint in einer Erstauflage von 12 000 Exemplaren, die sofort vergriffen sind.

Mittlerweile hat Loest jedoch seine Führer in die Bundesrepublik ausgereicht. Die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart bringt 3000 Exemplare – in Halle gedruckt, aber auf besserem Exportpapier – für westdeutsche Leser heraus. Und daran entzündet sich der Streit, der zum „Sterben seines Romans in der DDR“ führt, wie Loest registriert.

In der „DDR“ nämlich hat die Geschichte des Ingenieurs Wolfgang Wülff ungeheures Aufsehen erregt. Das Geschehen am Leuschnerplatz wird besonders für die Jugendlichen zum Symbol von Unterdrückung und Freiheitsverweigerung. Ihr Jubel für die „Old Kings Combo“, der im Roman unter den Wasserwerfern der Polizei ertrinkt, dauert in der Realität an. Loest kann sich vor Einladungen zu Lesungen kaum retten.

Dann schlägt der geheimnisvolle „vierte Zensor“ zu. Das flüchtige Tauwetter hat sich Ende 1978 so weit abgekühlt, daß der „dritte Zensor“, also nach der inneren Ebene und nach der Verlagebene der Regierungsverwaltung mit dem allmächtigen Klaus Hocke an der Spitze einer unbekannten Instanz den Schwarzen Peter zuspielt. „Der vierte Zensor“ hat seinen Sitz in der allmächtigen Partei. Steckt Erich H. selbst dahinter oder einer seiner überprüften persönlichen Referenten?

Loest erfährt es nie, er weiß nur dies: Die zweite Auflage seines Romans „Es geht seinen Gang oder Mühen in unsrer Ebene“, für die allein aus dem „DDR“-Sortiment ohne die Großbezieher Buchhaus und Volksarmee 96 000 Vorbestellungen vorliegen, wird nach unendlichen politischen Querelen auf eine „Schmauf-lage“ von 10 000 Stück im provinziellen Greifenverlag limitiert. Er hat sich geweigert, an der mit behördlicher Genehmigung gedruckten Erstausgabe (die schwer genug errungen wurde) noch einmal Änderungen vorzunehmen. Hätte er es getan, wäre er sich angesichts der in Westdeutschland verbreiteten Fassung und vor seinem ohnehin schon strapazierten Gewissen selbst untergeordnet.

Erich Loest hat widerstanden. Er hat nach sieben Jahren Zuchthaus weitergekämpft. Seine Dokumentation reicht über seinen eigenen Fall hinaus; er berührt ebenso Wolfgang Heidzueck, Günther de Bruyn, Stefan Heym, Christa Wolf und viele andere Schriftsteller in der „DDR“. Loest hat ganz unpräzisiert ihre gemeinsamen Apfrien formuliert.

ALFRED STARKMANN

Erich Loest, „Der vierte Zensor“, Edition Deutschland Archiv im Verlag Wissenschaft und Politik, Köln, 96 S., 14,90 Mark

Das Festival „Musik auf Schloß Kirchheim“

Mozartklang, ganz neu

Besonders steif ging es bei dem Festival „Musik auf Schloß Kirchheim“ noch nie zu: die Garderobe ist leger, selbst die Künstler treten schon mal im offenen Hemd auf, gepflegt wird nicht nur die hehre Kunst, sondern zwischen durch auch mal Salon- oder Volksmusik.

Ins Leben gerufen wurde dieses vielleicht lebenswerteste aller Musik-Festivals vor über zwanzig Jahren wegen des Cedernsals im Kirchheimer Schloß, dessen architektonische wie akustische Qualitäten gleichermaßen überragend sind. Nachzuprüfen war das etwa beim Konzert des Collegium Aureum, das schon seit Jahren zu den Stammgästen des Festivals zählt und das diesmal mit einem reinen Mozart-Programm zu hören war. Das Ensemble verzichtete trotz sinfonischer Besetzung nicht nur auf einen Dirigenten – die Koordination übernimmt der Konzertmeister Franz Josef Maier –, es musiziert auch mit alten Instrumenten. Und die vermitteln eine ganz erstaunliche Klangführung: Wenn Mozarts Fagott- und Klarinettenkonzert nämlich auf dem viel leiseren Instrumentarium von damals gespielt wird, entsteht eine völlig andere, viel ausgewogenere Klanggewichtung zwischen Solist und Orchester. Der Solist ist nicht der herausragende Star, sondern integrierter Bestandteil des Gesamtklangs.

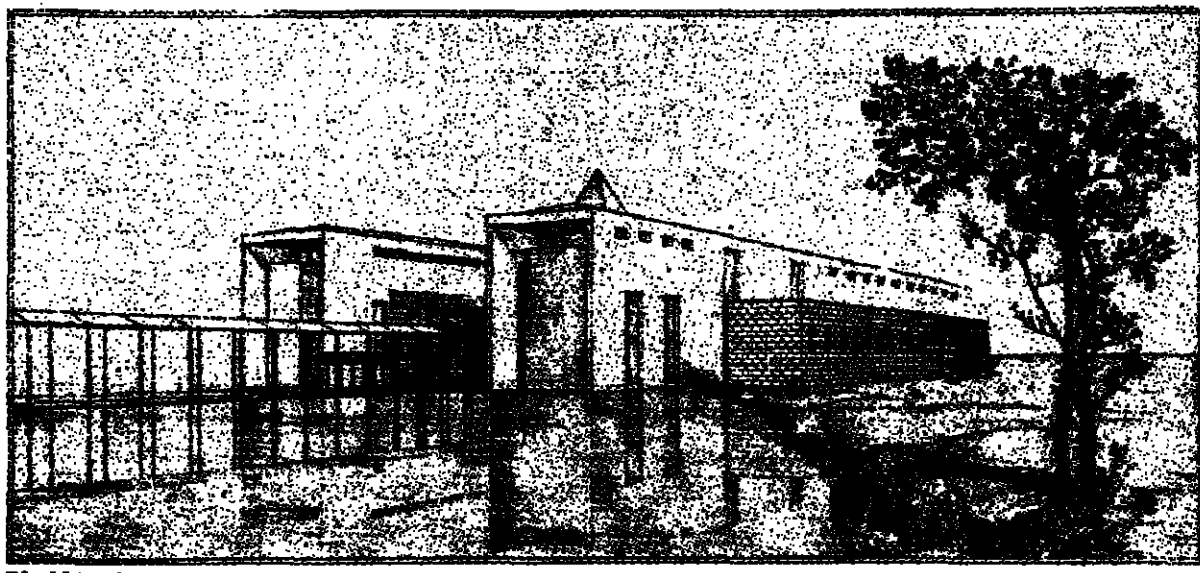
Zu erfahren war in Kirchheim freilich nicht nur etwas über ein neues, viel zauberischeres und zarteres Mozart-Klangbild, sondern auch über perfekten Vokalklang. Der nämlich

ist, wie beim Konzert mit italienischen und englischen Madrigalen nachzuhören war, nicht etwa abhängig von einer möglichst großen Ähnlichkeit der Stimmen – die klingen beim englischen Vokaleinsatz wie „The Consort of Musicke“ ganz verschieden. Aber wenn sie zusammenhängen: das ist reiner Wohlklang, da verschmelzen die Stimmen zu einem einzigen Instrument.

Ganz anders, wenn auch nicht weniger perfekt und sicherlich ebenso lehrreich, die Festival-Eröffnung: Dessie Wilkinson (Flute), Frankie Gavin (Fiddle) und Liam O'Flaoin (Dulciana) erklärten Bedeutung und Spielweise ihrer Instrumente in der irischen Folk-Musik. Die bestaunenswerte Akrobatik, mit der sie ihren Erklärungen instrumentale Beispiele folgen ließen, machte jedenfalls vergessen, daß ein Konzertsaal wohl doch nicht die ideale Umgebung für diese Art von Musik ist.

Ein gedecktes Caféhausstichchen steht auf dem Podium, befrachtet, ernst dreinblickende Musiker nehmen Platz das „Salomorchester Coelln“ pflü, geigte und trommelte die Salomusik unserer Urgroßväter. Die Welt von zu Recht vergessenen Werken wurde beschworen, die Welt der großen musikalischen Gesten, hinter denen nicht viel steckt. Das aber taten die Köhner Musiker mit so viel augenzwinkerndem Charme, daß über der allseits aufkeimenden Fröhlichkeit die dürftige musikalische Substanz dieser Werken schon nicht mehr ins Gewicht fiel.

STEPHAN HOFFMANN



Die klare Sprache des Rationalismus mit den traditionellen Elementen römischer Architektur vermischt: Paolo Costanzos Entwurf für das Staatsarchiv in Lattina

Das Italienische Kulturinstitut Köln stellt „Junge römische Architekten“ vor

Rückkehr zum Handwerk des Bauens

Wie schwierig es für einen Architekten in einer so bewegten Übergangszeit der Architektur ist, einen eigenständigen Ausdruck zu finden, zeigt die Ausstellung „Junge römische Architekten“ im Italienischen Kulturinstitut in Köln. 45 Zeichnungen und Modelle geben Aufschluß über das Architekturverständnis dieser jungen Architekten aus Rom, die in der Tradition ihres Lehrmeisters Ludovico Quaroni stehen.

Quaroni, Lehrer und Praktiker in Rom, vermischt die klare Sprache des Rationalismus, den Gebrauch von geometrischen Formen, Symmetrien und Rhythmen, mit den traditionellen Elementen seiner Umwelt. Die geistige Grundlage ist so alt wie die Architekturtheorie selbst. Schon Vitruv (8 v. Chr.) stellt in seinem Werk „De architectura“ die Baukunst als rationale Wissenschaft dar. In Verbindung mit der italienischen Kultur und dem Handwerk zeigt sie sich so als eine warme und menschliche Architektur, was in den Entwürfen von Bauernhöfen sichtbar wird, die Quaroni mit Mario Ridolfi baute.

Diese Erfahrungen, die Quaroni in seinen Büchern, Vorträgen und mit seinen Bauten vermittelt, werden von den jungen Architekten aufgenommen.

Auch der Entwurf für ein Museum des Territorio Etnico in Zafferano von Giuseppe Arcidiacono geht von der südlichen Tradition aus. Hier wird ein Museumsbau terrassenartig in den Gemeindegewässern einbezogen, um so eine Verbindung der natürlichen Landschaft mit der kulturellen herzustellen. Die Konfrontation mit der Tradition läßt eine besondere Beziehung zum „genius loci“ erkennen. Im städtebaulichen Entwurf für Corigliano Scalo hat Arcidiacono ebenfalls die Gegebenheiten auf neue Wei-

se zusammen: städtische Plätze und öffentliche Gebäude, Wohngebiete und Grünflächen. „Nicht die Applikation der Architektur mit historischen Versatzstücken zeichnet die Arbeiten aus, sondern die Einbindung in den historischen Zusammenhang, in den geschichtlichen Ort selbst“, meint Oswald Matthias Ungers in seinem Katalog-Vorwort zu diesen doch eher bescheiden Projekten, die vom sozialen Wohnungsbau bis hin zu städtebaulichen Entwürfen die Strenge des Rationalismus verfolgen. Sie beziehen sich auf das Wesentliche mit unterschiedlicher Sensibilität für die Tradition.

Vieles bleibt fragmentarisch – läßt Raum für Weiterentwicklung, wie der Umbau eines Landhauses zu einem archaischen Antiquarium und die Umgestaltung des angrenzenden Parks, basierend auf der Idee der Zweideutigkeit der faszinierenden Ruine der Appia.

Trotz aller Unvollkommenheit können diese Arbeiten als Nachfolger des erschöpften malerischen Stils der jetzigen Architektur angesehen werden. Das verleiht ihnen ihre Eigenständigkeit (bis 18. Juli; Katalog 10 Mark). ELKE WUTHE

Mit dem Computer auf Mr. Blooms Spuren: Joyce-Symposium in Frankfurt

Ulysses wird fortan ganz anders sein

Literaturwissenschaftler, die sich dem Berufes halber oder auch nur aus Neugier mit James Joyce abgeben, sind so rührig und eitel wie alle anderen Forscher, dann aber auch auf eigenartige Weise unakademisch: sie gehen nicht ganz ohne Ironie über ihren Meister und über ihr eigenes Tun. Das gibt den Joyce-Tagungen, die alle zwei Jahre im Juni stattfinden, ihr besonderes Gepräge.

Diesmal versammelten sich die Joyceaner – es müssen um die 300 gewesen sein – in Frankfurt, erstmals in einer Stadt, die im Leben des Autors selbst keine Rolle gespielt hat, doch dann der Ort geworden ist, wo fast das gesamte Werk von Joyce in einer ansehnlichen, sorgfältigen Edition mit neuen Übersetzungen möglich geworden ist. Die Stadt Frankfurt und vor allem ihre Universität erwiesen sich der Aufgabe, das neuere Symposium durchzuführen, gewachsen. Unter der fachkundigen und diskreten Regie von Professor Klaus Reichert, dem eine Gruppe Anglistik-Studenten zur Seite stand, wurde ein umfangreiches Programm mit meistens drei gleichzeitig stattfindenden Veranstaltungen abgewickelt. Teilnehmer kamen nicht nur aus allen umliegenden Ländern, sondern von weither, selbst aus dem Libanon oder aus Korea.

Joyce-Symposien sind nie einem bestimmten Thema gewidmet, gleichwohl lassen sich gewisse Tendenzen ablesen. Diesmal war es die Hinwen-

dung zu Theorie, zu Sprache und zu den seltsamen Vorgängen des Erzählens. Unverkennbar ist das wachsende Interesse an Joyceans letztem Werk, einer immer noch kaum assimilierbaren Provokation, genannt „Finnegans Wake“, an der herzunutzen immer mehr Ähnlichkeit zeigt mit all dem, was auch abstrakten Denkern unserer Zeit zu schaffen macht. Als Tagungs-Neuerung haben sich die „Living Book Reviews“ bewährt, worin sich die Autoren neuer Studien in mündlichen Rezensionen ihren kritischen Kollegen stellen.

Da Joyce wesentlich mitgeholfen hat, über sein aus Worten wiederentstandenes, fast nostalgisch ammutendes Dublin hinaus auf die Stadt an sich literarisch zu bewältigen, war es sinnvoll, daß eine so moderne Großstadt wie Frankfurt den Anlaß mit einem geräuschigen Empfang abschloß. Wolfgang Hildesheimer sprach mit Wärme und Einsicht über das „Jüdische an Mr. Bloom“, dies selbstverständlich an dem Tag, der nach Leopold Bloom, dem unscheinbaren Odysseus unseres Jahrhunderts, benannt ist.

FRITZ SENN

Eine Goldader der Komik? – Der Film „Dr. Detroit“ mit Dan Aykroyd

Vier Zuckerpuppen für den Professor

Amerikas Filmemacher scheinen völlig überzeugt davon zu sein, in Dan Aykroyd eine neue Goldader der komischen Urgewalt entdeckt zu haben, einen jungen Mann, so scheu und schüchtern wie Buster Keaton, so beflissen und sportlich wie Harald Lloyd, so unverwundlich wie Jerry Lewis. Auf die beiden ersten Filme mit dem schon als Fernsehstar gut eingeführten Alleskönner („Blues Brothers“ und „Die Glückritter“) folgt nun auch auf dem deutschen Markt schon der dritte, „Dr. Detroit“. Nicht in der Autostadt im Staat Michigan spielt die Geschichte, bei deren Erfindung alle Gesetze der Wahrscheinlichkeit und der Logik außer Kraft gesetzt worden sind, um den kühnsten Gags die Bahn frei zu geben, sondern in Chicago. Dies ist nicht wie einst Schaulustigster Flusterkneipendramen, sondern eine heiter-somnolente Metropole, die dadurch wieder eine verzweifelte Ähnlichkeit mit dem ewig gleichen Los Angeles bekommt, dem man offenbar gerne einmal enttrinnen wollte.

Um einen kräftigen Kontrast aufzubringen, muß Dan Aykroyd einen etwas skurrilen College-Professor darstellen, Hauptfach englische Literatur, Spezialität Ritterromane, Lie-

lingsportart Gehen. Ein nicht sehr widerstandsfähiger Zuhälter der Luxusklasse kommt auf den Einfall, sich ausgerechnet diesen Mann als Protektor aufzubauen, um sich gegen einen furchterregenden weiblichen Gangster-Boß abzusichern, der ihm an die Gurgel will. Unnötig zu sagen, daß der weltfremde Gelehrte sich mit unglaublicher Geschwindigkeit in die ungewohnte Aufgabe hineinfindet und daß er allen Schwierigkeiten, die drei Drehbuchautoren vor ihm auf türmen, mit verblüffenden Einfällen und sportlichen Glanzleistungen begegnet. Nach den unerbittlichen Regeln des Nonsens tragt alles einem Höhepunkt zu, auf dem Aykroyd zugleich auf zwei Veranstaltungen in einem großen Hotel in verschiedenen Masken und Kostümen aufzutreten hat; als Umkleidekabine im Sausechritt dienen ihm Küche und Pantry, und sämtliche Utensilien des Banketts werden als Requisiten in das zwischelfellerschütternde Tohuwabohu eingebaut.

Von unfreiwilliger Komik dagegen ist, wie außerstande der Regisseur sich zeigt – er heißt Michael Pressman –, eine erotische Spannung oder auch nur grobe Sinnlichkeit herzustellen. Die vier käuflichen Schönen,

die den jungen Dozenten aus seinem tugendhaften Leben an der Seite von Papa und Mama herausreißen und durch kräftiges Einklinken in den Sündenpfuhl für seine neue Aufgabe herrichten sollen, sie sind nicht aus Fleisch und Blut, sondern bestenfalls aus Marzipan. Ach, nicht einmal das, sie sind aus bunt eingefärbter Plastik, wie die beliebte Anziehpuppe Barbie, nur eben in Lebensgröße, und sie mögen sich noch so orgiastisch verrenken – kein Hauch von Sinnverlust weht von der Leinwand herunter in den verdunkelten Saal, und niemand wundert's, daß die Tugend des jungen Akademikers unangetastet bleibt.

HELLMUT JAESRICH

JOURNAL

Neubau für Deutsche Bibliothek genehmigt

dpa, Frankfurt
Der umstrittene Neubau für die Deutsche Bibliothek in Frankfurt ist nach achtjährigem Tauziehen jetzt endgültig beschlossene Sache. Der sechsköpfige Verwaltungsrat der bundeseigenen Institution hat einstimmig den Entwurf eines Stuttgarter Architektenteams (Kaiser-Kaiser/Arat) abgelehnt, das im zweiten Anlauf einen Wettbewerbs als Sieger hervorgegangen war. Die Nationalbibliothek in der Nähe der Frankfurter Universität plant mit einem Bestand von jetzt drei Millionen Bänden aus den Nächten. Der Neubau im nordwestlichen Holzhausenviertel für annähernd 200 Millionen Mark wird nach Ansicht von Sachkennern bis ins nächste Jahrtausend ausreichen.

A. Bogoslawskij in Moskau verhaftet

DW, Moskau
Der 47jährige Literaturkritiker Alexander Bogoslawskij ist in Moskau verhaftet worden. Ihm wird „Verbreitung antisowjetischer Informationen“ zur Last gelegt, indes hat Bogoslawskij jedoch niemals Kontakt zu Dissidenten unterhalten. Bei einer Hausdurchsuchung kurz vor der Verhaftung des Kritikers wurde u. a. das im 19. Jahrhundert entstandene Werk des Marquis de Custine, „Rußland im Jahre 1839“, beschlagnahmt. Bogoslawskij hat im Höchstfall mit einer dreijährigen Haftstrafe zu rechnen.

Ein europäischer Filmpreis gestiftet

dpa, München
Die Europäische Gemeinschaft verleiht erstmals einen Filmpreis. Die mit 10 000 Mark dotierte Auszeichnung wird während des ersten Europäischen Filmfestivals, das am Samstag in München beginnt, für einen Spielfilm aus einem der EG-Länder vergeben. Die Jury aus fünf Regisseuren wird von dem Italiener Cesare Zavattini geleitet. Mit der Auszeichnung ist zugleich eine Vertriebsförderung in Höhe von 50 000 Mark verbunden. Das nächste Europäische Filmfestival soll 1985 in Lille in Frankreich stattfinden.

Bessere Ausbildung für Sänger beschlossen

AFP, Paris
Mit Hilfe internationaler Opernstars will Frankreich seinem Sängernachwuchs mehr Beachtung auf der internationalen Bühne verschaffen. Elisabeth Schwarzkopf wird im kommenden Studienjahr am Pariser Nationalkonservatorium die Schüler der Abschlussklasse in Gesang unterrichten. Ferner soll auch die Weiterbildung der Gesangslehrer gefördert werden. In Paris und mehreren Großstädten werden bestehende Ausbildungseinrichtungen erweitert, um eine bessere Fortbildung für Solisten und Chorsänger zu garantieren.

Gesicht eines archaischen Kuros

dpa, Athen
Bei Ausgrabungen des Deutschen Archäologischen Instituts im Hera-Heiligtum von Samos ist der vordere Teil des Kopfes einer kolossalen Junglingsgestalt aus Marmor ans Licht gekommen. Der Fund gehört zu dem Torso eines archaischen Kuros, den ein Wissenschaftlerteam im September 1980 in Samos gefunden hatte. Die knapp fünf Meter hohe Junglingsgestalt, die zweitgrößte fertig gearbeitete Figur dieser Art, die bisher in Griechenland gefunden worden ist, kann somit ergänzt werden.



Begegnung allen Schwierigkeiten mit verblüffenden Einfällen: Dan Aykroyd als „Dr. Detroit“

FOTO: FILMNET

Vogelmensch sprang vom Olympiaturm

R.-M. BORNGÄSSER, München

Keiner der zahlreichen Besucher, die an diesem stürmischen Sommerabend im Münchner Olympia-Park spazieren, hatte etwas bemerkt. Rund um den 192 Meter hohen Olympiaturm bot sich eine sonntägliche Idylle: Jugendliche radelten, Kinder spielten Ball auf dem Rasen und Gastarbeiterfamilien machten ausgiebig Picknick. Alles geschah so sekundenschnell, ohne daß es jemand richtig realisierte. Zuerst war es nur ein winziger Punkt am Himmel, der, je näher er der Erde rückte, sich als „fliegender“ Mensch entpuppte. Erst in 70 Meter Höhe öffnete sich ein leuchtend gelber Fallschirm und umspielte von der Aura einer künstlichen Sonne, setzte ein Vogelmensch mitten auf dem Gehweg zu einer butterweichen Landung an. Ray Kavan, ein Deutsch-Amerikaner, hat sich mit diesem Sprung vom Olympiaturm seinen Supertraum erfüllt: denn zum ersten Mal in der deutschen Fallschirmspringer-Geschichte ist ein Mensch von einem festen Gebäude mit dem Fallschirm in die Tiefe gesprungen. Gleichzeitig wurde mit diesem Sprung jedoch auch hierzulande ein neues, nervenkitzelndes Freizeitvergnügen populär gemacht, das schon seit geraumer Zeit in den USA wie eine Seuche grassiert. „Base-Jumper“ nennen sich diese Menschen – Frauen und Männer –, die fallschirmbewehrt von allem springen, was sonst nur auf Selbstmörder Anziehungskraft ausübt: Brücken, Hochhäuser, Kräne, Fernsehtürme und Klippen. Erfunden wurde diese absurde Zeitvertreib vom amerikanischen Bauarbeiter Owen Quinn, der 1975 als erster Base-Jumper mit dem Fallschirm vom 412 Meter hohen World Trade Center in New York herunterstürzte. Nach seiner Landung brachte ihn die Polizei erstmalig in eine psychiatrische Klinik. Doch gegen diese Phänomene einer neuen Freizeit-Abenteurer-Selbstbestätigung, das an Kamikaze grenzt, scheitern Polizei wie Psychologen machtlos. Denn zu den Base-Jumpers – „Base“ setzt sich aus den Anfangsbuchstaben der Worte „Building, Antenna, Spans und Earth Formations“ zusammen, so die vier Sprungbreiten des Wahnsinns – stoßen immer mehr Menschen hinzu. „Wir erleben eine neue Sucht nach sinnlosen Reizen und Sensationen“, so interpretiert ein New Yorker Psychologe diese rätselhaften todesdrängenden Aktionen. Die Beteiligten sehen es anders: „Wir wollen bis an die Grenze unseres Mutes gehen“, so ein amerikanischer Base-Jumper. Und der amerikanische Base-Jumper-Verband, der sich das Motto gab: „Zum Nutzen der Menschheit, keinem Menschen zum Schaden“, behauptet philosophisch, diese Art zu springen sei die „Wahrnehmung eines menschlichen Grundrechts“.

Klaus Heller, Werbemanager und selber Base-Mann, wird wahrscheinlich für dieses von ihm minutiös vorbereitete Münchner Spektakel mit einem Strafverfahren rechnen müssen. Die Münchner Polizei erstattete Anzeige wegen Vergehens gegen das Luftverkehrsgesetz. Auch die Olympiapark-Gesellschaft prüft, ob sie Anzeige wegen groben Unfalls erstatten soll. „Schließlich ist der Mann doch einfach zwischen unsere Besucher gesprungen“, so ein Sprecher. Doch diese Androhungen schrecken das Heller-Team nicht. Es plant nicht nur neue Stürze von Bankgebäuden in München und Frankfurt, sondern kämpft auch für die Freigabe dieses Sports („ungefährlicher als Autorennen“). Derzeit allerdings meldet sich niemand in der Agentur. Nur ein Tonband läuft. Auf ihm ist die Ansage zwischen dem Motorengeräusch eines aufsteigenden Flugzeugs und den Takten aus Beethovens Schicksalsinfonie zu hören. Symbol zwischen Himmel und Erde?



Von SIEGFRIED HELM

Im schottischen Hochland, unweit vom Loch Ness am entlegenen Fjord Moray Firth und 80 Kilometer von der nächsten Stadt entfernt, liegt Gordonstoun, eine der jüngsten der Public Schools des Vereinigten Königreichs. Sie kann sich mit so traditionellen Pflanzstätten für die Elite der Nation wie Eton, Harrow, Rugby oder Winchester nicht messen. Sie ist auch keine königliche Gründung und wirkt wie ein Erstklädler neben so bemosten Internatsveteranen wie der Kings School von Canterbury, wo der Lehrbetrieb anno 600 aufgenommen wurde. Dennoch hat es dieser Spätkolonie, noch dazu die Gründung eines deutschen Erziehers, fertiggebracht, den allehrwürdigen Rivalen die begehrtesten Schüler der Nation abzugeben: die Söhne der Queen. Zwei Prinzen waren jetzt bei den Feiern aus Anlaß des goldenen Jubiläums ihrer alten Penne dabei.

„Old Boys“ von Gordonstoun waren nicht nur die beiden Prinzen Andrew und Edward, sondern auch ihr Bruder, Kronprinz Charles. Hingewiesen hatte sie dort ihr Vater Prinz Philip, der 1934 einer der Schüler der ersten Stunde in dem Institut des deutschen Pädagogen Kurt Hahn war und der später über seine fünf Jahre dort sagte: „Ich muß gestehen, daß ich gerne an meine Zeit in Gordonstoun zurückdenke. Ich kann nur wünschen, daß möglichst viele Jungen ihre Schulzeit so genießen mögen wie ich.“ So das Geständnis eines Ehemaligen, der in einem seiner Zeugnisse lesen mußte: „Oft ungelogen, aber nie böseartig.“ Philip übernahm als Vater die Er-



„Shake-bonds“ zwischen Prinz Philip und seinem alten Lehrer Kurt Hahn. Pädagogische Tadel („Oft ungelogen, aber nie böseartig“), was das Hingewiesen auf die „Königliche Internatsveteranen“.

FOTOS: UP/DPA

Salem-Ableger wird 50 Jahre

ziehungssätze seines alten Direktors Kurt Hahn, dessen Schule das „Gymnasium für Moral und Musiken“ genannt worden ist. Der Queen und ihren Beratern gefiel bei der Wahl einer Schule für die Prinzen an Gordonstoun, daß es als eines der einsamsten Internats im Lande keine unheimlichen Zaungäste anzieht. So wurde Gordonstoun Englands „Prinzenakademie“, gelegentlich auch das „Königliche Internat“ genannt.

Längst sind die Zeiten des Vorwurfs vorbei, Gordonstoun wolle das britische Erziehungswesen „germanisieren“. Ironischerweise war der Berliner Industriellensohn Hahn wenige Jahre vor seinem Neubeginn in Schottland in seiner deutschen Heimat des Versuchs beschuldigt worden, das deutsche Erziehungswesen zu „angalisieren“ – an der Schule Schloß Salem am Bodensee, an die der letzte Reichskanzler des letzten deutschen Kaisers, Max von Baden, seinen persönlichen Sekretär und Berater 1920 als Direktor geholt hatte. Kurt Hahn, der seine Pädagogik aus den Erziehungsgrundsätzen des antiken Sparta und Platos ideal einer staatsbürgerlichen Philosophie geformt hatte, blieb als „Verderber“ der braunen Jugend das Schicksal eines Sokrates nur erspart, weil er einflußreichere Freunde im Ausland hatte. Weil er Jude war und den Mut hatte, seine Schüler vor die Wahl zu stellen, sich entweder für Hitler oder gegen ihn zu entscheiden, verschwand er schon im März 1933 im Gefängnis. Hitler beschwor damit einen interna-

tionalen Proteststurm herauf. Als auch Englands Premier Ramsay MacDonald für den promovierten Pädagogen eintrat, ließ man ihn emigrieren.

Kurt Hahn gehörte zu der geistigen Elite deutscher Juden, die als glühende Patrioten deutscher als viele Deutsche waren. Er war bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs Rhodes-Stipendiat in Oxford, schlug sich über Skottland und Norwegen ins Reich durch, wo er dem Auswärtigen Amt wertvolle Informationen über England zuspielte.



Der deutsche Pädagoge Kurt Hahn (1884-1974). Gründer des weltberühmten Internats für „Moral und Musiken“ wie Salem und Gordonstoun. FOTO: DEWEL

Monate vor der Gründung von Gordonstoun kam der zwölfjährige Prinz Philip nach Salem. Es war die Zeit der Gleichschaltung. Philip machte sich über die Hitlerjugend und ihren Führer lustig, verpackte sie mit seiner ironischen Nachahmung des Hitler-Großes, bis es seinen Verwandten ratsam erschien, ihm ein knappes Jahr später von Salem zu nehmen, zu dessen prominenten Ehemaligen neben Golo Mann auch der Liberale Knut Kühmann-Stumm zählt.

Gordonstoun gilt als einzigartige Charakterschmiede mit spartanischem Regiment. Obwohl sich dort einiges geändert hat – so wurden 1972 auch Schülerinnen aufgenommen –, hat man an den Leitgedanken des deutschen Gründers festgehalten und am Geist des Wahlspruchs „plus est en vous“ – in dir steckt mehr, als du glaubst. Selbstdisziplin und die Entwicklung von Gemeinschaftsgeist werden großgeschrieben. Hahn, der vom Sozialismus nicht viel hielt, wollte eine „Leistungsaristokratie“ heranzüchten. Ein Schüler solle „zu Erfahrungen gezwungen werden“, und: „Je unangenehmer das ist, um so mehr muß er sich mit seinen eigenen Schwächen auseinandersetzen.“

Philip mußte als Gemeinschaftsdienst einen Schweinestall bauen. Seine Söhne wurden zum Pflichten- und Seemotretungsdienst der Küstenwacht herangezogen und mußten sich als Feuerwehreinheiten drillen lassen. Diese Schule hat ihre eigene (aus Regionalnetz angeschlossene) Feuer-

wehr ebenso wie ihre eigene Jacht „Sea Spirit“, auf der die Schüler bis zu den Shetlands und Norwegen segeln.

Kronprinz Charles hatte sich dort als Muttersöhnchen zuerst kreuzend gefühlt. Fünf Jahre später sagte er dankbar: „Gordonstoun hat meine Willenskraft und Selbstdisziplin entwickelt.“ Sein Bruder Prinz Andrew machte sich zuerst durch Hochmutigkeit unbeliebt, doch die wurde ihm bald ausgetrieben. Die Schülerinnen umschwärzten ihn heiß. Eine seufzte: „Ach, er tanzt himmlisch, wenn doch nicht immer sein Leibwächter um ihn herumstünde.“

Andrew rückblickend: „Die Betten dort waren hart. Es gab nur Strohmatten.“ Als einziger hatte der Jüngste der Queen, Prinz Edward, am Büffeln Freude, was ihm den Spitznamen „Streber-Eddie“ eintrug.

Gordonstoun hat heute 460 Schüler. Das Schulgeld beträgt mit 18 700 Mark im Jahr unter der magischen Grenze von 20 000, die schon von einigen Public Schools durchbrochen wurde.

Direktor Michael Mavor braucht über mangelnde Disziplin nicht zu klagen. Er sagt: „Bei den Jüngeren wirken drei Schläge auf den Hintern Wunder. Bei den Älteren genügt meist der Strafsparagang.“ Der wird Übertretungen verordnet, nachdem Mavor ihnen ins Gewissen geredet hat. Mavor: „Wir legen heute mehr Gewicht auf die Lernfächer.“ Das hielten Kritiker von Hahns Charakterakademie freilich für überfällig, denn Schülern wussten, daß Philip als Schulpfänger immer noch schwach in Orthographie war.

Hohe Strafe für Viehdiebe im Sauerland

dpa, Dortmund

Zwei Mitglieder einer Viehdiebande, einen 26-jährigen Metzger und einen 37-jährigen Dachdecker, verurteilte die Zweite Strafkammer des Landgerichts Dortmund zu Freiheitsstrafen von fünfzehn Jahren beziehungsweise dreieinhalb Jahren und neun Monaten. Das Gericht erkannte die beiden des bandenmäßigen Diebstahls mit Schusswaffengebrauch für schuldig. Im vergangenen Sommer hatten sie mit Beilen, Bolzenschneidern und Kleinkaliberpistolen auf Weiden in Sauer- und Münsterland rund 30 Rinder, Ochsen und Pferde getötet. Die Täter schnitten ihnen zu meist nur die wertvolleren Fleischteile heraus und ließen die Kadaver liegen. Ein 35-jähriger Schweinefärber, der gemeinsam mit den Hauptschuldigen ein kleines Pony geschlachtet hatte, ein späterer Raubtäter, erhielt wegen gewerbmäßiger Heblerei ein Jahr ohne Bewährung.

Zweites Kind vermißt

dpa, Köln

Im Raum Köln-Bonn fahndet die Polizei jetzt nach zwei vermißten Kindern. Außer der seit Mittwoch verschwundenen dreieinhalbjährigen Marias Magiera aus Köln wird seit Freitag auch der elfjährige Bonner Schüler Michael Burkhardt vermißt. Der Junge wollte an diesem Tag Fußball spielen und wurde seither nicht mehr gesehen. Er soll allerdings in der Vergangenheit schon mehrfach ausgetrieben sein. Unter den 70 zum Fall Magiera aus der Bevölkerung eingegangenen Hinweisen befindet sich noch immer keine heiße Spur.

Wie starb Glenn Miller?

SAD, London

Die am 15. Dezember 1944 über dem Armeikanal verschwundene Maschine mit dem amerikanischen Jazzmusiker Glenn Miller an Bord ist wahrscheinlich von Bomben getroffen worden, die britische Flugzeuge während der Rückkehr von einem abgesagten Angriff auf Deutschland über dem Kanal abgeworfen hatten. Das jedenfalls behauptet der ehemalige britische Navigator Fred Shaw der amerikanischen Zeitschrift „National Enquirer“ gegenüber. Shaw gehörte damals zur Besatzung einer der zurückgekehrten Maschinen.

Können Embryos erben?

Tiefgefrorene Exemplare überfordern australische Justiz

AFF/hhh, Bonn

Zwei tiefgefrorene Embryos in einer Klinik im australischen Melbourne haben die Justiz vor erhebliche Probleme gestellt. Die Eltern der beiden hatten zwei Eier der Frau in einem Reagenzglas befruchtet lassen, damit diese später eingepflanzt werden sollten. Die Eltern kamen jedoch im vergangenen Jahr bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Sie hinterließen ein Vermögen in Höhe von rund 7,2 Millionen Dollar und – die beiden Embryos. Was damit geschehen müsse, so der Generalstaatsanwalt des australischen Bundesstaates, Jim Kennan, die australische Justiz entscheiden. Diese verfügt jedoch derzeit über keinerlei gesetzliche Handhabe. Ein Gesetz, das weiterhelfen könnte, soll voraussichtlich erst Ende des Jahres in Kraft treten.

Inzwischen haben sich auch die Kirchen Australiens in die Diskussion eingeschaltet. Für die katholische Kirche vertritt der Lehrstuhlprofessor für Moralphilosophie, Norm Ford, die Ansicht, es handle sich bei den tiefgefrorenen Embryonen um „menschliche Wesen, deren Lebensfunktionen nur eingeschränkt“ seien. Für die anglikanische Kirche plädierte der Vorsitzende der Kommission für soziale Verantwortung, Alan Ni-

chols, dafür, die Embryos „wie ihre Eltern“ sterben zu lassen.

Nach deutschem Recht können Embryos erben. Das Erbrecht bestimmt hierzu, daß derjenige „als vor dem Erbfall geboren gilt, der bereits gezeugt war“. Daß die Zeugung außerhalb des Körpers erfolgte, dürfte darauf keinen Einfluß haben. Um die Rechte der beiden würde sich in der Bundesrepublik ein Pfleger kümmern können, der amtlich bestellt würde. Zu dessen Aufgaben würde es auch gehören, dafür Sorge zu tragen, daß die Embryos ausgetragen würden, obwohl es hierfür auch bei uns keine gesetzlichen Grundlagen gibt.

Probleme träten auch nach deutschem Recht bei der Geburt der Kinder durch eine Zehnauter auf, als deren nichteheliche Kinder sie gelten würden. Dies dürfte jedoch auf die Erstellung der Kinder nach ihren „leiblichen“ Vätern keinen Einfluß haben. Das Hauptproblem, mit dem sich nun in Australien eine Expertenkommission beschäftigt, ob die Embryos in die Erbfolge einbezogen sind, ist nach deutschem Recht geklärt. Allerdings könnten sie auch in Deutschland ihr Erbe nur antreten, wenn sie geboren werden. Und darauf haben sie keinen Anspruch. Der Pfleger müßte erst eine Zehnauter finden.

Stichwort: Fronleichnam

Vor 738 Jahren wurde das katholische Kirchenfest erstmals gefeiert

„Fronleichnam, Leib des Herrn. Der Name ist abgeleitet vom mittelhochdeutschen Fronleichnam und Ausdruck für den eucharistischen Leib Christi. Das Fest geht auf eine Vision der Lütticher Nonne Juliana zurück und wurde im Jahre 1246 erstmals begangen. Aus dem Furgang verband sich mit ihm die Sitte, die Eucharistie, das Abendmahl der christlichen Kirche, in einer Fronleichnamprozession durch Straßen zu tragen. Im 15. Jahrhundert wurde es dabei Brauch, in die Prozession Kostümgruppen mit Szenen aus dem Alten und Neuen Testament einzufügen. Die glanzvollste Szene war vielfach der Anzug des Ritters St. Georg mit der Darstellung seines Drachentkampfes. Seit einigen Jahren werden indes immer weniger Prozessionen abgehalten. Bis zum 12. Vatikanischen Konzil sollte in dem Fest vor allem der Glanz der katholischen Kirche zur Geltung kommen. Heute freilich ist vielfach die Bekundung von Glaube und Anbetung der Eucharistie der Inhalt der Prozession. Theologisch wird in neuerer Zeit gegen sie eingewandt, sie überdecke den Mahlcharakter der Eucharistie.“

„Aussperrung“ für Pkw

Bolognesen verbannen das Auto aus der Innenstadt

KLAUS RÜHLE, Rom

Am Tag der Europawahlen fanden in Italien zusätzlich zwei örtliche Volksbefragungen statt. Eine in der mittelländischen Großstadt Bologna, die andere in der kalabrischen Kleinstadt Tiriolo bei Catanzaro.

In beiden Fällen ging es um wichtige lokale Probleme, die nach Ansicht der Stadtväter auf demokratische Weise gelöst werden mußten.

In Bologna hatten die Bürger darüber zu entscheiden, ob das historische Zentrum innerhalb der Stadtmauern vom privaten Autoverkehr befreit werden sollte oder nicht. Die Luftverschmutzung durch Autoabgase hatte dort einen solchen Grad erreicht, daß die Fachleute von einer wirklichen Gefährdung der Volksgesundheit sprachen. Gegen die Verbannung des privaten Autoverkehrs aus dem Zentrum opponierten die betroffenen Geschäftsleute und der örtliche Automobilklub. Der Wahl gingen Versammlungen und öffentliche Debatten voraus.

Am Sonntag fiel nun die Entscheidung. Sie ergab, daß mehr als 70 Prozent der Bürger von Bologna für die „grüne Linie“ sind und den Umweltschutz für vorrangig halten. Die Wahlbeteiligung betrug sowohl für die Europawahlen wie für den lokalen Volksentscheid annähernd 90 Prozent. Der kommunistische Bürgermeister spricht jetzt von einem „Sieg der Vernunft“ und versichert: „Wir wollen keinen Kreuzzug gegen das Auto, wir wollen aber nicht vom Auto erdrückt werden.“

In Kalabrien ging es um die Frage, ob die herkömmlichen, aber den Straßenverkehr stark behindernden Leichenzüge abgeschafft werden sollen. Durch Tiriolo führt eine wichtige Fernstraße, die bei Begräbnissen oft stundenlang blockiert wird. Die sozialistische-kommunistische Gemeindeverwaltung empfahl ihren Mitbürgern in Zukunft auf die Leichenzüge zu verzichten und die Beisetzungsfähigkeiten zu vereinfachen. Sogar der Pfarrer von Tiriolo war für die Abschaffung.

Doch die Mehrheit der Bewohner entschied sich gegen Gemeinde und Kirche und wollte die liebgewordene Tradition beibehalten. Ein Sieg der Tradition. „Es bleibt alles beim Alten“, die Bewohner folgten damit dem Beispiel des Nachbarstädtchens Serra San Bruno, das sich bei einer früheren Volksbefragung zum gleichen Thema ebenfalls für die Tradition ausgesprochen hatte. Kalabrien ist eben nicht Bologna.

Rattenplage in Kairo

AFF, Kairo

Einer wachsenden Rattenplage sind in der Universität von Helwan bei Kairo die Examenarbeiten zum Opfer gefallen. Die Zahl der Ratten hat sich in Ägypten sprunghaft erhöht, seit durch den Bau des Assuan-Staudammes die jährlichen Überschwemmungen des Nil wegfallen, durch die viele Tiere ertranken.

Teurer Stromausfall

SAD, New York

Auf 40 Millionen Mark Schadensersatz hat ein New Yorker Rechtsanwalt die Besitzer des Luxussschiffes „Queen Elizabeth II.“, die Reederei Cunard Lines, verklagt. Wegen des Ausfalls sämtlicher sanitärer Einrichtungen des Schiffes infolge eines Defekts in der Stromversorgung wurde kürzlich eine Kreuzfahrt abgebrochen. Der Rechtsanwalt, Teilnehmer dieser Reise, fordert jetzt für jeden der 1500 Passagiere einen Schadensersatz von 26 000 Mark sowie die Erstattung des vollen Reisepreises. Demgegenüber hatte Cunard Lines eine 15prozentige Erstattung des Ticketpreises oder aber einen 30prozentigen Preismehrschlag bei einer Neubuchung angeboten.

Laternenanzünder gesucht

AFF, Berlin

In immer mehr „DDR“-Städten übernehmen Bürger Aufgaben kommunaler Dienstleistungsbetriebe. Wie das Informationsbüro West berichtet, sind in Chemnitz die Einwohner in ihrer Freizeit als Anzünder der Gaslaternen tätig, die aus Altersgründen nicht mehr zentral gezündet werden können. In Erfurt wurden die Einwohner aufgefordert, mit der Stadt „Kehrverträge“ abzuschließen. Bei einem Stundenlohn von vier Mark kann man pro Jahr bis zu 3 000 Mark steuerfrei dazuverdienen.

Anzeige

Das beste ist: eine gute Versicherung.

SIGNAL

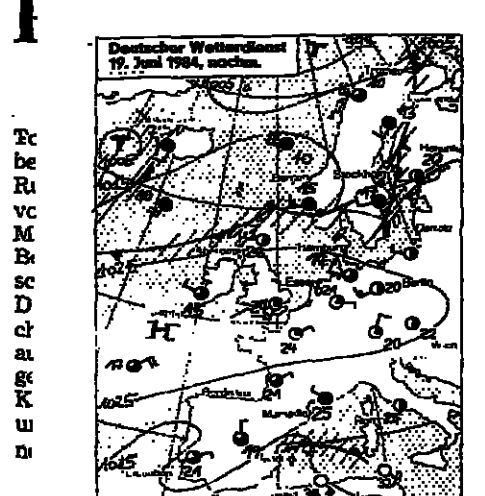
VERSICHERUNGEN

ZU GUTER LETZT

Zehntausende Sockenpaare verkaufen binnen weniger Tage ein amerikanischer Hersteller. Sie enthalten künstliche Löcher. Der Club: Bei genauer Betrachtung stellen sich die „Löcher“ als eingetragene Hautverletzungen dar.

WETTER: Warm und trocken

Wetterlage: Ein Keil des Azorenhochs weht von Deutschland langsam südwärts und bestimmt mit sehr trockener und warmer Luft das Wetter.



Station	12.00 Uhr	18.00 Uhr	24.00 Uhr
Berlin	20°	21°	21°
Bonn	21°	22°	21°
Dresden	20°	21°	21°
Essen	21°	22°	21°
Frankfurt	21°	22°	21°
Hamburg	14°	15°	15°
Leipzig	14°	15°	15°
München	20°	21°	21°
Stuttgart	22°	23°	23°
Wien	24°	25°	25°
Zürich	24°	25°	25°

Ergötzliches bietet noch heute der „Hinkende Bote“

dpa, Berlin

„Leuchtturm in der Meeresenge zwischen Diesseits und Jenseits“ – so oder ähnlich kurios nannten sich viele der Familien-, Haus- und VolkskaleNDER, die lange Zeit in den Wohnstuben sehr populär waren und oft mehr gelesen wurden als die Tageszeitungen. In Berliner Museen für Deutsche Volkskunde wird zur Zeit unter dem Titel „Der Hinkende Bote und seine Vorfahren“ eine repräsentative Auswahl solcher Kalender des 18. bis 20. Jahrhunderts gezeigt. Da gab es den Land- und Hauswirtschaftskalender, der außer dem Kalenderdatum nützliche Hinweise zur Acker- und Gartenarbeit sowie zur Viehzucht gab, den astronomisch-astrologischen Kalender sowie den Heimat- und Kinderkalender.

Neben der Bibel waren die Kalender oft das einzige, was in den einfachen Schichten gelesen wurde. Für Regierende Anlaß genug, über solche Kalender Einfluß auf die Untertanen zu nehmen. Viele Beiträge wurden von Pfarrern und Lehrern geschrieben. Wichtig waren aber vor allem für viele Kalenderbenutzer die zahlreichen praktischen Tipps, Messen und Jahrmärkte wurden genauso an-

gegeben wie die Fahrstrecken der Pferdepost. Tabellen zeigten die verschiedenen Währungen, die es in Deutschland gab.

Ein Kalender von 1827 trug den Titel „Neuer Schreibkalender Kempfen sammt einer kurzen Praktik der vier Jahreszeiten, erstlich von dem Winter, von dem angenehmen Frühling, von dem heiblichen Sommer, von dem nützlichen Herbst, von den dießjährigen Finsternissen und ein Verzeichnis vorzüglicher Jahrmärkte nebst zwey nützlichen Zins-Tabelle“. Ein dickerleibiger Foliant war der „Almanach und Schreibkalender“ von 1684 aus Göttingen, der besonders reichhaltig von der Staatsbibliothek Preussischer Kulturbesitz ausgestellt wurde und im Titel den Hinweis trug: „Auf die gemeine Haus- und ganze Schulkunst samt der Tagelänge (Mittagsstund / Auf und Untergang Sonne und Mond)“. Der legendäre „Hinkende Bote“, ein Klassiker unter den Hauskalendern, wurde zum ersten Mal 1646 in Colmar als Kalender veröffentlicht. „Der Lahre Hinkende Bote“ neuer historischer Kalender für den Bürger und Landmann“ erscheint mit diesem Titel noch heute. Ein Kalender zu der noch bis zum

4. November in Berlin laufende Ausstellung gibt einen informativen Abriss über die Geschichte der Familien-, Haus- und VolkskaleNDER. Sie waren für ihre einfachen Leser, so wird betont, Nachschlagewerk und Lesebuch in einem und geben ein Bild von den Vorstellungen, Ideen, Ängsten und Sorgen ihrer Zeit wieder. Vor allem aber waren sie wichtige Ratgeber für den Bauern. Von den Mondphasen leitete man zum Beispiel Vorhersagen über günstige Tage für Holzfällen, Säen, Haarschneiden und sogar für das Adelsschwein. Erst vor rund 100 Jahren verschwanden diese Hinweise.

Viele Kalender gaben auch Übersichten darüber, wie viele Jahre seit wichtigen Ereignissen vergangen waren. Zu solchen denkwürdigen Daten zählten unter anderem die Entdeckung der Welt, die Sintflut, Jerusalem's Zerstörung, die Gründung des Pulvers und der Buchdruckerkunst sowie die Entdeckung der neuen Welt. Ein 1808 erschienener „Gemeinnützlicher Haus-Kalender für das Fürstentum Fuldä“ enthielt neben „brauchbaren Nachrichten und Abhandlungen“ auch solche „Bestimmung merkwürdiger Zeitpunkte“.

wonach unter anderem „Von Erschaffung der Welt“ 5808 Jahre vergangen waren, „Von Anfang des deutschen Kaiserthums unter Carl dem Großen“ 1040 Jahre und „Von der Geburt Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen und Königs von Italien, dem 15. August 1769“, 39 Jahre ins Land gegangen waren.

Allmählich entwickelte sich auch ein schulleistisches Podium mit Belehrungen über fremde Länder, die Entwicklung der Technik, allgemeine Lebenshilfen und Religioses. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden die Jahrbücher umfangreicher, und die Kalendergeschichten entwickelten sich. Schriftsteller wie Joseph von Eichendorff, Johann Peter Hebel, Peter Rosegger oder Johann Spegel schrieben für die Jahrbücher. In vielen Geschichten ging es um Arme und Reiche, Eltern und Kinder, Verbrechen und Justiz, Schmutzige und Wilden, Soldaten, Ärzte, Scheintote, Auswanderung und das Bild der Frau. Die Frau mußte nicht unbedingt schön sein, aber arbeitssam und fromm, da für das Beten offenbar besser lag als den Männern, die durch Alkohol, Kartenspiel oder Gewinn-sucht verhärtete Herzen hatten.